Polen: Kampf ums Kreuz S.6

Preußische Allgemeine Zeitung
Das Ostpreußenblatt
Unabhängige Wochenzeitung für Deutschland
Nr. 48 – 3. Dezember 2011
Einzelverkaufspreis: 2,40 Euro
C5524 - PVST. Gebühr bezahlt

DIESE WOCHE





Personalgerangel: Frankreich schickt überraschend eigenen Kandidaten ins Rennen für den Posten des EZB-Chefvolkswirts Bild: Studio X

Machtpoker gegen Berlin

Angst vor deutscher Dominanz in Europa versetzt Paris erneut in Angriffslaune

Weniger das Streben nach der besten Lösung für alle als das Ringen um die Macht auf dem Kontinent bestimmen die Euro-Rettung.

Antideutsche Ressentiments prägen die Debatte in vielen europäischen Hauptstädten. In Paris, so wird berichtet, herrscht gar „Panik" angesichts der deutschen Dominanz in Europa, die sich im Zuge der Euro-Krise herausschält.

Um zu begreifen, was hier zutage tritt, lohnt ein Blick zurück auf die Ausgangssituation vor der Einführung der Gemeinschaftswährung. Europa war keineswegs ein Kontinent mit lauter nationalen Währungen, die frei gegeneinander auf- und abwerteten und so den grenzübergreifenden Handel zum unkalkulierbaren Risiko machten, wie es Euro-Befürworter heute an die Wand malen. Stattdessen waren die meisten Währungen eingebunden in das Europäische Währungssystem, das feste Bandbreiten für die Wechselkurse vorsah.

Das Problem für manchen europäischen Nachbarn: Der Kern dieses Systems war die D-Mark, seine Machtzentrale die Deutsche Bundesbank. Die Bundesbank hatte diese Macht nicht durch geldpolitische Attacken auf andere Währungen erlangt, sondern durch ihre Unabhängigkeit von der Politik und ihre solide Arbeit. Nachdem 1983 sogar der französische Franc (aufgrund der unsoliden Politik der jungen Regierung Mitterrand) in die Umlaufbahn der Bundesbank gezwungen wurde, galt die D-Mark gleichsam als die „Atomwaffe der Deutschen".

> Auch vor dem Euro gab es ein stabiles Währungssystem

Diese Waffe sollte den Deutschen um nahezu jeden Preis entrissen werden. Die Instrumente hierfür hießen Euro und Europäische Zentralbank (EZB). Dort trägt Deutschland zwar weiterhin die Hauptlast, hat aber nicht mehr zu entscheiden als Malta oder Zypern.

Dass es weniger um „gerechten Interessenausgleich" als vielmehr um Macht geht, das bezeugt auch das jüngste Personalgerangel zwischen Paris und Berlin. Wie selbstverständlich war die Bundesregierung davon ausgegangen, dass nach Jürgen Stark wieder ein Deutscher auf den Posten des EZB-Chefvolkswirts rückt. Hatte nicht auch Deutschland die Franzosen darin unterstützt, dass der Nachfolger von IWF-Chef Dominique Strauss-Kahn wieder aus Frankreich kommen solle? Nun meldet das „Handelsblatt", dass Paris einen eigenen Kandidaten ins Rennen um den Starks Posten schicken will. In dem Maße, wie von Deutschland immer gigantischere finanzielle Zugeständnisse verlangt werden, soll sein Einfluss weiter beschnitten werden.

Laut Ifo-Institut haften die deutschen Steuerzahler bereits mit 560 Milliarden Euro für die Krisenländer. Das ist fast das Doppelte des Bundeshaushalts. Angela Merkel weiß, dass sie den Deutschen weitere Belastungen kaum vermitteln kann, zumal die Milliarden immer offenkundiger in ein Fass ohne Boden fließen. Ihr im Ausland als „Halsstarrigkeit" ausgelegtes Beharren auf den letzten Resten von Stabilität basiert vor allem auf der Furcht vor dem gerechten Zorn des eigenen Volkes. *Hans Heckel*

Jan Heitmann:

Grüner Spießer

Zu gern geriert sich der grüne Bundestagsabgeordnete Hans-Christian Ströbele als Vorkämpfer für Bürgerrechte und Freiheit. Geht es dagegen um seine eigenen Interessen, kann ihm der Arm des Gesetzes gar nicht stark genug sein. Kürzlich wollte das Ehepaar Ströbele beim Schwimmen im Weinheimer Waidsee entspannen. Nicht etwa im Bereich des kostenpflichtigen Strandbades, sondern im Anglerbereich, wo schwimmen verboten ist. Als der grüne Schwarzschwimmer eine Gruppe jugendlicher Angler passierte, wurde seine Frau von einer Futterkugel am Kopf getroffen, die einer der Jungen mit einer Zwille ins Wasser geschleudert hatte, um Fische anzulocken. Daraufhin entstieg er, so Zeugen, außer sich vor Wut den Fluten und zeigte den 13-jährigen „Täter" wegen „gefährlicher Körperverletzung mittels einer Waffe" an. Dass dort schwimmen verboten ist, täte, so Ströbele, nichts zur Sache. Wen wundert's, gehört Gesetzestreue doch nicht gerade zu seinen herausragenden Tugenden: Er ist rechtskräftig wegen Unterstützung der RAF-Terroristen zu einer Haftstrafe auf Bewährung verurteilt. Beim nächsten Mal sollte Ströbele vielleicht in seinem Wahlkreis Berlin-Kreuzberg schwarzschwimmen gehen. Die dortige Jugend, für ihr hohes Gewaltpotenzial bekannt, würde ihn wohl kurzerhand „kulturbereichern", sprich: an Ort und Stelle versenken.

Ströbele fährt gern mit dem Fahrrad – zumindest, wenn Kameras in der Nähe sind. Als ihm sein Drahtesel geklaut wurde, verlangte der Streiter gegen jedwede Videoüberwachung nachdrücklich die Auswertung von Videoaufnahmen zur Täterermittlung. Für die Linken mag er eine Ikone sein, und doch ist er nur ein verklemmter Spießer.

Weg vom Bürgerschreck

»Realos« dominierten den Bundesparteitag der Grünen – Klatsche bei »Stuttgart 21«

Realistisch bleiben" hieß das Motto beim Bundesparteitag der Grünen am vergangenen Wochenende in Kiel. Und so blieben die 800 Delegierten realistisch und der bisherigen Linie grüner Politik treu. Die sonst bei den Grünen-Parteitagen üblichen Flügelkämpfe zwischen „Realos" und „Fundis" fielen aus. Statt ideologische Schlachten auszutragen, einigte man sich auf Beschlüsse zu Umweltschutz, Subventionsabbau, Netzpolitik und Mindestlohn.

Längst sind die Grünen in der Mitte der Gesellschaft angekommen und die bürgerlichen Wählerschichten dürfen nicht mehr verprellt werden. Artig wurde immer wieder der Schulterschluss mit der Wirtschaft beschworen, der unternehmerische Klein- und Mittelstand gelobt. Folglich dominierten die „Realos" auch die Debatte um eine Erhöhung des Spitzensteuersatzes. Die beschlossene Anhebung von 42 auf 49 Prozent ab einem Jahreseinkommen von 80000 Euro liegt weit unter dem, was linksgrüne Delegierte gefordert hatten.

Das war ganz im Sinne des baden-württembergischen Ministerpräsidenten Winfried Kretschmann, der sich zuvor mit einem eindringlichen Plädoyer für eine moderate Steuerpolitik an seine Parteifreunde gewandt hatte. Er war der eigentliche Star des dreitägigen Parteitages. Sein Wort war quasi Gesetz, und immer wieder wurde er von nachfolgenden Rednern zitiert.

> Kretschmann war der eigentliche Star

Ansonsten gab es für „Kretsch", wie er parteiintern genannt wird, am Sonntag wenig Grund zur Freude. Denn auch wenn es sich manche Grüne gewünscht haben mögen, waren es nicht die gern Gorleben rollenden Castoren, die entgleisten, sondern die eigenen Gesichtszüge, als das Ergebnis des Volksentscheides zu „Stuttgart 21" bekannt wurde. Für Kretschmann eine herbe Niederlage. Die Bürger haben ihn und seine „Wutbürger" zurückgepfiffen. Nicht diejenigen, die am lautesten und am meisten Aufmerksamkeit erregten, haben gesiegt, durchgesetzt hat sich die schweigende Mehrheit der „Friedbürger". Die direkte Demokratie, einst von den Grünen als Machtmittel der vermeintlich Machtlosen initiiert, wendet sich gegen ihre stärksten Befürworter. Kretschmann will bei „S21" nun „umschalten von ablehnend-kritisch auf konstruktiv-kritisch". Ansonsten will er das Bürgervotum „ohne Hintertürchen und doppelten Boden" annehmen. Dass er die Selbstverständlichkeit betont, den Willen des Volkes umzusetzen, zeigt, dass er sich erst noch in seiner Rolle als Regierungschef finden muss. *Jan Heitmann*

Vom Staat gedeckt?

Zschäpe soll Informantin gewesen sein

Die Rolle des Verfassungsschutzes bei den Aktivitäten der rechtsextremistischen Terrorgruppe „Nationalsozialistischer Untergrund" wird immer dubioser. Beate Zschäpe, die einzige Überlebende des Zwickauer Mord-Trios, soll seit 1998 als Zuträgerin für die Sicherheitsbehörden gearbeitet haben. Das berichtet die „Leipziger Volkszeitung" unter Berufung auf Informationen aus dem thüringischen Landeskriminalamt. Danach soll Zschäpe von Behörden „gedeckt" gewesen sein und diesen Informationen über die rechte Szene geliefert haben. Während dieser Zeit soll sie fünf Alias-Namen verwendet und 2003 über Vertraute mit der Justiz über ihre Rückkehr in die Öffentlichkeit verhandelt haben.

> Hinweis kommt vom Landeskriminalamt

Bei der jüngsten Sondersitzung des Bundestagsinnenausschusses hatten Vertreter des Verfassungsschutzes die Frage nach einer bezahlten Zuarbeit Zschäpes noch ebenso verneint wie die Frage, ob es bei ihr Anwerbeversuche gegeben habe. Doch nun scheint sich zu bewahrheiten, was an dieser Stelle (*PAZ* Nr. 46) bereits vermutet wurde: dass die braunen Aktivitäten tatsächlich vom Verfassungsschutz orchestriert wurden. *J.H.*

MELDUNGEN

Tochter eines Massenmörders

Richland – Stalins Tochter Swetlana Allilujewa ist tot. In Richland im US-Staat Wisconsin starb die 85-Jährige bereits am 22. November, was erst am 29. publik wurde. In Russland holte man den Film „Swetlana“ hervor, 2008 von Irina Gedrowitsch erstellt, der ihren „spröden“ Charakter entlarvte: eine zänkische Frau, misstrauisch gegen alle Welt, zerstritten selbst mit den eigenen Kindern, hasserfüllt gegen den Vater: „Spätzchen“ und „Herrin“ nannte er sie, die es ihm nie verzieh, dass er ihre Mutter, Tochter einer Deutschen, 1932 in den Selbstmord trieb und ihre Jugendliebe, den jüdischen Regisseur Aleksej Kapler, in den Gulag verbannte. Nach Stalins Tod wurde sie als „Geheimnisträgerin“ streng bewacht, konnte erst 1967 über Indien und die Schweiz in die USA fliehen, wo sie mit „20 Briefe an einen Freund“ einen Weltbestseller schrieb. Sie hasste die UdSSR und den Westen, wechselte rastlos Staaten und Ehemänner, kam 1984 in die Sowjetunion zurück, floh 1986 erneut in die USA, wo sie bis zuletzt ihren Hass auf Stalin nährte: „Er hat mein Leben zerstört und hätte mich für meine Taten erschossen.“ *W.O.*

Offenbar nicht lernfähig

Bonn – Der Bundesrechnungshof hat kritisiert, dass trotz der Futter- und Lebensmittelskandale der letzten Zeit immer noch nichts unternommen wurde, um die Arbeit der Behörden effizienter zu gestalten. Bundesweit gibt es 400 verschiedene Kontrollbehörden der Lebens- und Futtermittelüberwachung, wobei aufgefallen ist, dass die Futtermittelkontrolleure besser ausgebildet seien. 2500 Lebensmittelkontrolleure sollen 1,1 Millionen Hersteller, Restaurants und Supermärkte kontrollieren. Zudem werden Daten uneinheitlich und nicht zentral erfasst. *Bel*

Ausnahme bereits die Regel geworden

Schon jetzt müssen Stromerzeuger Kraftwerke zuschalten, um den Stromfluss stabil zu halten

Ohne Strom läuft in unserer modernen Gesellschaft nichts mehr. Es brennt kein Licht, der Herd bleibt kalt, die Heizung aus, der Verkehr und die Infrastruktur brechen zusammen, Lebensmittel verderben, das Telefon ist tot, und der Zapfhahn an der Tankstelle gibt auch nichts mehr her. Dieses Szenario, so fürchten die Bundesnetzagentur und die Netzbetreiber, könnte schon in den kommenden Wintermonaten Realität werden.

Die Wende der Bundesregierung in der Energiepolitik stellt die Strombranche vor große Herausforderungen, denn durch die Abschaltung von sieben Atomkraftwerken kann es zu gravierenden Engpässen bei der Stromversorgung kommen. Deshalb hat die Bundesnetzagentur schon vor Monaten vor einer zu schnellen Abschaltung der Atomkraftwerke gewarnt, ohne gleichzeitig ein tragfähiges Konzept für eine sichere Alternativversorgung zu haben. Dieses Konzept fehlt jedoch. Eine Erhebung der Bundesnetzagentur bei den Kraftwerksbetreibern, die selbst Kleinanlagen erfasst, hat eine sogenannte Kaltreserve, also die Zuschaltung von nicht unter Volllast laufenden oder abgeschalteten Anlagen, von 520 Megawatt ergeben. Um über den Winter zu kommen, wäre jedoch eine Reservekapazität von mindestens 1000 Megawatt erforderlich.

Schon jetzt müssen die Betreiber regelmäßig eingreifen und Kraftwerke zuschalten, um die Netzstabilität zu gewährleisten. Was eigentlich die Ausnahme sein sollte, ist zum Normalfall geworden. Im Sommer ist das noch kein Problem, im Winter jedoch, wenn der Energieverbrauch am höchsten ist, reicht das nicht mehr. Die Netzbetreiber warnen, dann könne es in den Lastzentren, also den Regionen mit einem besonders hohen Energieverbrauch, Versorgungsengpässe bis hin zum totalen Stromausfall geben. Daher fordern die Bundesnetzagentur und die Netzbetreiber die Bereithaltung von Reservekraftwerken für den Notfall.

Deutschland ist auf großen Stromausfall nicht vorbereitet

Dies erfordert gewaltige Investitionen in den Kraftwerksneubau, die Energieexperten mit 18 Milliarden Euro bis zum Jahr 2020 beziffern. Zwar sind derzeit 85 neue Kohle- und Gaskraftwerke vorgesehen, aber erst 21 im Bau. Ob und wann die anderen Projekte überhaupt realisiert werden können, ist noch vollkommen offen. Und selbst diese Kapazitäten würden nicht ausreichen, um die Versorgungslücken vollständig zu kompensieren. Hinzu kommt, dass die Betreiber Emissionszertifikate kaufen müssen, was die Investitionsfreude hemmt und den Strom erheblich verteuert.

Nun rächt es sich, dass die Bundesregierung der Förderung der „Erneuerbaren Energien“ Vorrang vor allen anderen Energiequellen einräumt. Windkraft und Sonnenenergie sollen es richten. So geht der Bau staatlich subventionierter „Ökokraftwerke“ zügig voran, jedoch ohne dass der Ausbau dieser Anlagen am Bedarf ausgerichtet ist. Die Sache hat nämlich einen Haken: Wenn die Sonne nicht scheint und kein Wind weht, kann man aus diesen Quellen nun einmal keinen Strom gewinnen. Hinzu kommt, dass es an Höchstspannungsleitungen fehlt, die den ökologisch erzeugten Strom dorthin transportieren, wo er gebraucht wird.

Es fehlen jegliche Notfallpläne

Deutschland ist auf einen großflächigen Stromausfall nicht vorbereitet. Es existieren keine Pläne für ein einheitliches Risiko- und Krisenmanagement von Staat und Energieversorgungsunternehmen. Regionale Notfallpläne, wie sie derzeit in Hamburg vorbereitet werden, sind die Ausnahme. Stattdessen sieht die Politik als eine Möglichkeit, die Netzstabilität zu gewährleisten, die Strommengenkontingentierung für Großverbraucher vor. Dazu erarbeitet das Bundeswirtschaftsministerium bereits eine Verordnung, nach der ab Januar kommenden Jahres bei Stromknappheit Industriebetriebe vorübergehend vom Netz getrennt werden können. Die Betreiber sollen für den Produktionsausfall mit einer sogenannten Lastabwurfprämie entschädigt werden. Ein weiterer Schritt zur Stromrationierung könnte so aussehen, dass die Privathaushalte nur noch zeitweise versorgt oder auch gar nicht mehr mit Strom beliefert werden.

Einzig das Bundesumweltamt (UBA) wiegelt ab. Es befürchtet weder gravierende Versorgungslücken noch einen Anstieg des Strompreises. Die zum Geschäftsbereich des atomausstiegsfreudigen Bundesumweltministers Norbert Röttgen gehörenden Umweltexperten erklären sogar, überschüssige Energiereserven ermittelt zu haben. Ab dem Jahr 2017 sei selbst der vollständige Ausstieg aus der Kernkraft möglich, ohne dass es zu Versorgungsengpässen kommen würde. Und für den Fall, dass Strom doch einmal knapp werden sollte, hat das UBA den Stein der Weisen gefunden: „Stromlücke adé durch neue Haushaltgeräte“ heißt die bestechend einfache Lösung. Die Stromkunden sollen einfach effizientere Geräte anschaffen und schon brennt das Licht wieder. Nicht minder originell ist die Idee einiger EU-Abgeordneter. Sie wollen alle Fitnessstudios verpflichten, die dort erstrampelte Energie ins Netz einzuspeisen. *Jan Heitmann*



Baustelle Kohlekraftwerk Hamburg-Moorburg: In den nächsten Jahren sollen 85 neue Kohle- und Gaskraftwerke in Deutschland ans Netz gehen, doch derzeit sind erst 21 davon im Bau Bild: imago

Aus 1001 Nacht noch nicht richtig erwacht

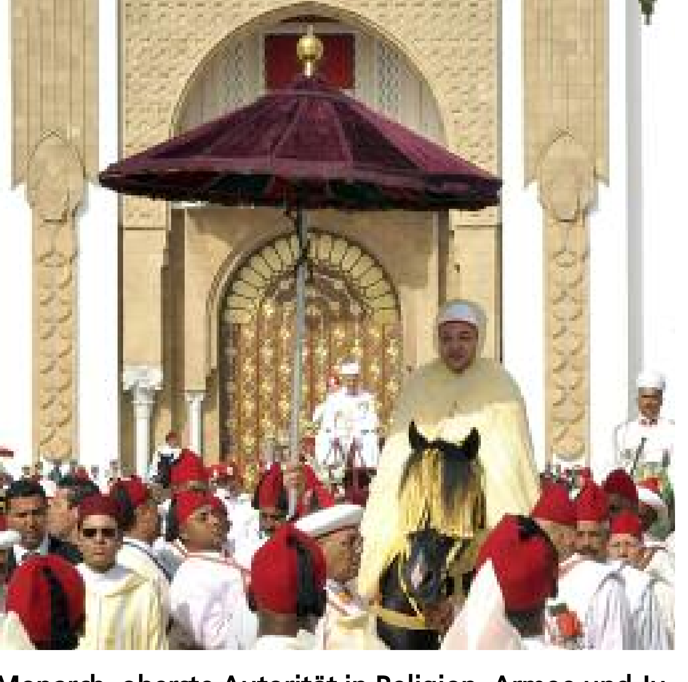
Auch in Marokko sind nun die »gemäßigten Islamisten« Regierungspartei, die Macht liegt aber weiter beim König

Der „arabische Frühling“, der sonst meist mit viel Blutvergießen verbunden war oder noch ist und der bisher eher Verschlechterungen gebracht hat, verlief in Marokko relativ harmlos. Denn König Mohammed VI. hatte als Reaktion auf die von der „Bewegung des 20. Februar“ ausgelösten Straßenproteste auf einen Teil seiner Befugnisse verzichtet, die entsprechende Verfassungsänderung im Juli durch eine Volksabstimmung legitimieren lassen, die Parlamentswahlen um ein Jahr auf den 25. November vorverlegt – und so den Protesten viel an Dynamik genommen, wenigstens vorläufig.

Der Wahlkampf war nicht sonderlich spannend, denn ein Erfolg der „Partei der Gerechtigkeit und der Entwicklung“ (PJD) galt als sicher. Parteisymbol der PJD ist übrigens ein Öllämpchen, was sich unterschiedlich interpretieren lässt. Auch im Straßenbild war vom Wahlkampf nicht allzuviel zu merken, denn das Werbebudget der 31 Parteien war sichtlich begrenzt. Im Internet gab es zwar lebhafte Diskussionen, aber deren Breitenwirkung darf nicht überschätzt werden: In eher konservativen, ländlichen Gesellschaften sind persönliche Loyalitäten und Überzeugungen viel wirksamer, siehe den Erfolg der PJD.

Laut vorläufigem Endergebnis gehen von 395 Mandaten 107 an die PDJ und 60 an die Istqlal, die „Unabhängigkeitspartei“. Sie ist die älteste Partei des Landes – bereits 1940 noch in französischer Mandatszeit gegründet – und war bisher immer mandatsstärkste. Das Wahlergebnis ist mit dem letzten aber nur bedingt vergleichbar, denn 2007 waren 325 Mandate zu vergeben, und die PJD, damals schon stimmenstärkste Partei, war durch die Wahlkreiseinteilung stark benachteiligt.

Die niedrige Wahlbeteiligung von 45 Prozent – 2007 waren es 37 – dürfte weniger an den Boykottaufrufen der „Protestbewegung des 20. Februar“ sowie einer offiziell verbotenen radikal islamistischen Bewegung liegen als am geringen politischen Interesse der Marokkaner. Und an der hohen Analphabetismusrate, denn in ländlichen Gegenden lassen sich viele nicht registrieren. Der Wahlgang selbst verlief laut Wahlbeobachtern ohne größere Ungereimtheiten. Doch im Vorfeld hatte es Verhaftungen und Benachteiligungen gegeben.



Monarch, oberste Autorität in Religion, Armee und Justiz sowie größter Arbeitgeber: Mohammed VI. Bild: AP

Nach der neuen Verfassung muss der König den Führer der mandatsstärksten Partei mit der Regierungsbildung beauftragen. Die PJD, die in Europa als „gemäßigt islamistisch“ bezeichnet wird, profitierte davon, dass sie als bisherige Oppositionspartei nicht „belastet“, also glaubhafter wirken konnte als andere. Sicher spielten auch die Erfolge „gemäßigter Islamisten“ in Tunesien und Libyen mit. „Gemäßigt“ ist allerdings ein relativer Begriff und bedeutet nur, dass es auch radikalere Kräfte gibt. PJD-Chef Abdelilah Benkirane hat sich in der Vergangenheit wiederholt abfällig über Homosexualität geäußert und wollte einen Auftritt von Elton John verhindern. Frühere Kritik am liberalisierten Familienrecht und die Forderung nach einem Alkoholverbot hatte er im Wahlkampf aber unterlassen.

Mäßigend wirkt sicherlich, dass die PJD die Monarchie nicht in Frage stellt. Doch man sei eine „Partei des Wandels“ und wolle die Dinge „besser“ machen. Sowohl Benkirane als auch der bisherige Ministerpräsident und Istiqlal-Chef Abbas Al-Fassi haben ihre Bereitschaft zur Zusammenarbeit bekundet. Es wird wie früher eine Vielparteienkoalition werden – was alles andere als hilfreich bei der Bekämpfung der Probleme ist: Korruption, Budgetdefizit, ein Viertel der 32 Millionen Marokkaner lebt unterhalb der Armutsgrenze, die Arbeitslosigkeit ist hoch – bei Jugendlichen über 30 Prozent – und der jahrzehntealte Konflikt um das von Marokko annektierte ehemals spanische Überseegebiet Westsahara schwelt weiter.

An den engen Beziehungen Marokkos mit den USA wird der Wahlausgang jedenfalls nichts ändern. Und der 47-jährige König bleibt auch nach der neuen Verfassung oberste Autorität in Religion, Armee und Justiz. Und de facto auf vielen anderen Gebieten, denn er ist der mit Abstand größte Grundbesitzer und Unternehmer und damit Arbeitgeber des Landes, und seine Dynastie regiert seit vielen Jahrhunderten. *R. G. Kerschhofer*

Die Schulden-Uhr:

Grünes »Sparen«

Wie der Bund der Steuerzahler meldet, hat das Bundesministerium des Innern unter dem Projekttitel „Green IT“ für 150 000 Euro 606 stromsparende Rechnerbildschirme beschafft. Diese haben einen um jährlich 13 400 Kilowattstunden geringeren Energieverbrauch als die ausgesonderten Bildschirme. Das macht eine Stromersparnis von rund 2500 Euro pro Jahr. Insofern hätte sich diese Anschaffung bereits nach sechs Jahrzehnten amortisiert. Allerdings stammen die 150 000 Euro aus dem kreditfinanzierten Konjunkturpaket II und verursachen deshalb Zinskosten von etwa 5000 Euro pro Jahr, also doppelt so viel, wie die Stromersparnis einbringt. *M.R.*

2.025.100.771.897 €

Vorwoche: 2.024.166.440.029 €
Verschuldung pro Kopf: 24.787 €
Vorwoche: 24.776 €

(Dienstag, 29. November 2011, Zahlen: www.steuerzahler.de)

Wo bleibt eine ernstzunehmende Opposition?

Von Theo Maass

Die Opposition erfüllt in der Demokratie eine wichtige Rolle – theoretisch. Im Deutschen Bundestag gibt es einen großen Konsens zur Euro-Rettung und für Multikulti. Die Bevölkerung sieht das anders. Die Opposition ist in diesem Sinne dort also keine echte Opposition, weil sie nicht versucht, dem Bürgerwillen Gehör zu verschaffen.

Im Berliner Abgeordnetenhaus war das bisher anders. FDP und CDU haben die Regierungspolitik heftig kritisiert. Nicht nur das: Zum Beispiel bei Bürgerbefragungen zum Flughafen Tempelhof oder zur Abschaffung des Religionsunterrichtes brachten sie die Regierung an den Rand von Niederlagen. Nun regiert die CDU mit und die Politik in der Stadt ändert sich erkennbar. Die FDP ist aus dem Parlament geflogen. Berlin hat jetzt drei linke und linksradikale Oppositionsparteien. Die gewesene Regierungspartei der Postkommunisten und SED-Erben findet nach dem Abgang Oskar Lafontaines keinen Anschluss an die Wählergunst. Ihr scheinbar unaufhaltsamer Aufstieg ist gestoppt. Auch die Leistungen als Regierungspartei in Berlin sind – auf die eigene Klientel bezogen – kümmerlich. Wohnungsbau und Sozialpolitik waren „Null“, ihre „Integrationspolitik“ war eher ein Grund für das schlechte Abschneiden der Linken. Aussicht auf Oppositionsarbeit? Nullfaktor!

Auch die Grünen sind ein Bild des Jammers. Jüngster Höhepunkt war die Selbstzerfleischung der Fraktion im Zuge der Wahl ihrer Führung. Hin- und hergerissen zwischen Feminismus, Multikulti und Realpolitik finden die Ökosozialisten nicht den Weg zu sich selbst. Sie werden zudem für nichts „gebraucht“. „Gefahr“ droht auch beim Kampf um das ausländerfreundlichste Geschwätz in der Stadt, wenn Evrim Baba („Die Linke“) und Canan Bayram (Grüne – Ex-SPD) um die Wette eifern, wer am lautesten von der Benachteiligung von Immigranten salbadert. Ein Berlin-Thema haben sie bis jetzt nicht gefunden. Echte Oppositionspolitik für die Mitte der Gesellschaft: Fehlanzeige.

Und die „Piraten“? Die Republik schaut auf ihre Arbeit im Berliner Abgeordnetenhaus. Und was sieht sie? Einen Haufen Dilettanten, die keine Themen finden und noch nicht einmal lustig sind. Da pupst einer den Reisebus voll und veröffentlicht das auf Facebook, ein anderer kommt im orangefarbenen Arbeitsdress ins Parlament, der nächste mit einem Palästinensertuch, die 19-jährige Abiturientin Graf stellt ihren Liebhaber als Mitarbeiter ein und dann will die Fraktion Fahrräder statt eines Dienstwagens haben. Auch der Gag ist alt. Damit haben die Grünen vor Jahrzehnten Aufmerksamkeit erhaschen wollen. Wo bleibt die ernstzunehmende Opposition? Ich sehe keine, und das tut der Demokratie nicht gut.

Gespart wird später

Sprudelnde Steuereinnahmen veranlassen Rot-Rot, Sparbeschlüsse zu verschieben



Ministerpräsident Matthias Platzeck hat ein neues Fass aufgemacht: Nun melden immer mehr Interessengruppen Bedarf an und verlangen, dass auch sie etwas von den Steuermehreinnahmen erhalten. Die Möglichkeit, mit den Mehreinnahmen die Neuverschuldung zu reduzieren, kommt kaum noch einem in den Sinn. Bild: pa

Das Land Brandenburg durchläuft derzeit die zweite Haushaltsumgestaltung innerhalb von drei Wochen. Die klammen Kommunen und der Bildungssektor bekommen von Rot-Rot mehr Geld. So versucht das Land, eine drohende Klage der Gemeinden wegen ungenügender Finanzausstattung bei zugleich vom Land erteilten Zusatzaufgaben abzuwehren. Trotz Steuermehreinnahmen lebt die Mark zunehmend von der Substanz.

Das Land Brandenburg bleibe unbeeinflusst von rot-roten Sparvorgaben und Strukturreformen, beispielsweise bei der Polizei, schlecht auf den Bevölkerungswandel vorbereitet und habe weiterhin enormen Überhang beim Landespersonal, sagen Kritiker. Rund 18 Milliarden Euro beträgt die Verschuldung des Landes. Statt langfristiger Schwerpunktsetzung durch die Politik erlebt die Mark seit dem Sommer eine Diskussion um die Rücknahme bisheriger Sparbeschlüsse. Seit Sommer nämlich weiß Finanzminister Helmuth Markov („Die Linke“) von Steuermehreinnahmen. Im November erhöhten sich diese geschätzten Mehreinnahmen sogar noch: Allein 2011 strömen demnach 137 Millionen Euro extra in die Landeskasse. Bis 2014 kommen zusätzlich voraussichtliche 280 Millionen Euro hinzu. Seitdem das bekannt ist, wollen einige in der Koalition den Haushalt sanieren, andere in Bildung investieren und faktisch hagelt es ständig neue Beschlüsse. Noch Ende Juni war für 2012 ein strikter Sparhaushalt beschlossen worden. Anfang November kündigte dann das Kabinett von Ministerpräsident Matthias Platzeck (SPD) an, bei der Bildung statt der in diesem Sparhaushalt festgelegten 24 Millionen nur rund 13 Millionen Euro einzusparen. Ein elf Millionen Euro umfassendes Bildungspaket ist damit beschlossen. Laut Landesregierung war dies eine der größten Umschichtungen eines Haushalts in der Landesgeschichte. Das Geld fließt in kleinere Klassen und wird auch den heftig umkämpften Schulen in freier Trägerschaft über weniger stark gekürzte Zuschüsse eine gewisse Entlastung bescheren. Währenddessen warnte Platzeck: „Wir sind gut beraten, unsere besonnene Finanzpolitik fortzusetzen.“

Doch nun schichtet Rot-Rot erneut um, verplant einen Großteil der 137 Millionen, wovor Platzeck noch vor Tagen ausdrücklich warnte. Diesmal profitiert nicht nur der Bildungssektor, sondern vor allem die finanzschwachen Gemeinden. Sie erhalten insgesamt 53,4 Millionen Euro mehr. Kleinere Gemeinden wie kreisfreie Städte hatten zuletzt wiederholt ihre ungenügende finanzielle Berücksichtigung durch die Landesregierung attackiert und drohen mit einer Klage. Das Kabinett Platzeck versucht sie zu beschwichtigen. Im Bildungssektor entlastet die Regierung nochmals die freien Schulen: Bis 2015 erhalten sie nicht 17,7 Millionen Euro weniger, sondern 14,3 Millionen.

> Nach Schulen und Gemeinden wollen nun auch Hochschulen und die Baubranche ein Stück vom Kuchen

Rot-Rot korrigiert sich laufend selbst, während die Begehrlichkeiten weiter wachsen. Nun fordern auch die Hochschulen Geld und sind damit nicht allein. Das wichtigste haushaltspolitische Ziel, nämlich die Neuverschuldung schnellstmöglich zu stoppen, gehe die Regierung nicht an, kritisiert die Opposition. Noch vor Tagen hatte die SPD klargestellt, dank Steuermehreinnahmen lieber weniger Kredite aufnehmen zu wollen. SPD-Fraktionschef Ralf Holzschuher hatte sich dafür eingesetzt, den Haushalt 2012 nicht erneut nachzubessern: „Wir haben schon genug nachgelegt.“ Nun hat die Partei „Die Linke“ das Gegenteil durchgesetzt. Im zukunftsentscheidenden Bereich Investitionen hingegen schlägt der ursprüngliche Sparkurs vom Juni weiter voll durch.

Im Landeshaushalt sei für öffentliche Investitionen Jahr um Jahr immer weniger vorgesehen, kritisiert die Baubranche des Landes, die rund ein Drittel ihrer Umsätze mit öffentlichen Aufträgen erwirtschaftet. So könnten 2012 die Investitionen des Landes etwa 1,5 Milliarden Euro betragen, der Anteil von Investitionen am Gesamthaushalt beliefe sich damit noch auf 14,8 Prozent, kritisiert Axel Wunschel, Hauptgeschäftsführer des Bauindustrieverbandes Berlin-Brandenburg. Er hielt der Landesregierung vor, bei 15 Prozent sei die von Experten angegebene Grenze dessen erreicht, was „unbedingt nötig“ sei.

Wunschel bemängelte weiter, dass der Personaletat im rot-roten Haushalt hingegen ständig weiter steige, und zwar im Jahr 2015 auf bald ein Viertel der Gesamtausgaben. Auch der Hauptgeschäftsführer der Fachgemeinschaft Bau, Reinhold Dellmann, forderte vom Land mehr Einsatz. Ihm liegt die Reparatur des Straßennetzes am Herzen: „Derzeit wird hier aus der Substanz gelebt.“

So scheint der Streit um die Verteilung des Kuchens erst zu beginnen. Die meisten Städte und Gemeinden werden jedenfalls wieder ohne beschlossenen Haushalt ins neue Jahr starten. Und auch 2012 will Rot-Rot wieder Schulden machen. 270 Millionen Euro will die Landesregierung aufnehmen, 2013 erneut 200 Millionen. „2014 wird dort eine Null stehen“, beteuerte der Landtagsabgeordnete Christian Görke („Die Linke“).

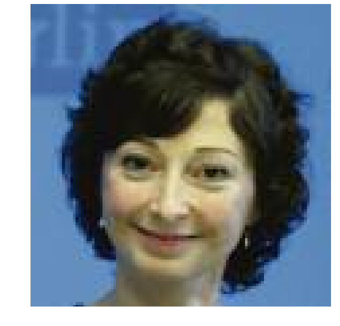
Sverre Gutschmidt

Grünes Scherbengericht

Der Streit bei Berlins Bündnisgrünen geht weiter

Die Flügelkämpfe bei Berlins Grünen nehmen immer groteskere Züge an. Waren vor gut drei Wochen die Wortführer des linken Flügels, Dirk Behrendt und Canan Bayram, gescheitert, eine der zwei Führungspositionen in der mehrheitlich realpolitisch orientierten Fraktion zu übernehmen, so sind nun wieder linke Kandidaten durchgefallen.

Realo Volker Ratzmann hat inzwischen entnervt seinen Posten an der eigentlich als Doppelspitze gedachten Führung der Berliner Grünen geräumt, denn ein Ende des Streits um seinen Posten im Fraktionsvorsitz war nicht absehbar. Der linke Parteiflügel drohte mit Spaltung. Ratzmanns Rücktritt als Chance zum Kompromiss ist vertan, die Lager bekriegen sich weiter. Als Schlichter bestellte altgediente Grüne erreichten nichts. Nun fiel Heidi Kosche aus Friedrichshain-Kreuzberg bei der Wahl für den Posten der Fraktionsvorsitzenden durch. Susanna Kahlefeld fand als Stellvertreterin keine Zustimmung. Beide gehören dem linken Flügel an, wollten den Anspruch ihres Flügels auf mehr Einfluss erneuern. Die Vorsitzende Ramona Pop, die seit Ratzmanns Abgang wider grüne



Nun doch keine Doppelspitze: Allein-Chefin Ramona Pop Bild: B. Stadler/dapd

Tradition und Satzung als Alleinherrscherin den Streit aussitzt, soll nun auch allein an der Spitze bleiben, beschloss die Partei. Die grüne Institution „Doppelspitze“ geht in den Flügelkämpfen unter. Die Realpolitikerin Pop hofft, „dass wir uns jetzt in die Arbeit stürzen können“.

Zu ihren Stellvertretern wählte die Fraktion eher gemäßigte Grüne: Antje Kapek, Nicole Ludwig und Stefan Gelbhaar. Allein Kapek wird dem linken Flügel zugerechnet. Ihre Wahl ist somit das letzte Signal an den linken Flügel, zu einer Lösung beizutragen. Die Forderung der Linken, die gut 40 Prozent der Fraktion ausmachen, besser vertreten zu sein, steht aber weiter im Raum. Der Ton bleibt scharf: „Idioten“ kämpfen gegen „Revisionisten“ und auch in der Sache muss noch einiges aufgearbeitet werden. So forderten Anhänger des Linksflügels über die Unterstützung von Hausbesetzern breit zu diskutieren, was Anlass für weiteren Zwist bieten dürfte. Der linke Flügel rechnet mit schwarz-grünen Bündnisträumen ab und das Echo vertieft die Spannungen weiter. *SV*

Gefährliche Kutten

Immigranten gründen eine Rockerbande

Die Rockerszene in Berlin bekommt Zuwachs. Nach den „Hells Angels“ und den „Bandidos“ gibt es in Berlin nun eine neue Straßengang: die „Streetfighters“. Unterscheidungsmerkmal der Truppe zu ihrer Konkurrenz ist der Immigrationshintergrund der 15 bis 20 Mitglieder. Sie sind zumeist der Polizei als Intensivtäter bekannt. Chef ist der 38-jährige Ahmet A., Mitglied einer kurdischen Großfamilie. Die Mitglieder tragen als Erkennungszeichen Kutten mit dem Aufdruck „Streetfighter“. Seit dem vergangenen Sommer ist die Gruppe im Stadtteil Wedding durch Gewaltkriminalität in Erscheinung getreten. In Musikvideos bringen die Mitglieder gewaltverherrlichende und „sexistische“ Rapps zu Gehör. Im September ist das bisher „entspannte“ Verhältnis mit den „Hells Angels Berlin City“ belastet worden, denn das Vereinsheim der Kurdengang wurde nach Vermutungen der Polizei von den „Hells Angels Berlin City“ verwüstet. Seither sollen dort Waffen wie Messer und Macheten bereit liegen. Ahmet A. wurde bei dem Überfall verletzt und kündigte nunmehr an, zwei seiner Brüder aus der Türkei zu holen, um Rache zu nehmen. Damit verband er die Drohung, er habe Verbindungen zur PKK. Somit droht in der deutschen Hauptstadt möglicherweise nicht nur ein „normaler“ Banden-, sondern ein multiethnischer Bürgerkrieg. Die Polizei wiegelt indessen ab. In der zuständigen Direktion 3 heißt es, man habe lediglich eine „Arbeitsgruppe Scherer“ (das „Streetfighter“heim liegt in der Scherersraße) mit zwei Beamten eingerichtet, die das Treiben der Gang beobachten und „Lagebilder“ einholen soll.

> Kurde droht mit großen Brüdern

Theo Maass

Dicke Luft aus Polen

In Deutschland gibt es 51 sogenannte Umweltzonen und Berlin ist eine von vier Städten, in denen nur noch Autos mit der grünen Plakette fahren dürfen. Dennoch hat die Feinstaubbelastung in der Stadt zugenommen. Der hausgemachte Anteil am Feinstaub liegt bei etwa 40 Prozent. Der große Rest komme überwiegend aus polnischen Kraftwerken, Industrieanlagen und Heizungen – zumal bei Südostwind wie in den vergangenen Wochen. Die EU-Kommission hat wegen der drastischen Überschreitungen ein Vertragsverletzungsverfahren gegen Polen eingeleitet.

Die scheidende Berliner Umweltsenatorin Katrin Lompscher von der Partei „Die Linke“ wollte nun auch auswärtige Reisebusse ohne grüne Plakette aus der Stadt verbannen. Die neue rot-schwarze Regierung hat hingegen angekündigt, die bestehende Ausnahmeregelung bis 2014 zu verlängern. Nur die Hälfte der Reisebusse, die Berlin besuchen, hat eine grüne Plakette. *T.M.*

Das Nest der Krisen

Auch die Weltwirtschaftskrise von 1929/32 schwappte aus den USA nach Europa

Der Einbruch der US-Börsenkurse am Donnerstag, dem 24. Oktober 1929, steht als Symbol für den Kollaps der größten Volkswirtschaft der Erde. Innerhalb von Stunden wurden 16 Millionen Aktien abverkauft. Eine Entwicklung, die sich am folgenden Tag, dem „Schwarzen Freitag", fortsetzte. In Gang gesetzt wurde mit dem Börsenkrach eine wirtschaftliche Abwärtsspirale, aus der die meisten Länder sich erst mit dem Beginn des Zweiten Weltkrieges wieder befreien konnten.

Die Kurseinbrüche des Oktobers 1929 als Ursache der Krise anzusehen wäre jedoch falsch. Sie waren vielmehr letzter Auslöser beim Einsturz eines ohnehin labilen Finanzsystems, das sich mit Fehlentwicklungen und finanziellen Ungleichgewichten teilweise bereits seit 1914 herausgebildet hatte. Ähnlich dem Verbriefungsmarkt in der aktuellen Finanzkrise erwies sich auch 1929 ein neues Finanzprodukt als Brandbeschleuniger in der Krise: Mit Aktien beliehene Makler-Kredite hatten erst seit 1928 Massenverbreitung gefunden. Der Börsenkrach entzog durch fallende Aktienkurse den Krediten die Deckung. Die daraufhin massenweise gekündigten Kredite blieben kein amerikanisches Problem, sondern bewirkten als Kettenreaktion eine Kreditklemme, die bis Europa reichte.

Der Erste Weltkrieg hatte die USA von einem Schuldner zum wichtigsten Kreditgeber der Welt gemacht: Bis 1918 finanzierten die amerikanischen Darlehen die Kriegsführung von Briten und Franzosen. Nach 1918 wurden die US-Kredite dazu gebraucht, dass die Deutschland aufgenötigten Reparationsleistungen an Großbritannien und Frankreich geleistet werden konnten. Quasi im Kreislauf – über den Umweg London und Paris – landeten die in Versailles erpressten Zahlungen zur Tilgung der britischen und französischen Kriegsschulden schlussendlich wieder bei den US-Banken – angereichert um die Zinszahlungen.

US-Banken kündigten für Reparationszahlung benötigte Kredite

Diesem aus Sicht der Wall Street grandiosen Geschäftsmodell wurde mit der Kreditklemme nach dem Börsenkollaps die Basis entzogen. Da sie selbst in Schwierigkeiten gerieten, begannen US-Banken von ihnen vergebene Kredite in Europa zu kündigen. In dieser Situation war die von Kanzler Heinrich Brüning auf den Weg gebrachte Sparpolitik nicht zu vermeiden.

Von heutigen Kritikern wird gern übersehen, dass durch den Young-Plan, der die Zahlungen der Reparationszahlungen seit 1929 regelte, Brüning kaum Handlungsfreiheiten hatte. Mit der Kürzung der öffentlichen Ausgaben um 30 Prozent, dem Heraufsetzen von Steuern und dem Senken von Löhnen gelang es Brüning immerhin, ein massives Defizit in ein kleines Plus umzuwandeln. Der Preis dafür war allerdings hoch: Die Wirtschaftsleistung fiel im Jahr 1931 um acht Prozent und 1932 sogar um 13 Prozent.

Dies war aber nicht nur Resultat der Sparpolitik, sondern auch Folge immer stärkerer Handelsbeschränkungen. Die USA begannen im Juni 1930 mit dem „Smoot Hawley Tariff" 20000 Importgüter mit Zöllen zu belegen und Länder wie Deutschland damit praktisch vom US-Markt abzuschneiden. Ein Vorschlag von Präsident Herbert Hoover zu einem einjährigen Zahlungsstopp für deutsche Auslandsschulden wurde von Frankreich heftig angefeindet. Als das Hoover-Moratorium im Dezember 1931 endlich zustande kam, war es zu spät: Bereits im Sommer 1931 waren mehrere deutsche Großbanken in eine derartige Schieflage geraten, dass sie geschlossen und später verstaatlicht werden mussten.

Die Bankenkrise leitete den zweiten Teil der Weltwirtschaftskrise ein. Die Probleme der Banken verstärkten die Kreditklemme in der deutschen Wirtschaft. Auf dem Arbeitsmarkt erreichte die Krise im Februar 1932 ihren Höhepunkt: 6,12 Millionen Arbeitslosen standen nur zwölf Millionen Beschäftigte gegenüber. *Norman Hanert*

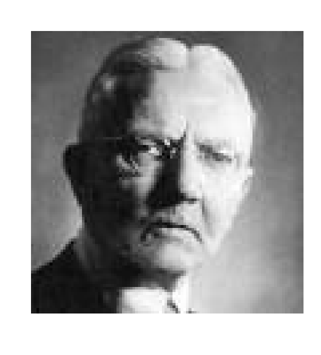


24./25. Oktober 1929: An diesen Tagen wurden an der New Yorker Börse wirtschaftliche Fehlentwicklungen sichtbar Bild: keystone

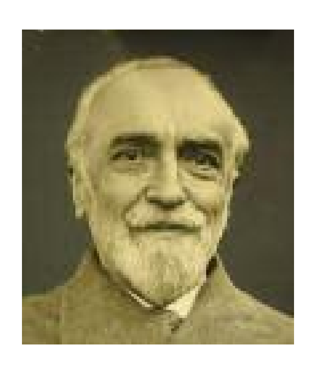
Zeitzeugen



John Maynard Keynes – Als Vertreter des britischen Schatzamts war Keynes Mitglied der britischen Delegation bei den Verhandlungen zum Versailler Diktat. Aus Protest gegen die Vertragsbedingungen trat der Ökonom Keynes von seinem Posten in der Delegation zurück. Zutreffend prophezeite er bereits 1919 als Folge der Deutschland auferlegten Reparationszahlungen eine Destabilisierung der internationalen Wirtschaftsbeziehungen.



Hjalmar Schacht – Als Reichswährungskommissar und späterer Reichsbankpräsident war der in Nordschleswig geborene Schacht an der Beendigung der Hyperinflation durch Einführung der Rentenmark im November 1923 beteiligt. Zwischen 1923 und 1930 sowie von 1933 bis 1939 stand Schacht an der Spitze der Reichsbank, zusätzlich war er von 1934 bis 1937 Reichswirtschaftsminister.

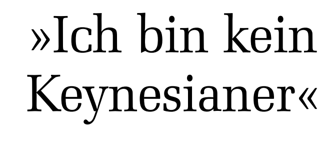


Montagu Norman – Als Gouverneur der Bank von England stand Montagu Norman von 1920 bis 1944 an der Spitze der britischen Notenbank. Unter seiner Verantwortung wurde am 19. September 1931 die Goldkonvertibilität des Pfund Sterlings aufgegeben. Der Schritt symbolisiert den Anfang des Zerfalls des internationalen Goldstandards. Norman galt als enger Freund sowohl des deutschen Reichsbankchefs Hjalmar Schacht als auch Benjamin Strongs, der bis 1928 an der Spitze der US-Zentralbank FED stand.



Clément Moret – Als Gouverneur stand er zwischen 1930 und 1935 an der Spitze der Banque de France. Die neuere Forschung schreibt der französischen Notenbank durch ihre Geldpolitik eine Mitverantwortung bei der Verschärfung der Weltwirtschaftskrise zu. Von sieben Prozent der globalen Reserven 1926 erhöhte die Banque de France ihre Goldreserven bis 1932 auf 27 Prozent, ohne die Papiergeldmenge aufzustocken. Diese „Goldverknappung" setzte andere Länder, die ihre Währung an den Goldstandard gebunden hatten, unter starken deflationären Druck.

»Ich bin kein Keynesianer«



Der Brite John Maynard Keynes gilt als der einflussreichste Ökonom des 20. Jahrhunderts. Sein Konzept, dass in Zeiten wirtschaftlicher Depression der Staat ausbleibende private Investitionen ersetzen und die Nachfragelücke selbst über kreditfinanzierte Ausgaben schließt, gilt auch heute noch oft als Patentrezept.

Keynes selbst war sich den Grenzen seines Konzepts durchaus bewusst. Im Alter musste er mit ansehen, wie Anhänger, die sich auf ihn beriefen, immer extremere Positionen einnahmen. „Ich bin kein Keynesianer", machte er in seinem letzten Lebensjahr, mit Hinblick auf Forderungen, die in seinem Namen erhoben wurden, klar.

Auch Deutschland setzte 1933 unter Reichsbankchef Hjalmar Schacht eine Wirtschaftsankurbelung mit staatlichen Krediten um.

Deutschland setzte Keynes zuerst um

Zwar gelang es, vor allen anderen Ländern einen Ausweg aus der Weltwirtschaftskrise zu finden, die Begleiterscheinungen waren aber zerrüttete Staatsfinanzen und wachsende Inflation. Vor der breiten Masse konnten die negativen Folgen lange Zeit verborgen werden, für Reichsbankchef Schacht war aber bereits ab Januar 1939 klar, dass das Dritte Reich de facto bankrott war.

Keynes selbst beschäftigte sich erst ab 1940 ernsthaft mit dem Problem wachsender Geldmengen. Inflation war für ihn lediglich eine Folge von Vollbeschäftigung, die zu einem Nachfrageüberhang und damit zu steigenden Preisen führt. Senken wollte Keynes den Geldüberhang bei Bedarf durch steuer- und geldpolitische Maßnahmen.

Dass diese Sicht allzu simpel war, erwies sich in den 1970er Jahren, als sich in der Weltwirtschaft eine sogenannte Stagflation einstellte: Wachsenden Inflationsraten gingen nicht mit Vollbeschäftigung, sondern mit wachsenden Arbeitslosenzahlen einher. *N.H.*

Der vergessene Crash

1873 bis 1879: Zahlreiche Parallelen zur Gegenwart

Zur Erklärung der derzeitigen wirtschaftlichen Situation wird häufig die Weltwirtschaftskrise von 1929/1931 als Vergleich herangezogen. Aufgrund von Sonderfaktoren als Nachwirkungen des Ersten Weltkrieges, zum Beispiel die Deutschland aufgenötigten Reparationen, geht der Vergleich häufig fehl. Weitaus mehr Parallelen drängen sich mit einer Krise auf, die heutzutage nahezu vergessen ist: die sogenannte „Lange Depression", die im Kern von 1873 bis 1879, mit seinen Nachwirkungen aber sogar bis 1896 anhielt.

Die im deutschsprachigen Raum verbreitete Bezeichnung „Gründerkrise" verstellt ein wenig den Blick darauf, dass es sich dabei um die erste Wirtschaftskrise gehandelt hat, die globale Ausmaße hatte. In Europa wird der Zusammenbruch der Wiener Börse 1873 als Beginn der Krise angesehen. Vorangegangen war nach dem Sieg über Frankreich und der Reichsgründung der scheinbare Anbruch goldener Zeiten – erst im Deutschen Reich, dann auch in Österreich-Ungarn.

Frappierend sind die Ähnlichkeiten der frühen 1870er Jahre mit denen des ersten Jahrzehnts unseres Jahrhunderts: Die damalige Gründerzeit mit Bauboom, steigenden Börsenkursen und Unternehmensgründungen erinnert an die Euphorie um Internetfirmen, um das Jahr 2000 und die spätere Spekulationsblase bei US-Immobilien. Dem innovativen Finanzprodukt der Gründerzeit – unreglementierte Pfandbriefe – stehen die US-Subprime-Verbriefungen der Neuzeit gegenüber. Vertraut scheint auch der Ansteckungseffekt aus Übersee: Anleihen der amerikanischen Eisenbahnpioniere überschwemmten damals den europäischen Markt und entpuppten sich bald als wertlose Versprechen.

Auch damals begann alles in Übersee

Geprägt war die damalige Krise durch sinkende Geldmengen und schwindende Erlöse für die Produzenten. Ihre Folgen waren gleich mehrere Staatsbankrotte: 1876 erwischte es das Osmanische Reich, Russland folgte 1885, Portugal 1890 und Griechenland 1893. Während Großbritannien seine bisher unangefochtene wirtschaftliche Führungsrolle an Deutschland verlor, drängten als weitere aufstrebende Macht die USA auf die Bühne. Der Aufstieg gelang mit den Mitteln, die heute von US-Seite China vorgeworfen werden: Schutzzölle sowie Handels- und Niederlassungsbeschränkungen für ausländische Firmen.

Wie wenig die moderne Wirtschaftswissenschaft bisher eine zufriedenstellende Erklärung für die damalige Krise bieten kann, lässt sich an einem Phänomen festmachen, das es laut gängiger Volkswirtschaftslehre nicht gegeben haben dürfte: Trotz Deflation, also sinkender Geldmenge, kam es zu Wirtschaftswachstum. Die Überwindung der Krise könnte allerdings Bestätigung für eine andere Theorie sein: die des russischen Forschers Kondratjiew, der Erfindungen und neuen Technologien einen entscheidenden Beitrag bei der Einleitung von wirtschaftlichen Wachstumsphasen zuschreibt. Die 1890er, in denen die jahrzehntelange Wirtschaftskrise überwunden wurde, waren zugleich die Jahre, in denen, vor allem im Deutschen Reich und den USA, die Grundlagen der Elektrotechnik und der chemischen Industrie gelegt wurden. *N.H.*

Preußische Allgemeine Zeitung

Wochenzeitung für Deutschland
Das Ostpreussenblatt

Chefredakteur:
Dr. Jan Heitmann
(V. i. S. d. P.)

Chef vom Dienst, Politik, Bücher: Rebecca Bellano; **Politik, Wirtschaft:** Hans Heckel; **Kultur, Lebensstil:** Silke Osman; **Geschichte, Ostpreußen heute:** Dr. Manuel Ruoff; **Heimatarbeit:** Manuela Rosenthal-Kappi; **Leserbriefe:** Christian Rudolf; **Ostpreußische Familie:** Ruth Geede.

Freie Mitarbeiter: Sophia E. Gerber (Rom), Dr. Richard G. Kerschhofer (Wien), Liselotte Millauer (Los Angeles), Norman Hanert (Berlin), Jean-Paul Picaper, Wilhelm v. Gottberg, Hans-Jürgen Mahlitz.

Verlag und Herausgeber: Landsmannschaft Ostpreußen e.V., **Anschrift von Verlag und Redaktion:** Buchstraße 4, 22087 Hamburg. **Für den Anzeigenteil gilt:** Preisliste Nr. 32.

Druck: Schleswig-Holsteinischer Zeitungsverlag GmbH & Co.KG, Fehmarnstraße 1, 24782 Büdelsdorf. – **ISSN** 0947-9597.

Die *Preußische Allgemeine Zeitung* ist das Organ der Landsmannschaft Ostpreußen (LO) und erscheint wöchentlich zur Information der Mitglieder des Förderkreises der LO.

Bezugspreise pro Monat seit 1. Januar 2010: Inland 9 Euro einschließlich 7 Prozent Mehrwertsteuer, Ausland 11,50 Euro, Luftpost 15,50 Euro. Abbestellungen sind mit einer Frist von einem Monat zum Quartalsende schriftlich an den Verlag zu richten.

Konten: HSH Nordbank, BLZ 210 500 00, Konto-Nr. 192 344 000. Postbank Hamburg, BLZ 200 100 20, Konto-Nr. 84 26-204 (für Vertrieb).

Für unverlangte Einsendungen wird nicht gehaftet.

Die Bezieher der *Preußischen Allgemeinen Zeitung* werden, wenn sie keinen anderen Willen äußern, mit dem Beginn des Abonnements Mitglieder der Landsmannschaft Ostpreußen e. V. und ihrer Untergliederungen. Die Aufnahme der Bezieher in die Heimatkreise oder Landesgruppen erfolgt durch schriftliche Beitrittserklärung. Diese kann zusammen mit dem Antrag auf Lieferung der *Preußischen Allgemeinen Zeitung* erklärt werden. Der Mitgliedsbeitrag in Höhe von einem Drittel des Brutto-Inlandsbezugspreises der *Preußischen Allgemeinen Zeitung* wird zusammen mit dem jeweils gültigen Abonnementpreis in einer Summe erhoben und dient der Unterstützung der Arbeit der Landsmannschaft Ostpreußen e. V.

Telefon	**(040) 4140 08-0**
Telefon Redaktion	(040) 4140 08-32
Fax Redaktion	(040) 4140 08-50
Telefon Anzeigen	(040) 4140 08-41
Telefon Vertrieb	(040) 4140 08-42
Fax Anz./Vertrieb	(040) 4140 08-51

Internet:
www.preussische-allgemeine.de

E-Mail:
redaktion@preussische-allgemeine.de
anzeigen@preussische-allgemeine.de
vertrieb@preussische-allgemeine.de

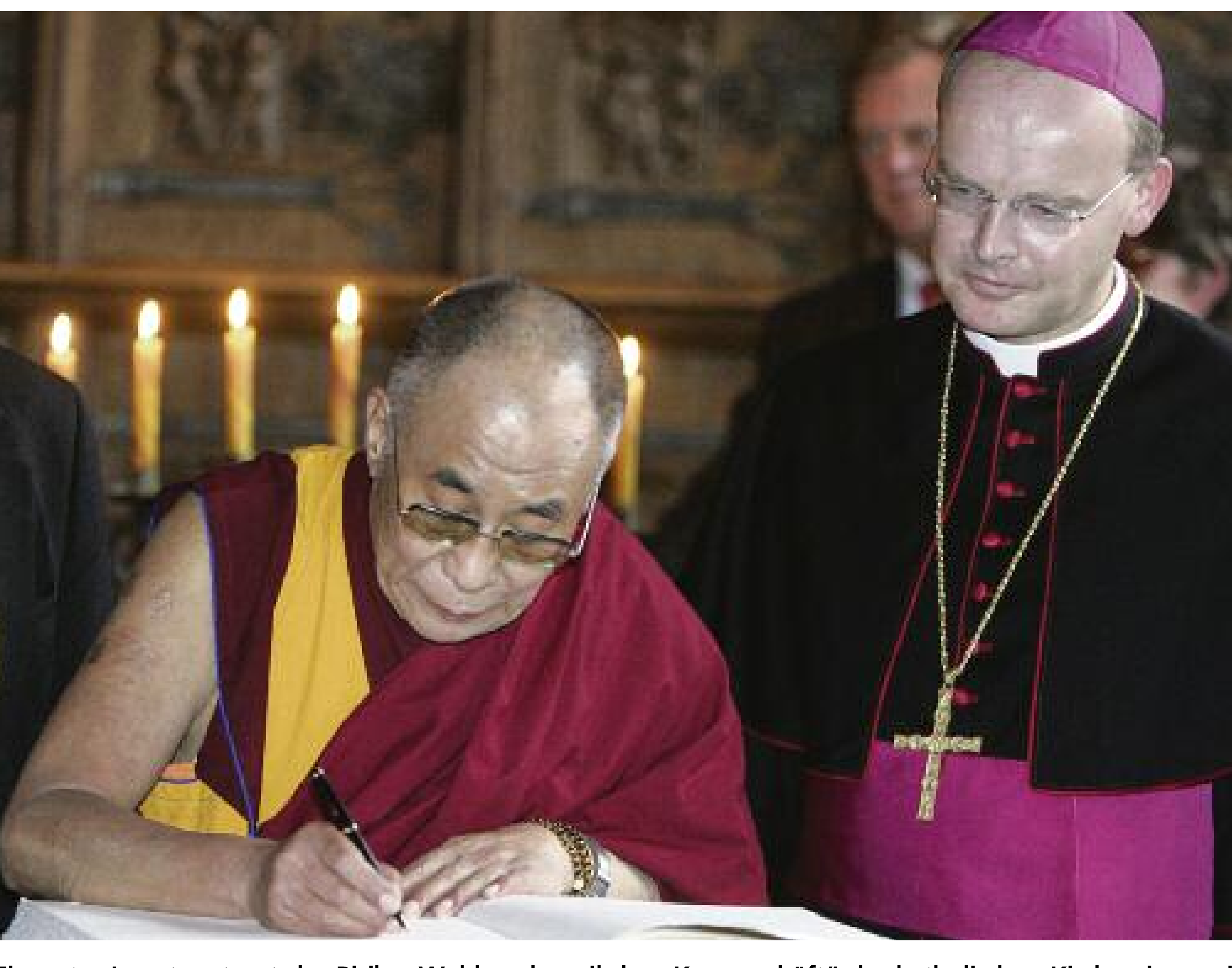
Landsmannschaft Ostpreußen:
www.ostpreussen.de
Bundesgeschäftsstelle:
lo@ostpreussen.de

www.preussische-allgemeine.de
Benutzername/User-ID: **paz**
Kennwort/PIN: **4327**

Später Gram der Ertappten

Das im Widerspruch zum Katholizismus stehende Verlagsgeschäft deutscher Bischöfe offenbart Dubioses

Nach wochenlangen skandalösen Schlagzeilen um das Erotik-Geschäft des „Weltbild"-Konzerns wollen sich die katholischen Bischöfe von Deutschlands größtem Buchhändler trennen. Zuletzt hatte sich sogar Papst Benedikt XVI. direkt in die Auseinandersetzung eingeschaltet. Doch noch ist das Problem nicht gelöst.



Ein guter Investor streut das Risiko: Wohl auch weil das „Kerngeschäft" der katholischen Kirche ein wenig schwächelt, engagieren sich die Bischöfe auch im größten deutschen Buddhismus-Verlag Bild: V. Hartmann/dapd

Wie ertappte Sünder gaben sich die katholischen Bischöfe nach ihrem Beschluss für den Ausstieg aus dem anstößigen Geschäft. Es seien ja nur „einige erotische Titel im Sortiment" bei Weltbild und der Umsatz nur gering gewesen, hieß es beschönigend. Dabei fanden sich 2506 Artikel dieser Art – teilweise pornografischen Inhalts (FSK 18) – im Sortiment. Der „verzerrenden und unangemessenen Weise der publizistischen Auseinandersetzung namentlich in Medien, die der Kirche nahestehen", gaben die Oberhirten die Schuld für den nun anstehenden Verkauf. Dem im Aufsichtsrat von „Weltbild" sitzenden Eigentümervertreter, Pater Hans Langendörfer, zugleich Sekretär der Deutschen Bischofskonferenz, sprachen die Bischöfe indes „mit Mehrheit" das „uneingeschränkte Vertrauen" aus. Dabei dürfte der Jesuit die Hauptverantwortung für das Desaster in dem Verlag tragen, der zu 100 Prozent zwölf katholischen Diözesen gehört.

Der Skandal kam nicht überraschend. Seit etwa zehn Jahren warnten engagierte Katholiken vor dem Geschäft mit Erotik und Gewaltverherrlichung. Im Jahr 2008 stellte Bernhard Müller, Inhaber und Chef des katholischen FE-Verlages, eine 70-seitige Dokumentation über das skandalöse Angebot bei „Weltbild" zusammen und versandte sie allen bei „Weltbild" beteiligten Bischöfen. Meist erhielt der Verlagschef keine und wenn überhaupt beschwichtigende Antworten. Von unvermeidlichem „Unkraut unter dem Weizen" hieß es noch vor wenigen Tagen noch aus höchsten Kirchenkreisen in Deutschland. Der Konzern mit 6400 Mitarbeitern und 1,6 Milliarden Euro Jahresumsatz, in dem mehrere hundert Millionen Euro Kirchengeld stekken, sollte nicht gefährdet werden.

Kirche dürfe nicht damit Geld verdienen, wogegen sie predigt

Den Stein ins Rollen brachte Papst Benedikt XVI. In seiner letzten Rede bei seinem Deutschland-Besuch im September kritisierte er im Freiburger Konzerthaus vor den versammelten Bischöfen mit ungewohnter Deutlichkeit die „Verweltlichung der Kirche". Vor drei Wochen legte der Pontifex nach und sprach direkt das Erotik-Geschäft der Kirche an. Er forderte die Bischöfe auf, die „Verbreitung von Material erotischen oder pornografischen Inhalts, gerade auch über das Internet, energisch einzuschränken". Der Kölner Erzbischof Joachim Kardinal Meisner forderte daraufhin als erster den Verkauf von „Weltbild". Die Kirche dürfe nicht damit im Alltag Geld verdienen, wogegen sie am Sonntag predige.

Der Skandal bei „Weltbild" ist für die Bischöfe aus mehreren Gründen besonders peinlich. Handelte es sich bei dem Missbrauchsskandal des Jahres 2010 um einige wenige Priester, deren Untaten zum Teil Jahrzehnte zurücklagen, geht es hier um die Bischöfe selbst und um ein aktuelles Problem. Medien kommentieren die „Causa Weltbild" als Falle, in der die Bischöfe sitzen. Ob ein Verkauf tatsächlich möglich ist, gilt als offen. Den Bischöfen wird immerhin zugutegehalten, dass offenbar Kirchenfunktionäre und weltliche Manager ein für sie undurchsichtiges Spiel getrieben haben. Dass „Weltbild" mit der „Verbreitung von Sexbüchern, Gewaltverherrlichung, Esoterik, Magie und Satanismus eine Menge Geld verdient", wie in der Müller-Dokumentation steht, mochte zunächst keiner so recht glauben. Der „Weltbild"-Konzern argumentierte immer wieder, dass man „mit dem Markt mitschwimmen müsse", wenn man Marktführer bleiben wolle. Dem setzten die Bischöfe offenbar keine Einigkeit und Entschlossenheit entgegen.

Nicht nur Sex, auch Satanismus im Programm

Nach dem Rücktritt des Aufsichtsratschefs von „Weltbild", Klaus Donaubauer, steht nun Pater Hans Langendörfer besonders in der Kritik. Da der Jesuitenpater nicht nur Eigentümervertreter bei „Weltbild", sondern zugleich Sekretär der Deutschen Bischofskonferenz und damit die rechte Hand des Vorsitzenden, Erzbischof Robert Zollitsch, ist, wird die Lage brisant. So wurde aufmerksam registriert, dass die Bischöfe dem Pater nur „mit Mehrheit", also weder mit Einmütigkeit noch mit Einstimmigkeit, das „uneingeschränkte Vertrauen" aussprachen. Der Rücktritt von Langendörfer wird allenthalben erwartet, womit auch Erzbischof Zollitsch schwer beschädigt wäre.

Viele Vorwürfe stehen noch im Raum, die mit der derzeitigen Verkaufsentscheidung nicht aus der Welt sind. Die katholische Kirche ist auch zu 50 Prozent am Verlag „Droemer Knaur" oder am Esoterik-Verlag „Mens Sana" oder dem Buddhismus-Verlag „O. W. Barth" beteiligt. Auch der zu 100 Prozent im Kirchenbesitz befindlichen Marke „Jokers" wird vorgeworfen, Porno-Literatur aktiv eingekauft und weiterverkauft zu haben. Teilweise wurde sogar kirchen- und christentumsfeindliche Literatur angeboten und damit an diesen Titeln kräftig mitverdient. Ob sich die Bischöfe dafür weithin von liberalen Medien für ihre „aufgeschlossene Haltung" loben lassen wollen, ist bislang noch völlig ungeklärt. *Hinrich E. Bues*

MELDUNGEN

CDU kämpft gegen Rechts

Berlin – „Es ist abstrus von der Opposition, mir zu unterstellen, ich würde die Arbeit gegen Rechtsextremismus relativieren, nur weil ich neue Projekte gegen Linksextremismus und Islamismus entwickelt habe", wehrt sich Familienministerin Kristina Schröder (CDU) gegen zahlreiche Vorwürfe. Sie betont, dass ihr die Arbeit an der Sache wichtiger sei als die öffentlichkeitswirksame Empörung, doch offenbar sehen das ihre Parteikollegen anders. Letzte Woche vermeldete die *PAZ* an dieser Stelle, dass Schröder die Mittel für den „Kampf gegen Rechts" auch gegen Widerstand aus der Opposition um zwei Millionen auf 22 Millionen Euro für 2012 gekürzt hat, doch Unionsfraktionschef Volker Kauder ließ nun durch einen Änderungsantrag zum Haushaltsgesetz die Kürzung rückgängig machen. *Bel*

Euro-Bonds als Vorbild

Kiel – Die Debatte um die Einführung von Euro-Bonds auf europäischer Ebene hat den Finanzminister von Schleswig-Holstein Rainer Wiegard (CDU) auf die Idee gebracht, ähnliches auch auf Bund-Länder-Ebene einzuführen. In den ersten Dezembertagen möchte er Bundesfinanzminister Wolfgang Schäuble (CDU) von der Sinnhaftigkeit der Einführung von Bund-Länder-Anleihen überzeugen. Derzeit zahlen die Länder bis zu ein Prozent höhere Zinsen als der Bund, obwohl dieser letztlich für alle haftet. Wiegard meint, dass das mit 27 Milliarden Euro verschuldete Schleswig-Holstein mit den neuen Anleihen einen dreistelligen Millionenbetrag an Zinsen sparen könnte. Schäuble hat allerdings schon vor Wiegards Besuch in Berlin dessen Idee abgelehnt. Er ist überzeugt, dass die Haushaltsdisziplin der Länder schlechter werden würde, wenn sie sich mit dem Bund günstiger verschulden könnten. *Bel*

Ideologischer Grabenkampf

Beim Betreuungsgeld geht es nicht mehr um den Bedarf der Mütter

Eigentlich schien nach der Runde im Koalitionsausschuss vor vier Wochen alles klar zu sein. Die FDP bekam ihre Steuererleichterungen und die CSU ihr Betreuungsgeld für Mütter, die ihre Kinder lieber zu Hause betreuen wollen. 100 Euro ab 2013 und ein Jahr später 150 Euro sollte es pro Kind und Monat geben, so wie es auch schon im Koalitionsvertrag hieß. Doch nun rebellieren die CDU-Frauen. Bundeskanzlerin Angela Merkel konnte nur mühsam ihren Aufstand auf dem kürzlich abgehaltenen CDU-Parteitag unterbinden. Mitte der Woche will die Bundesregierung nun eine Einigung verkünden.

Allen voran gibt sich die bayerische Sozialministerin Christine Haderthauer (CSU) kämpferisch. Die ins Spiel gebrachten Gutscheine oder eine längere Anrechnung von Rentenzeiten wollen die bayerischen Christsozialen nicht akzeptieren. Es sei ein Gebot der Gerechtigkeit, dass sich Mütter über eine Barauszahlung auch eine Alternative zur Kita-Betreuung wie beispielsweise eine Tagesmutter organisieren können. Da ein Kita-Platz den Steuerzahler bis zu 1000 Euro im Monat kostet, seien die Beträge von 100 bis 150 Euro pro Kind vergleichsweise gering und für den Steuerzahler im Übrigen billiger.

Der Konflikt, der nun die Unionsparteien zu zerreißen droht, gilt als Folge der von der vormaligen Familienministerin so euphorisch vertretenen Krippen-Offensive. Bis 2013 sollte ein Drittel der Kinder einen solchen Platz erhalten können. Vor horrenden Kosten wurde damals von Familienverbänden vergeblich gewarnt; nun erweisen sie sich als schwerer Ballast. Kommunen und Städte stöhnen über die hohen Investitionen; Eltern ärgern sich über hohe Beiträge.

Mangel an Kita-Plätzen lässt Frauen keine Wahl

Warum sind Kindergärten und Kindertagesstätten so teuer? An den Löhnen der Erzieherinnen, die zu den untersten Einkommensgruppen zählen, liegt es kaum. Vor allen Dingen freie und kirchliche Träger bemängeln die teuren behördlichen Auflagen. Die Feuerwehr verlange einen kostspieligen Brandschutz, die Gewerkschaft einen eigenen Raum für das Personal; Energieschutzbestimmungen und eine aufwändige Bürokratie müssten gestemmt werden.

Auf diese Weise verteuern sich die Plätze ständig. In Hamburg müssen Durchschnittsverdiener bis zu 393 Euro pro Kind für einen Ganztagesplatz bezahlen. Damit lohnt sich für eine ganztags oder halbtags arbeitende Ehefrau, nach Abzug aller Sozialabgaben und Steuern, vielfach kaum noch die Berufstätigkeit. Bleibt das Kind aber zu Hause, steht die Mutter bisher ohne finanzielle Hilfen vor dem Problem einer eventuellen Kinderbetreuung.

Das von der Opposition als „Herdprämie" diffamierte Betreuungsgeld wollte hier eine Abhilfe schaffen, so dass Eltern sich beispielsweise eine Tagesmutter organisieren können. Praktisch wäre diese Lösung auch, da viele Eltern gar keinen Kita-Platz nahe an ihrem Wohnort bekommen können und Wartezeiten von mehr als einem Jahr avisiert werden. Doch solche Fragen scheinen in dem Gewirr von ideologischen und finanziellen Fronten in der Unionsfraktion kaum jemanden zu interessieren (s. S. 8). *Hinrich E. Bues*

Dämpfer für Inge Viett

Alt-Terroristin wegen Billigung von Straftaten zu Geldstrafe verurteilt

Die frühere RAF-Terroristin Inge Viett (67) ist wegen Billigung von Straftaten und Störung des öffentlichen Friedens vom Berliner Amtsgericht Tiergarten zu einer Geldstrafe von 1200 Euro (80 Tagessätze à 15 Euro) verurteilt worden. Viett hatte auf einer Podiumsdiskussion der linksextremen Rosa-Luxemburg-Konferenz (RLK) in der Berliner Urania im Januar (siehe *PAZ* Nr. 2) unter anderem das Abfackeln von Bundeswehrgerät und Sabotage bei der Auslieferung von Militärgütern befürwortet. Gegen das Urteil ist Berufung möglich. Laut der linksextremen Zeitung „Junge Welt" will Viett Rechtsmittel einlegen. Wegen ihrer Vorstrafen hatte die Staatsanwaltschaft drei Monate Haft ohne Bewährung gefordert. Immerhin dürfte das jetzige Urteil der Alt-Terroristin, die auch „Gegenwehr bei Polizeiattacken" propagiert, einen kleinen Dämpfer gegeben haben.

Zuletzt war Viett im Jahr 2009 wegen Widerstands gegen Polizeibeamte zu einer Geldstrafe verurteilt worden. Auf der RLK hatte sie auch erklärt: „Das Gebot der Stunde ist der Aufbau einer revolutionären kommunistischen Organisation" mit geheimen Strukturen; sie forderte eine „kämpferische Praxis". Im Gericht verlas sie jetzt eine längere Erklärung, welche die „Junge Welt" am Tag der Urteilsverkündung druckte. Darin nennt Viett die Bundeswehr eine Angriffsarmee, welche „in heimtückischer Weise die gesellschaftlichen Institutionen okkupiert" habe, spricht von „Raubkriegen", dem „Mörderhandwerk der Soldaten" und dass die Alternative zum Kapitalismus nun einmal der Kommunismus sei. Gerade im Mörderhandwerk hat Viett Erfahrung: Sie gehörte der mörderischen „Bewegung 2. Juni" an, dann der RAF, auf ihrer Flucht schoss sie im Jahr 1981 in Paris den französischen Verkehrspolizisten Francis Violleau aus vier Metern Entfernung in den Hals. Der Familienvater erlitt eine Querschnittslähmung und musste bis zu seinem Tod mit 54 Jahren im Jahr 2000 ein Martyrium durchstehen. Viett tauchte in der DDR unter. Ein Stasi-Offizier, der RAF-Terroristen militärisch trainierte, bescheinigte ihr: „Inge Viett hat gut geschossen."



Foto: Leh

Befürwortet das Abfackeln von Bundeswehrausrüstung: Inge Viett (r.)

1990 wurde sie gefasst, zu 13 Jahren wegen versuchten Mordes verurteilt, kam aber schon nach sechseinhalb Jahren wieder vorzeitig frei. Das Oberlandesgericht Koblenz hatte dazu unter anderem gemeint, dass bei „Inge Viett die begründete Erwartung besteht, dass sie in Zukunft ohne weiteren Strafvollzug straffrei leben wird". Selbst der frühere RAF-Terrorist Christian Klar sprach von einer „phänomenal kurzen Haftzeit" für Viett.

Im Berliner Gerichtssaal applaudierten ihr jetzt zuvor zusammengetrommelte Sympathisanten. Auf der RLK hatten sie 1200 Linksextreme bejubelt. Die Leiterin der Podiumsdiskussion, Ulla Jelpke, innenpolitische Sprecherin der „Linken" im Bundestag, hatte sich mit keiner Silbe von Vietts Ausführungen distanziert. *Michael Leh*

MELDUNGEN

Missbrauch durch Moslems

London – Die britische Regierung will einen Aktionsplan gegen Kindesmissbrauch aufstellen. Grund hierfür ist, wie die Zeitung „The Times“ berichtet, die Angst von ermittelnden Polizisten vor Rassismus-Vorwürfen. Daher seien zahlreiche Fälle von Kindesmissbrauch durch meist muslimische Männer ungenügend verfolgt worden. Der Aktionsplan soll es der Polizei erleichtern, schneller Verdachtsfällen nachgehen zu können. In Nordengland wurden offenbar über Jahre gezielt minderjährige Britinnen von Pakistanern mit Drogen als Sex-Sklavinnen gefügig gemacht. *Bel*

Proteste gegen Internet-Zensur

Ankara – Die türkische Bürgerrechtsgruppe „Verein für alternative Informationstechnologie“ hat wegen mutmaßlicher Verletzung der Meinungsfreiheit Klage beim türkischen Verfassungsgericht eingereicht. Sie fordert, dass die neu geschaffene Schnittstelle innerhalb der türkischen Telekommunikationsbehörde nicht alle Aktivitäten der Internetnutzer überwacht. Seit wenigen Tagen muss jeder, der eine Internetseite öffnet oder eine E-Mail versendet, diese neue Schnittstelle passieren. Dort sind Filter eingesetzt, die, sollte der Internetnutzer nicht die Option „Erwachsener“ angegeben haben, Seiten und E-Mails sperren beziehungsweise zurückhalten, die bestimmte Wörter enthalten. Offizielles Ziel sei es, Unzucht im Internet zu verhindern. Deshalb reagieren die Filter auf die türkischen wie englischen Worte für „schwul“, „Sex“, „heiß“, „nackt“ und „Inzest“. Aber auch politische Inhalte sollen gefiltert werden. Eigentlich hatte Ankara bereits im August die Einführung eines umfassenderen Filters geplant, doch die Proteste dagegen waren zu stark. *Bel*

Teure Freiheit

Islam im Aufwind, Wirtschaft im Abwind: Ein Blick nach Tunesien zeigt ein bedrückendes Bild

Tunesien muss seine Freiheit teuer bezahlen. Für den Sturz des Diktators im „arabischen Frühling“ haben viele ihr Leben geopfert. Seitdem leidet die Wirtschaft. Im ersten Halbjahr 2011 kamen nur rund halb so viele Touristen wie im ersten Halbjahr 2010: ein Verlust von rund einer halben Milliarde Euro und annähernd 90 000 Jobs. Schätzungen zufolge hängt mindestens jeder dritte Arbeitsplatz am Tourismus. Offiziell meldet das Land eine Arbeitslosenquote von 14,9 Prozent, tatsächlich sind es deutlich mehr.

„Alles klar, Chef?“, fragt der Kellner mit einem etwas angestrengten Lächeln in perfektem Werkshallendeutsch fast jeden Gast, der vorbeikommt. Es dauert keine zwei Tage, bis die Mitarbeiter des Hotel Fourati in Hammamet jeden Gast und seine Wünschen kennen. Kein Wunder, hat das Hotel doch jetzt im Herbst fast mehr Personal als Gäste.

Auf den Balkonen der wenigen bewohnten Zimmer sonnen sich zumeist ältere Herrschaften, Deutsche und ein paar Österreicher, lesen, spielen Karten oder träumen vor sich hin. Die drei intensiv gechlorten Schwimmbäder funkeln reiseprospektblau in der Sonne. Draußen in den Straßencafés bekommt man einen (vom Staat subventionierten) Kaffee oder Tee für rund 90 Cent, ein gutes Essen im Lokal für drei oder vier Euro.

Viel Geld für Einheimische wie Lazhar Hajri. Der 29-Jährige hat in Chemie promoviert und nach vielen Bewerbungen an der Uni Monastir eine halbe Stelle ergattert. Dort bekommt er umgerechnet rund 250 Euro im Monat, weniger als das Durchschnittseinkommen in Tunesien. Die begehrten Stellen für junge Wissenschaftler vergibt die tunesische Regierung in Wettbewerben. „Letztes Jahr waren es 15 Stellen, heuer schon 40“, freut sich Lazhar. Er trägt, wie immer mehr junge Männer im neuen Tunesien, einen Bart nach islamischer Sitte. Religion ist wieder angesagt.

Lazhar setzt wie seine ganze Familie seine Hoffnungen auf „En Nahda“, die Wiedergeburt. 42 Prozent der Stimmen holte die als moderat islamistisch geltende Partei bei den ersten weitgehend freien Wahlen Ende Oktober. Auf dem Land und im armen Landesinneren waren es noch deutlich mehr. Ende November vereinbarten die Wahlsieger eine Koalition mit dem sozialdemokratisch orientierten „Kongress für die Republik“ (CPR) und der linken Ettakatol-Partei.

Lazhars Onkel Muhammed hat sein Auto, einen alten Mercedes Diesel von 1982, mit Aufklebern der Partei dekoriert. Ein weiterer klebt auf seiner Baseball-Mütze, die er wahrscheinlich nur zum Schlafen, Duschen und Beten abnimmt.

„Die ganzen arabischen Präsidenten, alles Diebe, alles Lügner, Assad in Syrien, Mubarak in Ägypten und bei uns Ben Ali“, schimpft der Mechaniker in einer radebrechenden Mischung aus Arabisch und Französisch, während er seinen altersschwachen rostigen Benz über die schmalen Straßen zwischen den Olivenhainen seines Heimatdorfes steuert. Vor lauter

> Viele Bürger halten Islamisten für weniger korrupt

Ärger kann er die Hände kaum am Lenkrad halten. Muhammed ist sich „ganz sicher“, dass die von der „Wiedergeburt“ ehrlich und weniger korrupt seien, schließlich glaubten sie an Gott und hielten sich an die Regeln des Koran.

Eine Frage nach dem neuen Tunesien oder nur ein Stichwort löst bei vielen Taxifahrern, Bauern und anderen sogenannten kleinen Leuten einen gewaltigen Redeschwall aus. Endlich können sie frei sprechen – und glauben: an die Lehren des Propheten, den Koran und vor allem an „den Respekt vor der Würde der einfachen Menschen, auch und gerade der Armen und Benachteiligten“. Das Land scheint nach der Aufrichtigkeit zu lechzen, die „En Nahda“ verspricht.

Auch Lazhar betont wie so viele, dass der Koran die Muslime zu Toleranz auch gegenüber Andersgläubigen verpflichte. Die jüdische Minderheit lebe sicher und unbehelligt auf Djerba, in Tunis und in anderen Regionen. Zum Opferfest brächten ihnen die muslimischen Nachbarn Fleisch und andere Gaben. Auch dies sei ein Gebot des Glaubens.

Lazhar, der junge Chemiker, spricht neben Arabisch fließend Französisch und Englisch. Dennoch bekam er wie alle anderen an der Uni nur einen Jahresvertrag mit einer vagen Verlängerungsoption. Nach spätestens vier Jahren ist definitiv Schluss. Das Material für chemische Experimente müsse er selbst kaufen. Die Uni habe kein Geld.

Lazhar führt auf die Dachterrasse mit Blick über die flachen Würfelbauten des Dorfes und die Olivenplantagen. „Da unten“, sagt er und zeigt nach Süden, „liegt das Industriegebiet. Dort schuften die Arbeiter in den Bekleidungsfabriken französischer und deutscher Firmen für 300 Dinar (rund 150 Euro) im Monat bis zu sieben Tage die Woche, manchmal zehn Stunden am Tag.“ Diktator Ben Ali wollte europäische Investoren vor allem mit billiger Arbeit ins Land locken: niedrige Löhne, Steuervorteile und kaum Arbeitsschutz. Auch die Ferien in den Hotels an den Stränden von Hammamet, Monastir oder Djerba sollten vor allem billig sein. 32 Dinar, gut 15 Euro kostet im November eine Nacht mit Halbpension im Drei-Sterne-Hotel Fourati laut Aushang an der Rezeption. Europäische Großveranstalter bekommen die Zimmer oft noch deutlich billiger. Drei Euro pro Tag zahle Neckermann für die Verpflegung eines Touristen, berichtet ein Gast, der Einblick in die Preislisten hatte. Für Investitionen bleibt den Hoteliers so kein Geld übrig. Viele Häuser verkommen, Standard und Preise sinken immer weiter.

Viel los ist nicht im Village Kèn. Die Zimmer stehen leer, das Restaurant wartet auf Gäste. Die neue Regierung will weiterhin Touristen ins Land locken. „Jeder Gast kann weiterhin in Ruhe sein Bier trinken und die Frauen dürfen im Bikini am Strand liegen“, versprach unlängst ein designierter Minister der islamischen „En Nahda“-Partei. Der Tourismus solle allerdings an Qualität und Anspruch gewinnen. Das Land will weg vom Billig-Image.

Wer die jungen Männer fragt, die in den vielen Straßencafés sitzen und vor allem auf Jobs hoffen, bekommt durchweg optimistische Antworten: „Jetzt sind wir frei. Es wird besser.“

Robert B. Fishman



Ausnahmezustand in Tunis: Noch immer sind die Plätze mit Stacheldraht gesperrt, um Demonstrationen zu verhindern Bild: Fishman

Warnschuss für Belgien

Ratingagentur machte Regierungsbildung möglich

Ausgerechnet die Ratingagentur Standard & Poor's könnte mit ihrer Herabsetzung der Kreditwürdigkeit Belgiens bewirkt haben, woran das politische Führungspersonal in Brüssel seit anderthalb Jahren gescheitert ist: eine Regierungsbildung. Nach über 530 Tagen ohne Regierung zeichnet sich nun eine Einigung ab: Erst am 21. November hatte der mit der Regierungsbildung beauftragte frankophone Sozialdemokrat Elio Di Rupo gegenüber König Albert II. seinen Rückzug vom Auftrag angeboten. Vorausgegangen war ein Scheitern bei den Haushaltsverhandlungen für den Etat 2012. Am Freitag, dem 25. November, folgte dann plötzlich die Meldung, dass nach einem 17-stündigen Verhandlungsmarathon eine Einigung auf milliardenschwere Einschnitte im Haushalt 2012 bis 2014 gelungen ist.

Was die erstaunliche Wende bewirkt haben könnte, wird an den Nachrichtenmeldungen der dazwischenliegenden Tage deutlich: Am Dienstag, dem 22. November, zogen die Renditen der zehnjährigen belgischen Anleihen um 28 Basispunkte auf 5,1 Prozent an: für Belgien ein seit zwei Jahren nicht gesehener Rekordwert. Der eigentliche Warnschuss, der die Kräfte mobilisiert zu haben scheint, kam aber von der Ratingagentur Standard & Poor's: Mit Hinweis auf den politischen Stillstand im Land wurde Belgiens Kreditwürdigkeit von AA+ auf nur noch AA mit negativem Ausblick abgesenkt.

Die herabgesetzte Bonität, durch die sich die Kreditaufnahme für Belgien verteuern wird, trifft Belgien in einer äußerst unangenehmen Situation: Während das Auf-

> Nicht nur der Staat, auch die Dexia-Bank braucht Kredite

fangen der in eine Schieflage geratenen französisch-belgischen Großbank Dexia für Frankreich immerhin ein ernstes Problem wird, droht Belgien an der Aufbringung der Rettungsgelder zu scheitern: Die Großbank Dexia soll sich 2012 selbst mit Anleihen für 54 Milliarden Euro eindecken. Die mit einer staatlichen Garantie versehenen Dexia-Anleihen werden aber in direkte Konkurrenz zu neuen Anleihen des Staates Belgien treten. Abgesehen von den dadurch steigenden Kosten, weil die Staatsanleihen für die Investoren mit einem attraktiveren Zins angeboten werden müssen, wenn sie überhaupt losgeschlagen werden sollen, wird von Bankenvertretern geschätzt, dass der Markt ohnehin nur für 20 bis 25 Milliarden Euro Dexia-Anleihen aufnahmefähig ist.

Nach Berichten der belgischen Zeitung „De Standaard“ soll es inzwischen eine erste Anfrage an Frankreich zur Nachverhandlung des erst im Oktober vereinbarten Bank-Rettungsplans geben. Auch wenn eine neue Lösung für die Bank gefunden werden sollte, wird für eine Regierung unter dem Sozialisten Di Rupo noch genügend Konfliktpotenzial übrig bleiben: Der eigentliche Sieger der Parlamentswahlen von Juni 2010, die flämmische N-VA, mit ihrem für ein eigenständiges Flandern eintretenden Chef Bart De Wever, wird nicht mit am Regierungstisch sitzen. Stattdessen eine bunte Koalition von sechs Parteien: Sozialisten, Liberale und Christdemokraten jeweils aus Flandern und der Wallonie, die eigens dafür angelegt ist, den eigentlichen Wahlsieger von der Macht fernzuhalten. Allerdings scheint die zusammengewürfelte Koalition fast eine Garantie für zukünftige Regierungskrisen zu sein. Allein 2012 müssen 11,3 Milliarden Euro eingespart werden. Die Frage, wo genau der Rotstift im Detail angesetzt werden soll, wird noch genug Potenzial für einen zweisprachig geführten Streit unter sechs Parteien bieten.

Norman Hanert

Kampf um das Kreuz

Polen: Antiklerikale »Bewegung Palikot« agitiert gegen Christentum

Es war ein angekündigter Skandal: Noch im Wahlkampf um die Neubesetzung des polnischen Parlaments in Warschau machte die radikal-liberale, antiklerikale „Bewegung Palikot“ massiv Stimmung gegen den angeblich zu starken Einfluss der Kirche in Polen. In Sonderheit richtete sich die Ablehnung der erst vor einem Jahr gegründeten Gruppierung, die mit der deutschen Piratenpartei verglichen wurde, gegen das Kreuz in der Öffentlichkeit. Im Interview mit der „Welt“ forderte Parteichef Janusz Palikot, die „religiösen Symbole“ müssten den „öffentlichen Raum verlassen“ – was im noch immer mehrheitlich gut katholischen Polen nur als Attacke auf das Kreuz verstanden werden kann. Dieses sei kein nationales oder staatliches Symbol, so der ehemalige Schaumwein-Produzent.

Nach ihrem unerwartet hohen Sieg mit zehn Prozent Stimmenanteil und dem dritten Platz in der polnischen Parteienlandschaft legten die Laizisten sofort los mit ihrem Programm: Das Kreuz müsse weg. Stein des Anstoßes ist ein Kreuz, das im Parlamentssaal des Warschauer Sejm hängt – unbeanstandet seit 14 Jahren. Die Fraktion der „Bewegung Palikot“ reichte nun erneut einen Antrag zur Entfernung des Kreuzes aus dem Sejm ein, den zweiten seit den Wahlen vom 9. Oktober. Ihre Abgeordneten argumentieren, das Kreuz sei widerrechtlich dort angebracht worden. Die Anwesenheit eines religiösen Symbols im Plenarsaal verletze die Verfassung.

Um die hochkochende Debatte zu versachlichen, entschied Parlamentspräsidentin Ewa Kopacz auf Druck der Parlamentsneulinge,

> »Vermeintliche Neutralität ist Kampf gegen die Kirche«

eine rechtliche Expertise bei der Sejmverwaltung einzuholen. Palikot frohlockte öffentlich: „Na, bitte, geht doch, ein großer Fortschritt.“ Doch die Stellungnahme kann dauern. Nicht ausgeschlossen ist, dass die Angelegenheit bis vor das Verfassungsgericht geht.

Die größte Oppositionsfraktion, die Kaczynski-Partei „Recht und Gerechtigkeit“ (PiS), hält das Vorgehen für unnütz. Ein PiS-Abgeordneter strich das Dilemma heraus: „Falls die Analyse Palikot Recht gibt, wird Frau Kopacz ein ernstes Problem haben, ob sie das Kreuz wirklich abnehmen lässt.“ Zudem habe die Regierung Tusk es abgelehnt, sich mit dem Kreuz-Streit zu befassen.

„Die Entscheidung sollte nicht in den Händen von Juristen, sondern von Politikern liegen, die das Volk repräsentieren“, warnte unterdessen der frühere Verfassungsrichter Wieslaw Johann die Politik davor, sich vor einer Entscheidung zu drücken.

Der künstlich erzeugte Streit um das Kreuz so kurz nach den Wahlen und im Umfeld des Nationalfeiertags hat die Öffentlichkeit aufgewühlt und Kirchenvertreter in Predigten und Artikeln zu einer deutlichen Verteidigung des Christentums herausgefordert.

Der „Kreuzzug der Jungen“ sammelte indes nach eigenen Angaben 50 000 Unterschriften zur Verteidigung des Sejms-Kreuzes. Vor dem Parlament in Warschau protestierte die Vereinigung gegen „Bestrebungen, christliche Symbole in Europa auszumerzen“. „So etwas wie weltanschauliche Neutralität gibt es nicht“, argumentierte deren Vertreter Maciej Maleszyk. Der Staat folge immer einer bestimmten Moral. „In der westlichen Zivilisation, zu der Polen gehört, war die Ethik, nach der sich der Staat richtete, immer auf das Evangelium und die Zehn Gebote gegründet.“ Das Eintreten für religiöse Neutralität erweise sich häufig nur als Kampf gegen die katholische Kirche – „aber die Moslems können tun, was sie wollen“.

Christian Rudolf

Sprengsatz für Sparprogramm

Weitere Bankenrettungen gefährden Haushaltssanierung der neuen spanischen Regierung

Der Wahlsieg der konservativen Volkspartei Partido Popular (PP) bei den spanischen Parlamentswahlen am 20. November ist fast historisch zu nennen. Im Parlament kann sich der neue Regierungschef Mariano Rajoy auf eine absolute Mehrheit stützen. Eine historische Dimension haben allerdings auch die Aufgaben, die auf den Wahlsieger warten. Wahrscheinlich ist sogar, dass ein Teil der Probleme bisher sogar von der sozialistischen Vorgängerregierung vor der Öffentlichkeit verborgen wurde.

„Es wird keine Wunder geben“, so Rajoy. Nüchterne Worte für einen Wahlsieger, der mit fast 45 Prozent 186 Mandate im Parlament und damit die absolute Mehrheit erreicht hat. Angesichts des politischen Erbes, das Rajoy vom scheidenden Regierungschef José Luis Rodríguez Zapatero von den Sozialisten antritt, aber wahrscheinlich sogar eine Beschönigung dessen, was auf Spanien in den nächsten Jahren zukommen wird.

Auch die Reaktion der Finanzmärkte nach dem Machtwechsel kann man schwerlich euphorisch nennen: Am Montag nach der Wahl verlor der Aktienindex Ibex im frühen Handel fast zwei Prozent und die Zinsen für langfristige Staatsanleihen stiegen zunächst an, bis sie sich bei 6,5 Prozent einpendelten. Die Skepsis an den Märkten ist nicht verwunderlich: Nach den Erfahrungen der letzten Kommunalwahlen vom Mai 2010 ist nicht auszuschließen, dass in den nächsten Tagen und Wochen noch zahlreiche Altlasten an die Öffentlichkeit kommen, die von der Vorgängerregierung unter dem Sozialisten Zapatero bisher „unter dem Deckel gehalten“ wurden.

Nach den Kommunalwahlen im Jahr 2010 tauchten auf lokaler und regionaler Ebene nach politischen Machtwechseln zahlreiche vor sich hergeschobene, unbezahlte Rechnungen in den „Schubladen“ der Rathäuser auf, die den Schuldenstand so mancher Kommune schlagartig erhöhten. Kurz nach der Wahl können derartige Altlasten immer noch der Vorgängerregierung angelastet werden.

Aber bereits ohne derartige Hinterlassenschaften bleibt die Lage Spaniens schwierig genug: Mit knapp 22,6 Prozent liegt die Arbeitslosenquote noch höher als im Pleitestaat Griechenland. Mit 46,2 Prozent ist fast jeder zweite spanische Jugendliche ohne Arbeit. Wahlsieger Rajoy muss einerseits das Haushaltsdefizit – im Jahr 2010 9,2 Prozent der Wirtschaftsleistung – eindämmen, ohne die ohnehin schwächelnde Wirtschaftsentwicklung weiter abzuwürgen.

Madrid soll schon EU und IWF um Hilfe gebeten haben

Hoffnungen, dass sich Wachstumsraten wie in der Vergangenheit noch einmal einstellen werden, sind ohnehin illusorisch: Das vermeintliche spanische Wirtschaftswunder der Jahre nach der Einführung des Euro hat sich inzwischen als gigantische Immobilienblase herausgestellt, deren Platzen die Existenz zahlreicher spanischer Banken noch immer bedroht. Aktuell haben die spanischen Banken 308 Milliarden Euro an offenen Immobilienkrediten in ihren Büchern. Die Hälfte dieser Kredite gilt inzwischen als problematisch. Immer mehr Objekte werden von den Banken selbst übernommen, da Kreditraten nicht mehr bezahlt werden. Die in Madrid tätige Unternehmensberatung Mac Group geht davon aus, dass es bis zu 40 Jahre dauern könnte, bis die von den Banken übernommenen Grundstücke „mitten im Nichts“ verkauft und verwertet sein werden. Für Immobilien im Buchwert von 30 Milliarden Euro ist die Prognose allerdings noch niederschmetternder: Sie gelten als völlig unverkäuflich.

Überstehen werden derartige Belastungen nur einige Großbanken, während kleinere Institute, die sich vorwiegend auf den spanischen Markt konzentriert haben, immer öfter auf der Strecke bleiben. Jüngstes Beispiel für diese Entwicklung ist die erst kürzlich verstaatlichte „Banco De Valencia“.

Die Kosten für die gestrauchelten Banken entwickeln sich immer mehr zu einer Belastung für den ohnehin angespannten Staatshaushalt. Wie wenig der jüngste Regierungswechsel die Investoren beruhigt hat, war an den jüngsten Auktionen von spanischen Staatsanleihen erkennbar. Während zehnjährige Anleihen immer mehr in Richtung auf sieben Prozent gehen, erzielen auch die kurzfristigen drei- und sechsmonatigen Anleihen inzwischen Renditen im Bereich von fünf Prozent. Beides sind Warnsignale: Das Erreichen der Sieben-Prozent-Marke bei zehnjährigen Anleihen war für Griechenland und Irland der Auslöser, um bei EU und Internationalem Währungsfond um Hilfe zu bitten.

Fast brisanter noch ist aber das Anziehen der Renditen bei den „Kurzläufern“. Die sich immer mehr abzeichnende inverse Zinsstruktur, bei der die kurzfristige Finanzierung teurer wird als die langfristige, gilt an den Märkten als Alarmsignal aller erster Güte. Auch die Gerüchte über eine informelle Anfrage von Seiten des spanischen Finanzministeriums an die Presseagenturen Reuters und Bloomberg, doch bessere Renditewerte der vorhergehenden Anleiheauktionen zu verwenden, dürften bei Investoren kaum Vertrauen geschaffen haben.

In der Tat dürfte eine spanische Anfrage nach Geldern aus dem EFSF-Rettungsschirm nur noch eine Frage des richtig gewählten Zeitpunkts sein. Bereits im Vorfeld der spanischen Parlamentswahl soll es Gespräche zwischen der deutschen Bundeskanzlerin Angela Merkel und PP-Chef Rajoy gegeben haben: Im Gespräch sind 200 Milliarden Euro – 100 Milliarden Euro zur Stabilisierung der spanischen Banken und 100 Milliarden Euro für die Schulden der spanischen Provinzen. *Norman Hanert*



Zu verkaufen: Spanische Banken müssen wegen geplatzter Kredite immer mehr Immobilien übernehmen, für die sie allerdings nur selten Käufer finden Bild: pa

KURZ NOTIERT



IWF soll Ungarn erneut helfen: Obwohl die ungarische Regierung bereits ein Sparprogramm und Steuererhöhungen beschlossen hatte, um die steigende Staatsverschuldung einzudämmen, und beim Internationalen Währungsfonds (IWF) um Hilfe gebeten hatte, wurde das Land von zwei Ratingagenturen herabgestuft. Der ungarische Ministerpräsident Viktor Orbán spricht nun von Verschwörung und lässt zwei Geheimdienste ermitteln. Ungarn musste bereits 2008 vom IWF vor einem Staatsbankrott gerettet werden, doch die mit der Hilfe verbundenen strengen Sparauflagen hatten dazu geführt, dass Budapest 2010 die Zusammenarbeit aufkündigte. *Bel*

EU setzt auf Zwang: Die EU-Kommission will die Bürger und Unternehmen in der EU dazu zwingen, jährlich 1,5 Prozent ihres Energieverbrauches einzusparen. Während Umweltminister Norbert Röttgen (CDU) den Plan befürwortet, ist Wirtschaftsminister Philipp Rösler (FDP) dagegen. Er will beim Thema Energie-Effizienz auf „marktwirtschaftliche Anreize statt auf Zwang und Energieeinsparungen durch eine schrumpfende Volkswirtschaft“ setzen. *Bel*

Beschränkungen für Osteuropa-Banken: Strenge Vorgaben bei der künftigen Erteilung von Neukrediten hat die Österreichische Nationalbank (OeNB) den stark auf dem Osteuropamarkt vertretenen Banken Raiffeisen, Bank Austria und Erste Bank gemacht. Um das Risiko weiterer Ausfälle zu vermindern, soll gemäß der Regelung die Kreditvergabe der Osteuropa-Töchter ab 2012 auf 110 Prozent der vorhandenen Einlagen beschränkt werden. *N.H.*

Argentinien setzt auf Tauschhandel: Zum Ausgleich der Handelsbilanz macht die argentinische Regierung ausländischen Unternehmen, die Produkte auf dem argentinischen Markt verkaufen wollen, zunehmend Vorgaben, entweder vor Ort zu produzieren oder argentinische Waren im Gegenwert wieder auszuführen. Mehrere Autobauer vermarkten gemäß den Regelungen mittlerweile argentinische Lebensmittel. *N.H.*

Verrat für 1,4 Billionen Dollar

USA sollen Taiwan für Schuldenerlass durch Peking fallen lassen

Blankes Entsetzten dürfte beim US-Verbündeten Taiwan ein Artikel in der „New York Times“ ausgelöst haben. Dem an der Harvard Kennedy School auf dem Gebiet der Sicherheitspolitik tätigen Paul V. Kane räumte die Zeitung die Möglichkeit ein, der US-Öffentlichkeit einen Vorschlag zur Verbesserung der Beziehungen zur Volksrepublik China und zum Abbau des US-Schuldenbergs zu präsentieren: Für einen Schuldenerlass durch Peking entziehen die USA dem Verbündeten Taiwan die Rückendeckung.

Auf diese knappe Formel lässt sich Kanes Beitrag bringen. Konkret soll die Lieferung von US-Verteidigungstechnik eingestellt und bis zum Jahr 2015 der Bündnisvertrag mit Taiwan gekündigt werden: Im Gegenzug erlässt die Volksrepublik China den USA 1,4 Billionen Dollar Schulden. Taiwan, das sich in Abgrenzung zur kommunistischen Volksrepublik China offiziell „Republik of China“ nennt, wagt seit Jahrzehnten den Spagat zwischen dem Festhalten an der nationalen Einheit Chinas und der Unabhängigkeit von den Machthabern in Peking. Bisher konnte sich das Land bei diesem Vorhaben – je nach Einstellung des jeweils im Weißen Haus amtierenden Präsidenten – der US-Unterstützung zwar in unterschiedlichem Maße, aber doch generell unbestritten sicher sein. Neben der Präsenz der US-Marine haben dabei auch immer wieder Waffenlieferungen an Taiwan ein wichtige Rolle gespielt. Auch wenn die USA häufig nicht allermodernstes Material

Rat des Harvard-Professors kein Hirngespinst

lieferten, konnte man sich bisher auf US-Rüstungslieferungen verlassen. Weniger Verlass war da auf Länder wie Frankreich, Spanien und die Niederlande, die sich bereits den Drohungen Pekings gebeugt haben und die Lieferung von Verteidigungstechnik an Taiwan eingestellt haben. Noch erfolgreicher war Peking bei der diplomatischen Isolierung Taiwans, das nur von 23 Staaten anerkannt wird. Angesichts dieser Situation hat der nun gemachte Vorschlag eine entsprechende psychologische Wirkung auf die Bevölkerung Taiwans.

Dass das präsentierte Gedankenmodell überhaupt ernst genommen wird, ist bei den Erfahrungen, die Taiwan gemacht hat, durchaus verständlich: Nicht Rot-, sondern Nationalchina hatte von 1945 bis 1971 den chinesischen Sitz sowohl in der UN-Vollversammlung als auch im UN-Sicherheitsrat inne. Der trickreich eingefädelte Übergang des Sitzes an Peking im Jahr 1971 sucht in der Geschichte der Uno seinesgleichen. Das damalige Desinteresse der USA kann gewissermaßen als Vorleistung für die 1972 von Präsident Richard Nixon und seinem Sicherheitsberater Henry Kissinger eingefädelte strategische Partnerschaft der USA mit der Volksrepublik China betrachtet werden. Die damit beabsichtigte Entzweiung zwischen Moskau und Peking war im Kalten Krieg durchaus ein legitimes strategisches Ziel.

Allerdings scheint selbst in der damaligen Nixon-Regierung noch Klarheit darüber vorhanden gewesen zu sein, dass ein vollständiges Ausliefern der über 20 Millionen Taiwan-Chinesen an Peking weltweit das Ansehen der USA als Bündnispartner vollständig untergraben hätte. Ein Bewusstsein, dass 40 Jahre später anscheinend nicht mehr vorhanden ist. *N.H.*

Frankreich geht vom Netz

Sozialisten wollen bei Wahlsieg AKWs abschalten

Die Sozialistische Partei Frankreichs (PS) und die französischen Grünen von „Europe Écologie“ haben ein historisches Abkommen unterzeichnet, in welchem sie sich verpflichten, bis 2025 24 der 58 französischen Kernkraftwerke zu schließen, also fast die gleiche Anzahl zur beinahe gleichen Zeit wie in Deutschland. Sollte am 6. Mai nächsten Jahres der Sozialist François Hollande Staatspräsident werden, wird das Abkommen angewandt, das von der Grünen-Chefin Cécile Duflot abgesegnet wurde. Es ist das erste Mal seit der Einführung der Atomenergie, dass ein Sozialist, Hollande, sich vom französischen Grundkonsens in Sachen Atom distanziert, wenn er es auch leugnet.

Er behauptet, dass er die Uranverarbeitungsanlage in La Hague und den Bau der neuen, sichereren und leistungsfähigeren ERP-Reaktoren sowie des neuen, modernen AKW in Flamanville aufrechterhalten möchte, aber die Grünen sind strikt dagegen und fühlen sich in vielem durch den Vertrag nicht gebunden. Sie haben jedenfalls einen Teilsieg errungen, und als Gegenleistung für ihren Verzicht auf den sofortigen vollen Ausstieg erhalten sie Sitze im Parlament und für ihre Gallionsfigur, Cécile Duflot, mindestens einen Sitz im Gemeinderat von Paris.

Am Tag nach dem Fukushima-Unfall hatten Duflot und Daniel Cohn-Bendit, Abgeordnete der Grünen im EU-Parlament, eine Volksabstimmung gegen die Kernkraft angeregt. Aber die Umfragen

80 Prozent des Strombedarfs über Kernkraft abgedeckt

zeigten, dass die große Mehrheit der Franzosen ihre AKWs behalten wollte. Das schöne Projekt verschwand unauffällig. Aufgeschoben ist aber nicht aufgehoben. Handfeste Konflikte sind in einer künftigen linken Regierung programmiert.

Die Atomkraft, die 80 Prozent des französischen Strombedarfs (in Deutschland nur 25 Prozent) deckt, war bisher in der Politik nie ein Streitpunkt. Sie sichert seit der Zeit des Präsidenten Charles de Gaulle die Unabhängigkeit des Landes, heute vom russischen Gas und vom arabischen Öl, und sorgt für einen niedrigen CO_2-Ausstoß (1,6 Tonne pro Einwohner gegen 2,7 in Deutschland und 2,2 im EU-Durchschnitt) sowie für den im Vergleich zu Deutschland billigen Strom. Die Kernkraft erwirtschaftet 0,7 Prozentpunkte des französischen Bruttoinlandsproduktes, was in Krisenzeiten zählt.

Die Kreditanstalt für Wiederaufbau (KfW) hat in Deutschland die Ausstiegskosten auf 250 Milliarden Euro beziffert. In Frankreich würden sie etwa in dieser Höhe liegen, aber bezieht man die Nebenkosten ein, wären es eher 382 Milliarden, meint die Französische Elektrizitäts Union (UEF). Durch die Schließung der 24 AKW würden direkt und indirekt 400 000 Arbeitsplätze vernichtet und die erneuerbaren Energien könnten die Lücke nicht schließen. Der Strom aus Windanlagen auf dem Festland ist vier Mal teurer als aus der Kernkraft. Bei Offshore-Windanlagen ist er acht Mal teurer und bei der Sonnenenergie 15 Mal. Zudem weht der Wind nur ein Viertel der Zeit und die Sonne scheint nicht in der Nacht. Frankreich müsste mehr Öl und Kohle importieren, würde deutlich mehr CO_2 ausstoßen. *Jean-Paul Picaper*

Déjà vu

Von Manuel Ruoff

An meine Schulzeit fühle ich mich erinnert. Schon frühzeitig wurde uns der Antisemitismus ökonomisch erklärt: Bereits im Mittelalter hätten Berufsverbote die Juden in die Finanzbranche gedrängt. Wenn dann (christliche) Schuldner in finanzielle Bredouille geraten seien und die (jüdischen) Gläubiger ihr Geld zurückverlangt beziehungsweise kein neues nachgeschossen hätten, hätten die klammen Christen die Geldverleiher/Juden zum Sündenbock gemacht.

Damals dachte ich, vor einem derartigen „Haltet den Dieb" wären wir heute gefeit. Doch irren ist menschlich. Bei der Euro-Krise liegt die Ursache der Krux zwar in der Überschuldung von Mitgliedstaaten und nicht von christlichen Gewerbetreibenden und Fürsten, aber wie die mittelalterlichen Antisemiten versuchen heute die Euro-Retter die Verantwortung von den Schuldnern, die sich übernommen haben, auf die Finanziers zu schieben: Die internationalen Finanzmärkte verlangten unbezahlbar hohe Zinsen und spekulierten gegen die auf sich gestellt wehrlosen Schuldenstaaten.

Sparen: Fehlanzeige

Von Wilhelm v. Gottberg

Der Bundeshaushalt 2012 wurde am vergangenen Freitag mit den Stimmen der Regierungskoalition verabschiedet. Er umfasst ein Gesamtvolumen von 306,2 Milliarden Euro. Trotz kräftig gestiegener Steuereinnahmen im laufenden Haushaltsjahr steigt die Neuverschuldung um weitere 26,1 Milliarden im Jahre 2012 an. Da die Neuverschuldung im Jahr 2011 voraussichtlich nur 22 Milliarden betragen wird, weitet die Regierung die Neuverschuldung aus. Dies vor dem Hintergrund, dass für den Finanzminister Wolfgang Schäuble (CDU) die Haushaltssanierung oberste Priorität hat und die Bundesregierung von den überschuldeten Staaten der Euro-Zone überaus harte Sparmaßnahmen einfordert. Dies entspricht einer Haltung „Wasser predigen, aber selbst Wein trinken". Sympathien gewinnt man damit nicht. In Teilbereichen enthält der Haushalt 2012 unangemessene Auswüchse: Bundesverfassungsgericht plus 19,9 Prozent, Allgemeine Finanzverwaltung plus 20,9 Prozent, Auswärtiges Amt plus 6,5 Prozent, Bundespräsident plus 5,4 Prozent, Bundeskanzleramt plus 2,4 Prozent, jeweils bezogen auf die Haushaltsansätze 2011.

Vergeblich sucht man im Haushalt eine gebotene Rückstellung für die deutschen Bürgschaften aufgrund der Euro-Rettungsschirme. Jeder Sachkundige weiß, dass der Haftungsfall eintreten wird, wann und in welcher Höhe auch immer. Der Haushalt ist auf der Grundlage von Wahrheit und Klarheit zu erstellen. Doch Schäuble war nie ein Freund von Wahrheit und Klarheit. Sein Taktieren bei den Euro-Rettungsschirmen belegt dies. Ach, hätte doch der gute Mann die Grundsätze der Haushaltspolitik des Alten Fritz verinnerlicht. Der hat nach anfänglichen Verfehlungen Jahr für Jahr ein Beispiel für Sparsamkeit gegeben.

Der Sozialismus siegt

Von Hans Heckel

Der Streit um das „Betreuungsgeld" umschifft den wesentlichen Punkt. Das Geld sollen Familien erhalten, in denen ein Elternteil zur Kindererziehung lieber ganz zu Hause bleibt, statt weiter arbeiten zu gehen und das Kind in öffentliche Betreuung zu geben.

Befürworter nennen das Gerechtigkeit und pochen auf die freie Entscheidung der Familien, die Art und den Ort ihrer Kinderziehung selbst zu wählen. Weit mehr als das Betreuungsgeld von zunächst 100 Euro würde schließlich ein Betreuungsplatz kosten.

Gegner warnen, gerade für Kinder aus ärmeren Familien und hier besonders solche ausländischer Herkunft sei professionelle Betreuung bitter nötig. Doch gerade in diesen Familien wögen 100 Euro in der Haushaltskasse besonders schwer, weshalb hier die Neigung besonders groß sein könnte, das Kind aus materiellen Gründen nicht in die Kita zu schicken und dafür das Betreuungsgeld zu kassieren.

> Politik entscheidet, wer Geld bekommt, nicht der Fleiß

Oberflächlich betrachtet haben beide Seiten gute Argumente. Doch die Lösung des Knotens wäre denkbar einfach: Die Kinder, um die sich die Kritiker des Betreuungsgeldes öffentlich solche Sorgen machen, stammen weitestgehend aus Familien von Geringverdienern und Hartz-IV-Empfängern. Die Befürworter des Zuschusses haben hingegen die gewöhnliche Mittelschicht-Familie im Blick, die sehr wohl die Erziehung ihrer Kinder zu Hause stemmen kann und will. Würde das Betreuungsgeld nicht direkt ausgezahlt, sondern mit der Steuer verrechnet, käme die Mittelschichtfamilie in den Genuss der Zahlung, für die Hartz-IV-Familie aber entfiele jeder Anreiz, ihre Kinder des Geldes wegen aus der Kita zu nehmen.

Doch hier schnappt die ideologische Falle zu. Genau das will die Politik nämlich auf keinen Fall: den Deutschen auch nur etwas mehr von ihrem selbst erwirtschafteten Bruttogehalt zu lassen. Stattdessen geht es nur noch darum, wie der Staat mehr Steuern abgreifen kann, um sie zu einem Teil als „Wohltaten" unters Volk zu streuen. Der Mittelschicht wird systematisch Entscheidungsfreiheit geraubt, und zwar auf ihre eigenen Kosten. So sind Millionen groteskerweise nur deshalb auf staatliche Transfers angewiesen, weil ihnen derselbe Staat zuvor das Geld weggenommen hat, mit dem sie sehr gut auch ohne soziale Gnadenakte durchs Leben kämen.

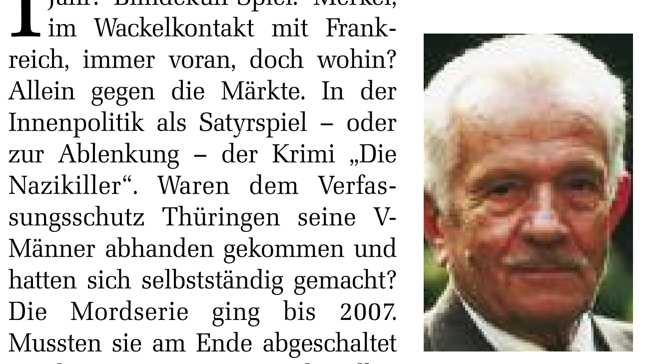
Diese Transfergesellschaft ist nichts anderes als verdünnter Sozialismus. Ihm hat sie ihr Grundprinzip entlehnt: die möglichst weitgehende Entkoppelung von wirtschaftlicher Leistung und persönlichem Ertrag. Wer wie viel bekommt, soll die Politik entscheiden, und nicht Talent, Fleiß, Leistung. Die Erfahrung zeigt, dass diese Lehre zur Erlahmung des Leistungswillens führt.



CSU fordert vorerst 100 Euro Betreuungslohn pro Kind für die 24-Stunden-Mutter: Die Partei will so die Leistung der Eltern bei der Kinderbetreuung stärker als bisher würdigen. Doch aus wahltaktischen Gründen geht das nur als Direktzahlung vom Staat, anstatt als Steuererleichterung bei Alleinverdienerhaushalten, was den Kritikern der „Herdprämie" den Wind aus den Segeln nehmen würde.

Bild: T. Silz/dapd

Moment mal!



Wenn Extremisten Extremisten jagen

Von Klaus Rainer Röhl

In der großen Politik seit einem Jahr: Blindekuh-Spiel. Merkel, im Wackelkontakt mit Frankreich, immer voran, doch wohin? Allein gegen die Märkte. In der Innenpolitik als Satyrspiel – oder zur Ablenkung – der Krimi „Die Nazikiller". Waren dem Verfassungsschutz Thüringen seine V-Männer abhanden gekommen und hatten sich selbstständig gemacht? Die Mordserie ging bis 2007. Mussten sie am Ende abgeschaltet werden? Knipsten sie sich selbst aus? Der „Spiegel" hatte plötzlich (von wem wohl?) ein „Bekennervideo" im Comic-Stil. Pennälerhaft primitiv montiert: „Aktion Dönerspieß". Acht türkische und ein griechischer Mitbürger wurden einfach abgeschossen, wie in einem Computer-Spiel auf der Playstation. Computer-Spiel mit echten Opfern. Mit Fotos der Ermordeten. Morde, scheinbar ohne Motiv, sind jeden Abend im „Tatort"-Krimi das Problem. Bis der Kommissar da durchschaut und die irren, aber kaltblütigen Mörder gefasst werden. Diese Killer aber werden nicht gefasst, sondern erschießen sich angeblich gegenseitig.

Alles ist rätselhaft, aber nach dem „Spiegel"-Bericht ist allen Journalisten klar, wer die Mörder waren: Nazis. Ausländer und eine Polizistin als Opfer. Sie kamen aus einer verbotenen Kampfgruppe, die Kontakte zur NPD hatte. Der braune Sympathisanten-Sumpf müsse ausgetrocknet werden, deshalb soll die Partei verboten werden. Fordern viele, allen voran die Partei „Die Linke".

> Die Partei »Die Linke« bläst zur Rechtsextremistenjagd

Moment mal! Sollte nicht auch die „Die Linke" verboten werden? Wie viele Sympathisanten der RAF gibt es in der Partei? Forderte nicht Anfang dieses Jahres die Vorsitzende Gesine Lötzsch einen Dialog mit Mitgliedern der Rote Armee Fraktion, die von ihren Mordtaten keineswegs abgerückt sind? Mit denen wollte Frau Lötzsch erörtern, welche Wege zum Kommunismus führen: Es gab Kritik in der Partei, doch die Vorsitzende wurde nicht abgewählt, auch nicht, als sie den Bau der Mauer verteidigte und sich gegen die „Ausgrenzung" der Stasi-Mitarbeiter aussprach. Sie ist heute noch Vorsitzende und die Partei steht an der Spitze des Kampfes gegen den „braunen Sumpf". Sie fordert rückhaltlose Aufklärung – und mehr Geld für den Kampf gegen Terroristen und ihre Sympathisanten.

Die Mörder aus Thüringen waren Türkenfeinde, sagen grüne Spitzenfunktionäre wie Cem Özdemir. Schuld sind die Kritiker der unbeschränkten Einwanderung, vor allem Thilo Sarrazin. 1,8 Millionen Exemplare seines Buches „Deutschland schafft sich ab" wurden verkauft, den „Spiegel"-Abdruck lasen weitere Millionen. Da kommen ja locker fünf Millionen Rassisten zusammen.

Endlich kann Sarrazin zur Strecke gebracht werden und mit ihm alle seine Anhänger. Die schnelle Eingreifreserve ist schon alarmiert – die Antifa. Immer, wenn in Deutschland einer den Mund aufmacht, wird er gejagt. Von einer Gruppe, die sich Antifa nennt. Antifa, von Antifaschismus. Kleine Gruppen oft blutjunger Leute und ein paar ältere Veteranen aus der Kampfzeit von 1968. Sie treten rabiat oder naiv auf. Bist du für oder gegen die Killer-Nazis? Meist versuchen sie, ganze Stadtparlamente, Verbände, Parteien für den „Kampf gegen Rechts" zu gewinnen. Dabei werden die demokratischen Parteien erpresst, wird ganz offen mit Diffamierung gedroht. Seid ihr etwa für die Nazis? Für die rechtsradikalen Schläger? Nein? Werdet Unterstützer, unterschreibt den Aufruf. Oft haben sie Erfolg, auch bei CDU und FDP. „Antifaschistische Bündnisse" werden geschmiedet und Steuergelder dafür eingeworben, die jetzt schon in Höhe von jährlich 26 Millionen Euro bereitstehen. Für den Kampf gegen die Rechtsextremisten. Gegen die Gewalt. Der Treppenwitz ist nur, dass die Antifa-Leute meistens selber militante und hochgefährliche Gewalttäter sind – Linksextremisten. Ein hohes Gewaltpotenzial wird in jedem Verfassungsschutz-Jahresbericht bei ihnen festgestellt. Keine Angst, sagen die guten Deutschen und „kritischen" Journalisten. Die Antifa-Mitglieder sehen nur so schlimm aus in ihren dunklen Klamotten, die tun aber keiner Fliege was zuleide. Es sei denn, sie werden von der Polizei „angegriffen". Oder sie sehen einen „Nazi", kenntlich an seiner Glatze. Da handeln sie gemäß ihrem Wahlspruch: „Haut die Glatzen, bis sie platzen!" Auch Mord, aber für die gute Sache.

Keine Angst vor den schwarzen Garden, sagen die guten Deutschen. Es gibt keine Gewalt von links. Höchstens aus Notwehr. Wie bei der RAF, die ja im Grunde auch Gutes gewollt hat. Schließlich sind es Genossen.

Die Genossen der RAF wurden seinerzeit, wie man jetzt weiß, von der SED geschützt und in den Nahen Osten geschleust, zur Kampfausbildung mit Waffen und Sprengstoff gegen die Bundesrepublik. Die DDR war für die Mörder von Martin Schleyer und Siegfried Buback stets ein Ruhe- und Schonraum, später nahm man die Aussteiger auf, um sie vor einer Verhaftung zu schützen. Die RAF-Mitglieder wanderten in den Knast, saßen viele Jahre, ohne Einsicht. Viele wurden vorzeitig entlassen. Viel Verständnis, bis hinein in die CDU für die Mörder von Jürgen Ponto, Buback und Schleyer. Kein Verständnis für Michael Buback, der die wirklichen Mörder seines Vaters finden und bestraft sehen will. Viele der Morde der dritten RAF-Generation sind noch nicht aufgeklärt, so laufen die Mörder des Siemens-Vorstandsmitglieds Karl-Heinz Beckurts und des Vorstandssprechers der Deutschen Bank, Alfred Herrhausen, irgendwo frei herum.

> Es waren Verbrecher, die eine Ideologie suchten, die ihnen Macht verleiht

Eher schwarzer Humor ist der Vorwurf der Linken anlässlich der Entdeckung des „Zwickauer Trios", nicht nur der Verfassungsschutz in Thüringen, sondern alle deutschen Polizeibehörden und die Medien seien auf dem rechten Auge blind!

Solche Leute, schrieb die „FAZ", „haben das rechte Auge nur deshalb nötig, weil sie von jeher auf dem linken nichts sehen konnten. Diese Taten haben vielleicht mit Verwahrlosung zu tun, mit Perspektivlosigkeit, mit der kriminellen Energie autoritärer Charaktere, die nichts mit einer offenen Gesellschaft anfangen können. Doch mit Fremdenfeindlichkeit hat dieser Terrorismus ungefähr so viel zu tun, wie die RAF mit dem kommunistischen Weihnachtsmann. Es sind Verbrecher, die sich eine Ideologie suchen, die ihnen Machtgefühle verleiht und letzte Skrupel tötet."

Wie bei diesem Vorfall: Fünf junge Männer schlugen während des Kölner Karnevals einen 43-jährigen vor den Augen seiner Kinder zum Krüppel (er erlitt eine Gehirnblutung). Als das Opfer blutüberströmt und leblos am Boden lag, sagten die Schläger spöttisch „Verzeihung!", nahmen das Geld aus der Tasche des Opfers und gingen lachend weiter. Es waren Jugendliche mit Immigrations-Hintergrund, sie wurden am Tag darauf verhaftet. Die Kölner Zeitungen aber schrieben nur von „Jugendlichen", obwohl vier von ihnen 18 und 19 Jahre alt waren. Der 17-jährige Erdinc H. stellte sich am Tag darauf der Polizei. Die anderen blieben auf freiem Fuß. Die Familie des Opfers lebt in Angst. Eine Angst, die nie nachlassen wird. Das Opfer lag wochenlang im Koma, ist nun Invalide. Niemand hat sich bei ihm entschuldigt.

Nicht auszudenken, wenn die Schläger Glatzen getragen oder auch nur im Verdacht gestanden hätten, einmal auf einer Versammlung von „Pro Köln" gewesen zu sein. Der ganze Karneval wäre umfunktioniert worden in einen Protestmarsch gegen Rechts. Arsch huh – Zäng ussenander! Blind und taub – und blauäugig.

Auf Heimaturlaub in der heiligen Stadt

Kölner Meisterwerke aus den großen Sammlungen der Welt sind jetzt wieder am Rhein zu sehen

Im Mittelalter galt Köln neben Rom, Konstantinopel und Jerusalem als eine der vier heiligen Städte des Christentums. Zu verdanken hatte das die mit 40000 Einwohnern größte Metropole des Heiligen Römischen Reiches ihrem Reichtum an Reliquien, unter denen die der Heiligen Drei Könige sowie die der Heiligen Ursula und des Heiligen Gereon die prominentesten sind.

Die Erzbischöfe von Köln gehörten zu den mächtigsten Männern nördlich der Alpen. Ab dem späten 13. Jahrhundert aber bestimmten Patrizier und Kaufleute die Geschicke der enorm reichen Handelsmetropole. Unter diesen idealen Rahmenbedingungen stand das Kölner Kunstschaffen in höchster Blüte. Davon erzählt eine prachtvolle Ausstellung im Kölner Museum Schnütgen. Sie umfasst 225 Kunstgegenstände, die zwischen 1000 und 1550 in Köln geschaffen wurden. Bemerkenswert ist, dass ausschließlich Spitzenwerke aufgeboten sind. Viele wurden wegen ihrer Kostbarkeit und Bedeutung noch nie oder seit vielen Jahren nicht mehr ausgeliehen, wie Ausstellungskuratorin Dagmar Täube betont. Seite an Seite mit dem Eigenbesitz des Museums sind 160 Leihgaben aus Lissabon und Madrid, Paris und London, Los Angeles, New York und anderen großen internationalen Sammlungen auf Heimaturlaub in Köln. Dass sie in alle Welt verstreut sind, haben diese Meisterwerke der christlichen Kunst nicht zuletzt den Franzosen unter Napoleon zu verdanken. Ab 1801 gehörte Köln zu Frankreich. Die Kirchenschätze wurden verstaatlicht und meistbietend verkauft. Eine enorme Menge christlicher Kunstwerke wechselte so die Besitzer. Denn Köln hatte „buchstäblich an jeder Ecke eine mehr oder minder große Kirche, eine Kapelle, ein Hospital, ein Stift oder ein Kloster“, berichtet Miriam Verena Fleck in ihrem Katalogaufsatz. In 17 Ausstellungsabteilungen schwelgt Köln nun in der eigenen großen Vergangenheit. Erste Glanzlichter setzen Schnitzereien aus Elfenbein, Walrosszahn und Knochen. Aus Cleveland eingeflogen wurde das „Diptychon mit Szenen aus dem Leben des Hl. Martin von Tours“ (1340/50). Das linke Täfelchen zeigt vermutlich seine Weihe zum Bischof. Das rechte feiert seinen berühmten Akt der Barmherzigkeit. Martin ist am Bettler bereits vorbeigeritten. Doch er besinnt sich eines besseren: Er wendet sich um und zieht das Schwert, um seinen Mantel zu teilen. Der Bettler schaut erwartungsfroh zu ihm auf. Das sicher anrührendste Beispiel für die hohe Kunst der Goldschmiede ist das aus dem Aachener Domschatz entliehene Simeons-Reliquiar (1330/40). Die romanische Kassette mit der Armreliquie des Heiligen Simeon wurde zu einem „sprechenden“ Reliquiar umgearbeitet, das von der Darbringung im Tempel erzählt. Indem die Kassette mit vier Säulchen als Unterbau auf eine edelsteinbesetzte Grundplatte montiert wurde, ist sie zum Altar geworden. An ihm stehen sich zwei Figürchen zwecks eines rituellen Tausches gegenüber. Die Muttergottes reicht dem Tempelpriester Simeon als Opfergabe zwei Tauben dar. Der wiederum streckt ihr das Jesuskind entgegen.

> Die Spitzenwerke stammen aus der Zeit von 1000 bis 1550



Kostbarkeit aus Aachen: Simeonsreliquiar (um 1330 / 40) Bild: Domkapitel Aachen/Ann Münchow

Die älteste unter den aus Holz geschnitzten Marienskulpturen ist die aus Zülpich geborgte „Hovener Madonna“ (um 1170/80). Majestätisch sitzt die kostbar gekleidete Himmelskönigin auf ihrem Thronstuhl, das uns segnende, mit Krone und Zepter als Weltenrichter gekennzeichnete Jesuskind auf dem Schoß. Der Anflug eines Lächelns umspielt die Mundwinkel der Muttergottes. Bei den jüngeren Madonnenfiguren ist das Lächeln weit stärker ausgeprägt und gilt als typisch kölnisch.

Prachtvoll vertreten ist die Glasmalerei. Zu den Höhepunkten gehört die aus dem Kölner Dom stammende "Geburt Christi" des Älteren Bibelfensters (um 1250/60).

In der farbenfrohen Szene weist Maria zum in der Krippe liegenden Wickelkind, auf das der links am Fußende postierte Josef einen wachsamen Blick wirft. Besinnlich neigt der Ochse seinen Kopf zum Jesusknaben, während der Esel sein zum „Iah“ geöffnetes Maul gen Himmel reckt.

Die Kölner Tafelmalerei hatte im 15. Jahrhundert ihre größte Blüte. Deren prominenteste Vertreter sind der Veronikameister und Stefan Lochner. Das namengebende Hauptwerk des Veronikameisters ist aus London angereist: die „Hl. Veronika mit dem Schweißtuch“ (um 1420). Vor goldenem Grund hält die lieblich dreinschauende Heilige das ausgebreitete Tuch in die Höhe.

Der Legende zufolge hatte Veronika Jesus um sein Bildnis gebeten, das er ihr mit seinem Gesichtsabdruck auf ihrem Schweißtuch überließ.

Tiefenräumliche Illusion kennzeichnet hingegen Stefan Lochners aus Lissabon entliehene „Darbringung im Tempel“ (1447). Am linken Bildrand stehen Maria und Joseph, der ein Körbchen mit den als Opfergabe bestimmten beiden Tauben hält.

Ihnen gegenüber auf der anderen Seite des Altares steht der Hohepriester Simeon und trägt den Jesusknaben auf den Armen. Er ist Simeon, der ihn als den Erlöser erkannt hat, zugewandt und streichelt ihm den grauen Bart.

Veit-Mario Thiede

Die Ausstellung ist bis 26. Februar 2012 im Museum Schnütgen, Cäcilienstraße 29-33, Köln, dienstags bis sonntags von 10 bis 18 Uhr, donnerstags bis 20 Uhr sowie jeden ersten Donnerstag im Monat bis 22 Uhr geöffnet, Eintritt: 6,80 Euro. Der Katalog aus dem Hirmer Verlag kostet im Museum 39 Euro, im Buchhandel 49,90 Euro.

In Kürze

Sudetendeutsche Förderpreise

Der diesjährige kulturelle Förderpreis für Bildende Kunst und Architektur der Sudetendeutschen Landsmannschaft wurde an den 1975 in Trient geborenen Architekten Hans-Michael Földeak vergeben. Der Preisträger für Musik, der Pianist Jan Helge Mueller, kam 1991 in Koblenz als Sprössling einer Egerländer Musikerfamilie auf die Welt. Den Preis für Darstellende und Ausübende Kunst erhielt die 1982 in Starnberg geborene Schauspielerin und Sängerin Anina Polasek, die aus einer Musikerdynastie aus dem nordböhmischen Reichenberg stammt. Den Wissenschaftspreis erhielt die 1984 in Schwäbisch Gmünd geborene Historikerin Eva Bendl, deren Wurzeln in Südmähren liegen, über das sie ihre Magisterarbeit verfasste. Ebenfalls 1984 kam die Preisträgerin für Literatur und Publizistik, die Musikjournalistin Antonia Goldhammer, in Bayreuth zur Welt. Ihre Großeltern stammen aus dem nordböhmischen Dux. Mit dem Preis für Volkstumspflege wurde die Egerländer Familienmusik Schmidt, ein Regensburger Trio aus Vater Peter, Tochter Veronika und Sohn Mathias Schmidt, geehrt. *sh*

Preise der Donauschwaben

Der Donauschwäbische Kulturpreis des Landes Baden-Württemberg ist in diesem Jahr an den in Novi Sad in der Autonomen Provinz Vojvodina, Serbien, lebenden Schriftsteller Tomislav Ketig vergeben worden. In seinem Hauptwerk „Die langen Schatten der Morgendämmerung“ hat er die historischen Abläufe der Aufklärung und Revolution im 18. und 19. Jahrhundert anschaulich geschildert. Die Ehrengabe ging an den im Banat geborenen Schriftsteller Richard Wagner, der seit 1987 in Berlin lebt. Einen Förderpreis erhielt die in Budapest lebende Journalistin Angela Korb. *os*

Über den Tellerrand geschaut

Die Düsseldorfer Malerschule gehörte von 1819 bis 1918 zur Weltklasse

Internationale Leihgeber haben wertvolle Werke aus ihren Sammlungen nach Düsseldorf gegeben, um dort die Ausstellung „Weltklasse. Die Düsseldorfer Malerschule 1819–1918“ möglich zu machen. Unter dem kunsthistorischen Begriff „Düsseldorfer Malerschule“ versteht man eine Gruppe von Malern, die im 19. Jahrhundert (1819–1918) an der Königlich-Preußischen Kunstakademie in Düsseldorf ausgebildet worden sind. Einige haben dort auch gelehrt, haben von Lehrern der Kunstakademie Privatunterricht genommen oder im nahen Umfeld der Kunstakademie gewirkt. Die ersten Akademiedirektoren Peter von Cornelius und Wilhelm von Schadow prägten die anfänglich engere Ausrichtung der Lehranstalt im Geiste der nazarenischen Kunst. Doch schon bald erweiterte sich das Programm um romantische und weitere Strömungen. Unter den Bildthemen und Stilen der Malerschule sind „Historienmalerei, Landschaft, Genre und Stillleben in allen Facetten vertreten“, die in der „bürgerlich bestimmten Kunst des 19. Jahrhundert eine Rolle gespielt haben“. Wilhelm Lehmbruck besuchte genauso die Malerschule wie etwa Paul Müller-Kaempff und Anselm Feuerbach, um nur einige der deutschen Künstler zu nennen. Fanny Churberg aus Finnland, Arnold Böcklin aus der Schweiz, Iwan Schischkin aus Russland sowie Emanuel Leutze und Albert Bierstadt aus den USA seien als Studenten aus dem Ausland genannt.

> Schüler kamen aus ganz Europa

Nach Angaben des Museums ist dies die erste große Überblicksschau nach über 30 Jahren. Damit soll die wegweisende Bedeutung und internationale Ausstrahlung der Malerschule wieder ins Blickfeld der Öffentlichkeit gerückt werden, wie Bettina Baumgärtel, die Leiterin der Gemäldegalerie betont.

Auf einer Ausstellungsfläche von 2300 Quadratmetern – verteilt auf drei Galerien – werden 450 Werke gezeigt. Es sind viele großformatige Bilder, die Porträts, Historienmalerei, Stillleben, Genreszenen und Landschaftsmalerei zeigen. Gemälde sind genauso vertreten wie Zeichnungen, Druckgrafiken und illustrierte Bücher. Paul Delaroches „Eduards Kinder“, die „Brautfahrt auf dem Hardangerfjord“ von Johan Frederick Eckersberg oder Ludwig Richters „Überfahrt über den Schreckenstein“ seien stellvertretend für die vielen gezeigten Bilder der namentlich genannt.

„Die Ausstellung ist kein lokales Phänomen, sondern steht in einem internationalen Zusammenhang“, berichtet Beat Wismer, der Leiter des Museums Kunstpalast. „Gehe ich morgens zur Arbeit, gehe ich über den Golzheimer Friedhof. Dort komme ich an Gräbern von einigen Künstlern der Malerschule vorbei. Dort ist auch Friedrich Wilhelm von Schadow begraben. Er sagte mir vor der Ausstellungseröffnung: gut gemacht. Er hat mitbekommen, dass er (wieder) in einem neuen Licht präsentiert wird“, meinte Wismer schmunzelnd.

> Internationaler Zusammenhang

„Die Malerschule war ein Brennpunkt. Hier kamen nicht nur Fäden zusammen; von hier gingen auch immer Fäden aus. Als Künstler war man gezwungen, über den Tellerrand zu schauen. Der Einfluss der Maler reichte bis nach Skandinavien, Russland und Nordamerika. Hier studierten ungefähr 700 Schüler aus vielen Ländern. Es gab auch rund 200 Frauen als Privatschülerinnen.“

„Es ist eine prachtvolle, eine bombastische Ausstellung“, betont Baumgärtel. „In den ersten 50 Jahren ihres Bestehens war die Düsseldorfer Malerschule ‚die‘ Malerschule in Deutschland. Sie beeinflusste viele Sparten, wie Musik, Literatur und die Geselligkeit. Die Künstler verstanden es klug, neue Vertriebsstrategien wie beispielsweise die Reproduktionsgrafik zu entwickeln. Diese Zeit endet 1918, als die Weimarer Republik gegründet wird. Düsseldorf war plötzlich von der künstlerischen Entwicklung in Paris abgeschnitten.“ *Andreas Rüdig*

Das Museum Kunstpalast in Düsseldorf, Ehrenhof 4-5, zeigt bis zum 22. Januar 2012 dienstags bis sonntags von 11 bis 18 Uhr, donnerstags bis 21 Uhr die Sammlung „Weltklasse. Die Düsseldorfer Malerschule 1819–1918“, Eintritt 12/9,50 Euro.

Nahe gekommen

Fotos von Alfred Eisenstaedt in »Life«

Sein berühmtestes Foto ging einst um die Welt und wird bis heute immer wieder reproduziert: der Kuss auf dem Times Square zum Ende des Zweiten Weltkrieges. Als ein US-amerikanischer Marinesoldat eine Krankenschwester spontan umarmte, war auch Alfred Eisenstaedt zur Stelle und drückte auf den Auslöser seiner Kamera. Er hatte nur noch Platz für vier Bilder, das eine aber hatte es in sich. Das 2000 eingestellte „Life“-Magazin, für das der 1898 im westpreußischen Dirschau geborene Eisenstaedt nach seiner Emigration aus Deutschland als Fotograf arbeitete, erkannte den Wert dieser Aufnahme. Zur Erinnerung an die Gründung des Magazins vor 75 Jahren sind noch einmal die schönsten Fotos von 20 bedeutenden Persönlichkeiten des 20. Jahrhunderts veröffentlicht worden. Zu sehen sind auch drei Fotografien von Alfred Eisenstaedt, so von Winston Churchill, Frank Lloyd Wright und Sophia Loren. 1966 veröffentlichte das „Life“-Magazin ein Foto der Loren von Eisenstaedt auf dem Titelblatt in einem sehr freizügigen Negligé. Nicht alle Leser waren damals begeistert. Eisenstaedts Portäts mit der Kamera zeugen von seinem sicheren Blick und zeichnen sich vor allem dadurch aus, dass er seinen Stars zwar nahe kam, aber nie aufdringlich wurde. *os*



Sophia Loren Bild: Eisenstaedt aus „Life“

Was wusste Präsident Franklin D. Roosevelt?

Vor 70 Jahren griffen japanische Flugzeuge den US-Flottenstützpunkt Pearl Harbor an – Fast 2500 Menschen fanden den Tod

Am 7. Dezember 1941, einem für die US-Amerikaner dienstfreien Sonntag, griffen trägergestützte japanische Marineflieger überraschend in zwei Wellen den US-Flottenstützpunkt Pearl Harbor im Pazifischen Ozean an. Rund 2500 US-amerikanische Matrosen und Soldaten starben und 21 Kriegsschiffe wurden vernichtet oder beschädigt.

Plötzlich befanden sich die Vereinigten Staaten von Amerika im Kriegszustand mit Japan. Und weil Adolf Hitler, gereizt durch den monatelangen unerklärten Krieg US-amerikanischer Kampfschiffe im Atlantik den USA am 11. Dezember 1941 den Krieg erklärte, sahen sich die größtenteils antiinterventionistisch gestimmten US-amerikanischen Bürger plötzlich in den bereits seit Jahren andauernden Krieg in Europa und Asien verwickelt. Es bildeten sich sofort Gerüchte und später auch Verschwörungstheorien, Präsident Franklin D. Roosevelt habe die US-Pazifikflotte den Japanern bewusst geopfert, um die USA gegen den Willen ihrer Bevölkerung am Zweiten Weltkrieg zu beteiligen. Zu jenen Gerüchten trug maßgeblich bei, dass nachrichtendienstliche Stellen der USA schon lange vor Kriegsausbruch japanische diplomatische und militärische Chiffren „entschlüsseln“ und mitlesen konnten. Bekräftigt wurden solche Gerüchte, als der US-Kongress 1999 den damaligen Flottenchef Admiral Husband E. Kimmel und den Befehlshaber der Landstreitkräfte auf Hawai, General Walter Campbell Short, postum rehabilitierte, weil beiden seinerzeit wichtige Informationen vorenthalten worden seien. Diese zwei Militärs waren 1941 abgelöst und als offizielle Sündenböcke für die hohen US-Verluste benutzt worden.

Richtig daran ist, dass man seit September 1940 den wichtigsten diplomatischen Code der Japaner („Purple“) gebrochen hatte und gleichfalls seit Herbst 1940 die immer wieder wechselnden japanischen Kriegsmarinecodes in unterschiedlichem Maße entschlüsseln konnte. Doch wurden die US-Amerikaner, ähnlich wie am 11. September 2001, dabei ein Opfer des bürokratischen Aufbaus ihrer Nachrichten- und Aufklärungsdienste, wo die linke Hand in der Regel nicht weiß, was die rechte tut und alle Informationen nicht zentral gesammelt und ausgewertet werden. Zudem fassten die japanischen Militärs den Entschluss zum Angriff auf Pearl Harbor aus politischen Gründen erst relativ spät, am 5. November 1941, wobei man das Ergebnis der laufenden diplomatischen Verhandlungen mit den USA noch bis zum 25. November 1941 abwarten wollte. Der Auslauftermin der japanischen Flottenkräfte war folglich erst der 26. November 1941. Die japanischen diplomatischen Chiffremeldungen, welche die US-Amerikaner relativ gut mitlesen konnten, enthielten natürlich nichts über die militärischen Angriffsplanungen. Man konnte ihnen höchstens entnehmen, dass sich die japanisch-US-amerikanischen Beziehungen extrem zuspitzten und die Japaner sich langsam auf das Äußerste gefasst machten. Japanische Flottenbefehle konnte man Ende November/Anfang Dezember 1941 aufgrund von Codewechseln nur sporadisch mitlesen. Auch hätte dies wegen der für den japanischen Angriffsverband angeordneten und eisern durchgesetzten Funkstille kaum etwas gebracht. Zwar erhielt man eine Reihe Hinweise über das Auslaufen japanischer Flottenkräfte, doch waren diese eindeutig gegen Ziele auf der englischen Kolonie Malaya, der niederländische Kolonie Borneo und die als halbautonome US-Kolonie geltenden Philippinen gerichtet. Die Beobachtungen wurden durch den Funkortungsdienst, Meldungen US-amerikanischer U-Boote, diplomatische Erkenntnisse und Agenten bestätigt. Diese japanischen Handlungen erschienen den US-Militärs nicht ungewöhnlich, wobei man nicht mitbekam, dass man einige japanische Flottenkräfte, darunter sechs Flugzeugträger, zeitweilig aus den Augen verlor. Dass es sich hierbei um einen schlagkräftigen Angriffsverband handelte, der sich den Hawaii-Inseln näherte und aus außergewöhnlich großer Entfernung schließlich Hunderte Angriffsflugzeuge startete, gehört in seinem Umfang zu dem, was man bei Geheimdiensten gewöhnlich als „Pleiten, Pech und Pannen“ zu bezeichnen pflegt. Die spärlichen Vorzeichen eines möglichen Angriffs auf Hawaii, die trotz aller japanischen Geheimhaltungsmaßnahmen den US-Amerikanern zur Kenntnis kamen, gingen infolge einer fehlenden Gesamtanalyse der politisch-militärischen Situation in den übrigen Geheimdienstinformationen unter.



Bilder (3): Archiv

Das angegriffene Pearl Harbor: Als Sündenböcke für die hohen US-Verluste dienten Kimmel und Short (kleine Fotos von links)

Auch wenn Präsident Franklin D. Roosevelt somit vom Vorwurf freizusprechen ist, sechs US-Schlachtschiffe und das Leben von fast 2500 Soldaten der Beschleunigung des Kriegseintritts der USA geopfert zu haben, so spricht ihn der japanische Überfall auf Pearl Harbor jedoch nicht vom Vorwurf äußersten politischen Leichtsinns, ja politischen Abenteurertums frei. Genau wie heute gegenüber dem Iran gebrauchten die USA damals die Waffe des Embargos als politisches Kampfmittel. Das Land der aufgehenden Sonne wurde wegen seiner fortdauernden Expansion auf dem asiatischen Festland von den USA am 25. Juli 1941 „bestraft“, indem man alle Öllieferungen an das Inselreich einstellte und alle japanischen Guthaben einfror. Nippon, das bis dahin neun Zehntel seiner Ölimporte aus den USA bezog und dessen Außenhandel durch das Embargo fast zusammenbrach, litt ungeheuer unter dieser Erpressung. Mit nur etwas analytischem Verstand hätte Roosevelt klar sein müssen, dass sich eine Großmacht wie das aufstrebende Kaiserreich nie einer so brutalen Erpressung unterwerfen werde. Zu bewundern ist höchstens, wie geschickt der US-Präsident die gewaltigen politischen Fehler und Fehldeutungen, die im Vorfeld des 7. Dezember 1941 auf US-amerikanischer Seite angefallen waren, zu überspielen verstand. Gegen den „Kriegstreiber und heimtückischen Aggressor“ Japan stand das plötzlich patriotisch fühlende Amerika wie ein Mann auf und folgte seinem Präsidenten in den von diesem maßgeblich mitprovozierten Krieg.

Jürgen W. Schmidt

Ranghöchster Soldat unter den Männern des 20. Juli

Nach dem Hitler-Attentat sollte Generalfeldmarschall Erwin von Witzleben den Oberbefehl über die Wehrmacht übernehmen

Job Wilhelm Georg Erwin Erdmann von Witzleben wurde am 4. Dezember 1881 als Sohn des Königlich Preußischen Hauptmanns a. D. Georg von Witzleben und seiner Ehefrau Therese geborene Brandenburg in Breslau geboren. Im Laufe seines Lebens, vor allem seines Soldatenlebens, blieb er eng mit Schlesien verbunden. So trat er, nachdem er den Soldatenberuf erwählt hatte, 1892 in die traditionsreiche Kadettenanstalt zu Wahlstatt ein, zu deren Zöglingen auch Paul von Hindenburg und Manfred Freiherr von Richthofen gehörten. 1896 wechselte der nun 15-Jährige zur weiteren Ausbildung in die Hauptkadettenanstalt in Berlin-Lichterfelde. Nach seiner Beförderung zum Leutnant kehrte er nach Schlesien zurück und diente ab 1901, sein Vater war bereits 1896 verstorben, im Liegnitzer Grenadierregiment König Wilhelm I. (2. Westpreußisches) Nr. 7, das von den Liegnitzern stolz und liebevoll „Die Königsgrenadiere“ genannt wurde. Aus der 1907 mit der Chemnitzerin Else Kleeberg geschlossenen Ehe gingen zwei Kinder hervor: Edelgarde und Job Wilhelm.

Mit der 19. Reserve-Infanteriebrigade rückte er als Oberleutnant und Adjutant 1914 ins Feld. 1916 führte er als Hauptmann und Kommandeur das II. Bataillon des 6. Reserve-Infanterieregiments. Er kämpfte bei Verdun, in der Champagne und in Flandern, wo er schwer verwundet wurde. Nach seiner Verwundung kam er 1918 zur Generalstabsausbildung. Bei Ende des Krieges war er Ia der 121. Infanteriedivision, ausgezeichnet mit dem Eisernen Kreuz beider Klassen und dem Hohenzollernschen Hausorden.



Bild: Deutsches Bundesarchiv (German Federal Archive), Bild 151-12-16

Vor dem Volksgerichtshof: Erwin von Witzleben

Nach dem Ersten Weltkrieg wurde Witzleben in die Reichswehr übernommen. Er führte 1921/22 als Chef die 8. MG-Kompanie des II. Bataillons im 8. Preußischen Infanterieregiment in Liegnitz. Bei den Unternehmungen des Bataillons im Oktober 1922 gegen kommunistische Hundertschaften in Sachsen wurde er als Quartiermeister zum Major befördert. Daran schloss sich ein steiler Aufstieg mit anderen Aufgaben. 1931 war er bereits Oberst und Kommandeur des Infanterieregimentes 8 in Frankfurt an der Oder, 1934 als Generalmajor Befehlshaber im Wehrkreis III in Berlin, ein Jahr darauf Kommandierender General des III. Armeecorps und 1936 General der Infanterie. Witzleben gehörte zum frühen Personenkreis des Widerstandes gegen Adolf Hitler. Bereits im September 1938 war er an den Vorbereitungen eines Versuches, Hitler abzusetzen, beteiligt. Als Kommandierender General des II. Armeecorps und Befehlshaber des Wehrkreises III sollte er mit seinen Truppen Hitler verhaften. Witzleben war kein politischer Kopf in der Widerstandsorganisation. Ihm oblag aber der gesamte militärische Ablauf des geplanten Staatsstreiches. So war er für die Zeit nach Hitlers Sturz als Oberbefehlshaber der Wehrmacht vorgesehen. Schließlich wurde die Aktion durch das Münchener Abkommen vom 30. September 1938 hinfällig, ebenso ein im Oktober 1939 geplanter Staatsstreich wegen des eingetretenen Kriegszustandes.

Vor 130 Jahren in Breslau geboren

Von September 1939 bis Oktober 1940 befehligte Generaloberst von Witzleben die 1. Armee im Westen und wurde mit dem Ritterkreuz ausgezeichnet. Noch im selben Jahr zum Generalfeldmarschall befördert, wurde er Oberbefehlshaber der Heeresgruppe D im Westen. Von April 1941 bis März 1942 war er Oberbefehlshaber West in Frankreich, danach schied er aus gesundheitlichen Gründen aus dem aktiven Dienst aus und wurde von Hitler verabschiedet.

1944 war Witzleben eine Schlüsselposition in den Staatsstreichsplänen der Verschwörergruppe um Claus Schenk Graf von Stauffenberg zugedacht worden. Als ranghöchster Soldat sollte er den Oberbefehl über die gesamte Wehrmacht übernehmen. Erwin von Witzleben, der sich am 20. Juli zunächst im Oberkommando des Heeres in der Berliner Bendlerstraße aufgehalten hatte, wurde tags darauf auf dem Gut eines Freundes verhaftet. Bereits am 8. August musste er sich vor dem Volksgerichtshof wegen „Verrats am Volk“ verantworten. Der berüchtigte Präsident Roland Freisler führte die Verhandlung in gewohnter menschenverachtender, brutaler, den Angeklagten entwürdigender Art und Weise. Noch am selben Tage wurde der Generalfeldmarschall zum Tode verurteilt und in Plötzensee durch den Strang hingerichtet. Seine an Freisler gerichteten Schlussworte sollen gewesen sein: „Sie können uns dem Henker überantworten. In drei Monaten zieht das empörte und gequälte Volk Sie zur Rechenschaft und schleift Sie bei lebendigem Leibe durch den Kot der Straßen.“

Sigismund Freiherr von Zedlitz

Pionier der Pressefreiheit

Friedrich der Große war der erste absolute Monarch Europas, der die Zensur weitgehend zähmte

Zensur oder Pressefreiheit – Friedrich der Große, dessen 300. Geburtstag wir in wenigen Wochen feiern, beantwortete die Frage auf seine Weise: Er gestaltete die damals übliche Zensur so, dass sie ein für seine Zeit höchst unübliches Maß an Pressefreiheit ermöglichte.

„Dem hiesigen Berlinischen Zeitungsschreiber (soll) eine unbeschränkte Freiheit gelassen werden zu schreiben, was er will, ohne dass solches zensiert werden soll.“ Mit dieser knappen Dienstanweisung überraschte der junge Preußenkönig am sechsten Tag seiner Regentschaft, also am 5. Juni 1740, seinen „Wirklichen Geheimen Staatsminister“ Heinrich von Podewils. Damit war die Zensur in Preußen zwar nicht gänzlich abgeschafft, der königliche Befehl bezog sich auf den nichtpolitischen Teil der Zeitungen. Aber es war ein erster wichtiger Schritt in Richtung Presse- und Meinungsfreiheit, ganz im Geiste der Aufklärung, die Friedrichs Denken und Handeln bestimmte.

„Aufklärung ist der Ausgang des Menschen aus seiner selbstverschuldeten Unmündigkeit“, postulierte der große Königsberger Philosoph Immanuel Kant und forderte, der Mensch solle „sich unabhängig von Vorurteil, Tradition und Offenbarung seines eigenen natürlichen Verstandes bedienen“. Dass der Mensch dies nur kann, wenn er freien Zugang zu Wissen und Informationen hat und sich frei von staatlichem oder sonstigem institutionellen Zwang seine Meinung bilden kann, ergibt sich geradezu zwangsläufig aus diesem Kantschen Postulat.



Friedrich der Große am Schreibtisch: Holzstich von Theodor Knesing Bild: pa

Preußen hatte in jener Zeit doppeltes Glück: In Kant hatte es einen Denker, der fähig war, eine den strengen Gesetzen der reinen Vernunft genügende Sittenlehre allgemeinverständlich zu formulieren. Und in Friedrich II. hatte es eine wahrhaft große Herrscherpersönlichkeit, unter der sich der Geist der Aufklärung relativ ungehindert entfalten konnte.

Geradezu verblüffend ist die Tatsache, dass dies möglich war, obwohl es eine gut organisierte staatliche Zensur gab. Unter Friedrich dem Großen wurde sie zwar betont milde gehandhabt, was sich schon aus den hinlänglich bekannten Toleranzvorstellungen des Königs in Religionsfragen ergab. Aber es gab sie, diese Zensur! Wer etwas Gedrucktes publizieren wollte, wusste genau, welchen Kontrollen seine Texte unterlagen, wo Grenzen gezogen waren und mit welchen Konsequenzen er zu rechnen hatte, wenn er diese Grenzen überschritt.

Aus heutiger Sicht ist man geneigt, diesen Zustand als unvereinbar mit Meinungs- und Pressefreiheit zu bewerten. Offenbar ist man heute allzu sehr darauf fixiert, solche Freiheiten überhaupt nur da für möglich zu halten, wo Zensur „nicht stattfindet“ – oder zumindest laut Grundgesetz nicht stattfinden sollte.

> Ein sicherer rechtlicher Rahmen für die Medien

Über lange Phasen der Geschichte Preußens diente die Zensur aber nicht der Verhinderung oder Einschränkung von Meinungs- und Pressefreiheit, sondern der Kanalisierung. Sie schuf einen klar definierten und unmissverständlich formulierten Rechtsrahmen, schuf also Rechtssicherheit und muss unter diesem Aspekt als Instrument der Rechtsstaatlichkeit bezeichnet werden.

Deren Basis war das typisch preußische Freiheitsverständnis: Freiheit nicht als absoluter, von allem anderen isolierter Selbstzweck, sondern als eine Größe, die sich nur dann für das Gemeinwohl segensreich entfalten kann, wenn sie an Verantwortung gebunden ist. Freiheit musste stets ein Ziel haben, und das Ziel galt nur als akzeptabel, wenn es auf das Gemeinwohl ebenso Rücksicht nahm wie auf die Freiheit und Menschenwürde anderer.

Dieser Freiheitsbegriff prägte auch den Umgang Friedrichs mit den Medien. Exzessive öffentliche Ehrverletzungen gab es unter seiner Regentschaft nicht.

Heute sehen die Medien sich gern als selbsternannte „Vierte Gewalt“. Sie begnügen sich nicht damit, über Politik zu informieren – sie maßen sich an, selber Politik zu machen. Vor allem die mit Kamera und Mikrophon „bewaffneten“ Vertreter dieser „Vierten Gewalt“ sehen sich letzten Endes als „Erste Gewalt“, die über allen anderen steht; sie gerieren sich als Ermittler, Ankläger, Richter und Henker in einer Person.

Im Preußen Friedrichs des Großen hingegen waren die Medien ein wichtiges Instrument des politischen Meinungsstreits und der öffentlichen Willensbildung. Gesetze und Verordnungen sowie die auf ihrer Basis tätigen Zensurbehörden setzten den rechtsstaatlichen Rahmen, innerhalb dessen sich Meinungs- und Pressefreiheit entfalten konnte. Diese wohl ausgewogene Rechtssicherheit ist vor allem Friedrich II. zu verdanken.

So mündet der Vergleich zwischen dem damaligen Preußen und dem heutigen Deutschland in die Feststellung: Damals gab es eine Zensur, die aber die Entfaltung von Meinungs- und Pressefreiheit nicht nachhaltig verhindern konnte (und meist auch gar nicht sollte). Heute hingegen findet laut Grundgesetz keine Zensur statt; in Wirklichkeit aber wurde sie nicht abgeschafft, sondern umbenannt – sie heißt nun „political correctness“. *Hans-Jürgen Mahlitz*

Potsdamer Schloss: »Eine geniale Idee«

Im Gegensatz zur Grundsteinlegung wurde das Richtfest des Landtagsneubaus mit dem Volk gefeiert

Wo wir jetzt stehen, ist das Herz Potsdams!“, rief Brandenburgs Ministerpräsident Matthias Platzeck (SPD) sichtlich ergriffen in die Menge. Dichtgedrängt hatten sich Tausende auf dem Alten Markt der Landeshauptstadt versammelt und klatschten begeistert Beifall, als vorletzten Donnerstag um 18 Uhr die Feierlichkeiten zum Richtfest des neuen Landtagsbaus im Gewand des historischen Stadtschlosses vom Bauherrn, Finanzminister Helmut Markov (Linke), eröffnet wurden. In Anwesenheit des Vorstandes des Baukonzerns BAM Deutschland AG Alexander Naujoks dankten Platzeck sowie der brandenburgische Parlamentspräsident Gunter Fritsch (SPD) und Potsdams Oberbürgermeister Jann Jakobs (SPD) dem Gründer des SAP-Konzerns Hasso Plattner. Der Software-Milliardär, selbst in Potsdam ansässig, hatte 2007 mit seiner Spende von 20 Millionen Euro den Landtagsbeschluss für die historische Schlossfassade erst möglich gemacht.

„Dass Sie zu Tausenden gekommen sind, zeigt, die Entscheidung war richtig, Potsdams Herz wieder zu errichten“, sagte Platzeck, der in seiner Rede immer wieder auch die Gegner des Schlossbaus mit einbezog, die ihrem Unmut lautstark durch Zwischenrufe Ausdruck verliehen. Dabei hatte bereits 2006 eine Befragung der Potsdamer Bürger klargemacht, dass die historische Mitte wieder erstehen soll. Die Mehrheit wollte und will dieses Gebäude, dessen historisches Vorbild einst so untrennbar mit der Geschichte der Stadt verbunden war, bevor es Ende 1959 durch einen Beschluss des Ost-Berliner Politbüros gesprengt wurde.

Der Grundstein für das Schloss war vor einem halben Jahr unter Ausschluss der Öffentlichkeit gelegt worden. Damals hatten Markov und der Baukonzern BAM, mit dem der Bau in öffentlich-privater Partnerschaft für 120 Millionen Euro errichtet wird, dafür heftige Kritik einstecken müssen. Ein halbes Jahr nach der Grundsteinlegung hatten die Verantwortlichen beim Richtfest eine Wiederholung dieses Festes vermeiden wollen. So war diesmal die Öffentlichkeit eingeladen und das Richt- wurde zum Bürgerfest.

Bereits um 17 Uhr öffnete sich erstmals das in feierliches Licht getauchte Fortuna-Portal für die Öffentlichkeit. Das von Fernsehmoderator Günther Jauch durch eine Spende von rund drei Millionen Euro ab Herbst 2000 errichtete Bauwerk hatte bei seiner Fertigstellung den Anstoß zu den Überlegungen gegeben, einen Landtagsneubau mit historischer Fassade zu errichten. Das Portal, 1701 aus Anlass der Selbstkrönung des Kurfürsten Friedrich III. zum König Friedrich I. als Eingangstor zum Stadtschloss eingeweiht, war nach dem Krieg mit dem Stadtschloss gesprengt worden. Am Tag des Richtfestes konnten alle Gäste nun wieder hindurchschreiten und sich mit etwas Phantasie dem Gefühl hingeben, den Schlosshof der Preußen-Residenz zu betreten. Die Feiernden strömten in Massen durch das Tor und zeigten sich von den Dimensionen des Innenhofes sehr angetan.



Im Fokus: Der Richtkranz über dem Neubau des Potsdamer Schlosses Bild: Friedrich

Nachdem Finanzstaatssekretärin Daniela Trochowski den Bauarbeitern ihren Dank ausgesprochen hatte, wurde am nordöstlichen Kopfbau in 14 Metern Höhe die Richtkrone hochgezogen. Dem Richtspruch des Zimmermannes folgte großer Jubel der Menge. Eine Lasershow, bei der die Geschichte des Stadtschlosses auf eine Leinwand projiziert wurde und ein rustikaler Richtfestimbiss aus der Gulaschkanone rundeten das Fest ab.

„Eine geniale Idee Knobelsdorffs“ lobte Platzeck das Schloss auf dem Richtfest. In der Tat war das Stadtschloss einst Herz und Mitte der Stadt. In keinem anderen Bauwerk Brandenburgs ist so viel Geschichte geschrieben worden. An diesem Abend fühlten die meisten, dass hier mehr passierte, als das Schließen einer städtebaulichen Lücke. Im Herbst 2013 soll das Landesparlament, das zurzeit auf dem Potsdamer Brauhausberg tagt, in den Neubau einziehen. *Silvia Friedrich*

MELDUNGEN

Neugestalteter Landschaftspark

Berlin – An Heinrich von Kleists 200. Todestag wurde der neugestaltete Landschaftspark um das am Kleinen Wannsee gelegene Grab des preußischen Dramatikers, Erzählers, Lyrikers und Publizisten der Öffentlichkeit übergeben. Ermöglicht haben die Neugestaltung der Grabstätte und des Parks eine Spende der Cornelsen Kulturstiftung in Höhe von einer halben Millionen Euro und über 350 000 Euro des Landes Berlin. Bei der kleinen Feier rezitierte der Berliner Schauspieler Ulrich Mathes vor dem frisch restaurierten Grabstein Zeilen aus Kleists Abschiedsbrief an seine Schwester Ulrike. Er endet mit den Worten: „Die Wahrheit ist, dass mir auf Erden nicht zu helfen war.“ Der Präsident der Heinrich-von-Kleist-Gesellschaft, Günter Blamberger, hatte bereits einige Tage zuvor auf einer Pressekonferenz im Roten Rathaus, bei der die Öffentlichkeit über die Sanierungsmaßnahmen am Dichtergrab informiert wurde, die Hoffnung geäußert, dass Kleist „sich angesichts der Aktivitäten ihn zu ehren, sicher gefreut“ hätte. „Denkmalschutz ist eine Aufgabe, die nie beendet sein kann“, betonte Ruth Cornelsen. Die Vorstandsvorsitzende der Franz Cornelsen Unternehmensstiftung und Gründerin der Cornelsen Kulturstiftung begründet ihr gemeinnütziges Engagement damit, dass sie „der Vergangenheit Zukunft geben“ wolle. Vor der Neugestaltung des Landschaftsparks hatte sie sich bereits an der Restaurierung der Schlösser Caputh, Schönhausen und Paretz sowie des Sommerhauses von Albert Einstein beteiligt. *S.F.*

Auf den Spuren der Ordensritter

Allenstein – Wolfgang Joachim Woiki ist auf den Spuren der Ordensritter im südlichen Ostpreußen gewandelt und herausgekommen ist dabei der einstündige Film „Der Mythos Ostpreußen“. Woiki hat aufgenommen, wie er mit dem Auto über ostpreußische Alleen vom Deutschen Orden gegründete Städte abklappert. Gezielt steuert er dabei die noch aus der Ordenszeit stammenden Burgen und Kirchen an. Dazu teilt Woiki aus dem Hintergrund (Off) die Gründungsdaten der entsprechenden Städte und Bauten mit. Leider hat Woiki sich bei den Erläuterungen aus dem Off um eine übertriebene Deutlichkeit bemüht, so dass seine Stimme so unnatürlich computern klingt, wie wir es von manchen Anrufbeantwortern kennen. Bedauerlich ist auch, dass Woiki sich bei der Besprechung seiner Filmaufnahmen nicht ablösen ließ. Dabei wurde der Filmemacher nicht nur von den beiden Windhunden Hilaal und Gamil, sondern auch von seiner Ehefrau Ursula begleitet. Zwischendurch eine weibliche Stimme hätte sicherlich eine angenehme Abwechslung gebracht. Ähnliches gilt für die Musik, mit welcher der Film unterlegt ist. Sie ist zwar schön und dezent, doch wird auch sie auf die Dauer monoton. Dabei hätte die Einteilung des Films in zehn Kapitel, die einzeln angesteuert werden können, sich förmlich angeboten, den Sprecher und die Musik zu wechseln. Die DVD „Der Mythos Ostpreußen. Auf den Spuren der Ordensritter“ kann für 19,95 Euro zuzüglich Versandkosten beim Preußischen Mediendienst, Mottelerstraße 7, 04155 Leipzig, Telefon (0341) 6049711, Fax (0341) 6049712, E-Mail: rieckmann@preussischer-mediendienst.de, bestellt werden. *M.R.*

Gedenktag und Entschädigung sind überfällig

Zu: „Für Gerechtigkeit und eine friedliche Zukunft" (Nr. 46)

Wieder einmal wird die Ostpreußische Landesvertretung (OLV) ihrer großen Verantwortung für Ostpreußen und seine Menschen gerecht. Auch die Bundesregierung wird in die Pflicht genommen, denn sie hat eine Obhutspflicht für alle Deutschen, und dazu gehören selbstverständlich die Vertriebenen und deren Nachkommen. Ein Gedenktag und ein würdiges Denkmal sind überfällig. Es handelt sich hier um 15 Millionen Deutsche, die nach dem Zweiten Weltkrieg aus ihren jahrhundertealten Siedlungsgebieten brutal und rücksichtslos vertrieben wurden, wobei wenigstens zwei Millionen erschossen und erschlagen wurden, erschöpft am Wegrand liegenblieben und verhungerten oder erfroren. Das kann und darf man nicht vergessen.

Ich bejahe auch das von der OLV eingeforderte Recht auf Heimat für die Ostpreußen und eine Entschädigung für die von den Russen zur Zwangsarbeit verschleppten Deutschen. Tausende Zwangsarbeiter verstarben irgendwo in Russland. Diejenigen Ostpreußen, welche in den Westen Deutschlands gelangten, erhielten wenigstens im Rahmen des Lastenausgleichs eine gewisse Entschädigung, wir aber, die in die spätere DDR kamen, erhielten gar nichts. Wir durften hübsch den Mund halten, wer laut sagte, von den Russen vertrieben worden zu sein, bekam etwas ganz anderes, nämlich „schwedische Gardinen" oder Straflager.

Mir scheint auch, dass unsere jetzigen Politiker mit der Vertriebenenproblematik nicht recht klarkommen, wir scheinen ihnen lästig zu sein. Darum denke ich, dass die Vertriebenen sich nur selbst helfen können und darum ist die diesjährige Tagung der OLV ein wichtiger Baustein zur Selbstbehauptung speziell der Ostpreußen und Wegweiser für die Zukunft unseres Landes. Wie es sich für Ostpreußen gehört: Offen, kühn und unerschrocken die Probleme anpacken, vor Schwierigkeiten nicht zurückschreckend.

Bernhard Ax, Halle

Zu freier Umgang mit den Fakten

Zum Leserbrief: „20. Juli: Den Alliierten passte das Attentat gar nicht ins Konzept" (Nr. 46)

Mit seiner Darstellung der Haltung der Alliierten hat der Leserbriefschreiber recht. Aber bei mehreren seiner sonstigen Ausführungen geht er recht leichthändig mit den Fakten um.

Hier nur einige Beispiele: Die Forderung nach bedingungsloser Kapitulation wurde nicht 1945 in Jalta, sondern im Januar 1943 auf der Konferenz von Casablanca beschlossen. Generalfeldmarschall von Manstein war nicht im Spätherbst 1943 zurückgetreten, sondern im März 1944 von Hitler vom Oberbefehl über die Heeresgruppe Süd abgelöst worden. Er lebte dann nicht in Ostpreußen, sondern in Liegnitz in Schlesien.

Man kann über Sinn und Zweck des Attentats vom 20. Juli sowie über die Durchführung des geplanten Staatsstreichs durchaus unterschiedlicher Meinung sein. Dass der Briefschreiber aber einen Mann wie den Generaloberst Beck als Landesverräter bezeichnet und solche schwer verwundeten Offiziere wie Claus Schenk Graf von Stauffenberg, Axel von dem Busche und andere, die ihre Tapferkeit an der Front unter Beweis gestellt hatten, als dumm und feige bezeichnet, das eröffnet einen Blick auf die Gesinnung dieses Schreibers.

Friedrich Carl Albrecht, Burgdorf-Ehlershausen

Neue Klimahysterie

Zu: „Allein gegen den Rest der Welt" (Nr. 46)

Kaum ist der nächste „Klimagipfel" in greifbare Nähe gerückt, geht es wieder mit der Klimahysterie los. Allen voran natürlich der umtriebige „Zwischenstaatliche Ausschuss für Klimaänderungen" (IPCC), bei uns häufig als Weltklimarat bezeichnet, mit einem Sonderbericht, der wie üblich den Teufel an die Wand malt.

Können die Meteorologen kaum für einen Tag das Wetter zutreffend voraussagen, werden uns hier wieder die Temperaturen, Stürme, Starkregen, Dürren, Gletscherrückgänge und Meeresspiegelanstiege bis zum Jahre 2100 präsentiert.

Dass bei den Modellrechnungen gravierende Fehler gemacht und sogar Datenmanipulationen vorgenommen wurden, scheint niemanden zu stören. Auch hat sich folgendes offensichtlich noch immer nicht herumgesprochen: dass der Kohlendioxidgehalt der Atmosphäre über lange geologische Zeiten höher als gegenwärtig war, dass er zu 97 Prozent aus natürlichen Quellen (Vulkane, Waldbrände, verrottendes organisches Material, verdunstendes Meerwasser) stammt und dass CO_2 überhaupt nicht für Temperaturveränderungen der Atmosphäre verantwortlich ist, sondern die Sonnenenergie und die Meeresströmungen, und dass es laut Nasa seit 2003 gar keine Erwärmung der Atmosphäre mehr gibt.

Dr. Burkhard Hofmeister, Bad Reichenhall

Bedauerlich!

Zum Leserbrief: „20. Juli: Den Alliierten passte das Attentat gar nicht ins Konzept" (Nr. 46)

Der Leserbrief darf nicht unwidersprochen bleiben. Wer heute Generaloberst Ludwig Beck und Admiral Wilhelm Canaris „Landesverräter" nennt, hat keine Ahnung von den innenpolitischen Verhältnissen des damaligen Deutschen Reiches. Und dann auch noch den Machtergreifer zustimmend zu zitieren!

Es gibt doch genug seriöse Literatur, um sich über die Vorgeschichte und Geschichte des 20. Juli zu informieren. Ich erwähne nur Joachim Fest: „Staatsstreich. Der lange Weg zum 20. Juli"; oder auch Marion Gräfin Dönhoff: „Um der Ehre willen. Erinnerungen an die Freunde vom 20. Juli".

Ich bedaure sehr, dass die *Preußische Allgemeine Zeitung* einen solchen Brief veröffentlicht!

Dr. h.c. Karl Bernhard Wohlert, Dortmund



„Die Tatsache, dass ein so einzigartiger Aufstand des Gewissens nicht tiefer in das Bewusstsein der Deutschen eingegangen ist, bleibt immer noch unbegreiflich" (Marion Gräfin Dönhoff)

Nachfolgekader

Zu: „Was treibt Merkel?" (Nr. 39)

Der Kanzlerin Merkel, Tochter des „Roten Kasner", welcher auf dem frühen Höhepunkt des Kalten Krieges das schöne Hamburg verließ, um in Ost-Berlin dem Marxismus zu frönen, wirft niemand vor, dort geschult worden zu sein. Das wäre unredlich. Darum geht es auch gar nicht. Es geht schlicht darum, dass die Person an der Spitze des Staates, welcher den Systemkampf eigentlich gewann, ein herausragender Nachfolgekader für den Staat war, welcher den Systemkampf verlor. Niemand, kein einfacher Parteigänger der SED oder Student des Marxismus/Leninismus, kam nämlich zum Studium für Spitzenkader in Moskau. Es sei denn, man hatte bedeutende Fürsprecher. Jeder kann nachlesen, dass Freunde der Frau Merkel irritiert waren, als diese zuerst dem „Demokratischen Aufbruch" und später der CDU beitrat.

Jürgen Kunz, Buchen

Es wird ernst

Zu: „An den Ufern des Rubikon" (Nr. 47)

Wer hat nicht angesichts von Euro-Krise, Rettungsschirm, Hedge-Fonds, anglo-amerikanischer Einmischung die Faxen dicke? Da kommt doch diese Geheimdienst-Posse, bei aller Anteilnahme für die Mordopfer, gerade recht. Man mag sich voller schaurigem Unbehagen in eine orientalische Räuberpistole aus 1001 Nacht zurückversetzt fühlen. Ali-Baba und die 40 Mitwisser oder so ähnlich. Wer kann es da Volkes Stimme verdenken, wenn sie einer Karnevalspartei wie den „Piraten" aufs Trapez verhilft?

Der Politik ist es immerhin während des EU-Gipfels gelungen, den schwarzen Peter vorerst an den Bankensektor zu schieben. Nicht sehr ehrenhaft. Im Januar 2012 wird es ernst, wenn der 50-prozentige Schuldenschnitt griechischer Staatsanleihen über die Bühne gehen soll und das auch noch freiwillig seitens der Banken. Damit erhält Griechenland die Bonität „Zahlungsausfall".

Ralf Strenzel, Dresden

Ehre den Männern des 20. Juli!

Zum Leserbrief: „20. Juli: Den Alliierten passte das Attentat gar nicht ins Konzept" (Nr. 46)

Der Leser meint immerhin, dass er „keinerlei Sympathie für Hitler" hege, der entscheidend war für das furchtbare Elend, dass Deutschland durch Krieg und Nachkriegszeit erleiden musste; aber er bezeichnet dennoch die „Männer vom Attentat", die sich den Verbrechen an Deutschland und seiner Umgebung entgegenstellten, als „eine kleine Gruppe feiger und dummer Offiziere".

SS-Obersturmbannführer Kiesel von der Sonderkommission 20. Juli sprach von 7000 Verhafteten in den Wehrkreisen und in den besetzten Gebieten. Die Gruppe war also wesentlich größer, als es Hitler zugab. Es ist bedauerlich, dass die Bundesregierung es bis heute nicht geschafft hat, eine genaue Gesamtliste der Opfer des 20. Juli zu erstellen, nicht einmal der Hingerichteten und der Gefolterten, der „Idealisten", wie selbst ein Kiesel formulierte.

Es ist ehrenwert, dass in der *PAZ* an den charakterfesten General Fellgiebel erinnert wurde.

Feigheit Stauffenbergs? Wer sich ein bisschen mit Stauffenberg beschäftigt hat, weiß, wie tapfer er im Afrika-Corps war, wie sehr er sich gegenüber den Mitverschwörern dafür eingesetzt hat, das Opfer der Selbsttötung für den Erfolg des Attentats zu erbringen und wie tapfer er in den Tod gegangen ist.

Schließlich schmäht der Leserbriefschreiber Beck und Canaris des Landesverrats, die sich in den Jahren vor dem Krieg dem größten Verrat an Deutschland in den Weg zu stellen suchten. Es ist die Schande der Alliierten, dass sie diejenigen nicht unterstützten, die sich gegen die Katastrophe stemmten und später die ignorierten, die gegen die Schande Deutschlands ein Zeichen setzten. Wenn der Leserbriefschreiber kritisch aus dem Dunstkreis der NPD und ihrer publizistischen Nebelkerzen heraustritt, dann wird er sich einmal im Museum der Berliner Bendlerstraße umsehen und eines der Standardwerke zum 20. Juli und dessen Umfeld zur Hand nehmen, um sich zu informieren.

Ich bin 1959 einem ehemaligen Offizier aus der Riesengruppe der 20.-Juli-Opfer begegnet, der für sein Leben gezeichnet war. Ich kann es nicht ertragen, dass die Persönlichkeiten des 20. Juli geschmäht werden, die uns auch den Stolz auf Deutschland erhalten haben.

Dr. Enno Eimers, Leer

Rechtsstaat ist Fiktion

Zu: Deutschland heute

Aus Sicht vieler Leser hat sich Deutschland verändert – allerdings nicht zum Positiven. Der Rechtsstaat ist längst eine Fiktion.

In den vergangenen 30 Jahren wurden unter dem Vorwand der Bekämpfung von Terrorismus, Kriminalität, Antisemitismus und Fremdenfeindlichkeit die Bürger- und Menschenrechte in Deutschland immer stärker eingeschränkt. Deutschland hat sich in einen Überwachungs- und Spitzelstaat verwandelt – mit großem Lauschangriff, Videoüberwachung, Internet- und PC-Bespitzelung, Kontoüberwachung, Handy-Ortung, Zensur und Gesinnungsstrafrecht.

Der gläserne Bürger ist Realität. Der Rechtsstaat ist längst nicht mehr existent, wie diverse Gerichtsurteile (Ackermann, Hartz et cetera) beweisen.

Recht hat mit Gerechtigkeit nichts zu tun. Rechtsbeugung, Rechtsbruch und Verfassungsbruch durch die Führungs- und Machteliten haben zugenommen. Deutsche Soldaten werden in völkerrechts- und verfassungswidrige Kriege geschickt und sterben für größenwahnsinnige Politiker, Raubtierkapitalisten und ausländische Interessengruppen. Der Staat plündert seine Bürger durch ständige Erhöhungen von Steuern und Abgaben aus, bei gleichzeitiger Kürzung von Leistungen und Ansprüchen.

Die Interessen und Wünsche und der Wille der Bürger spielen immer weniger eine Rolle. In- und ausländische Interessengruppen bestimmen die Politik in Deutschland.

Reinhard J. Henke, Mainz

Karikaturen: gut

Zu: Karikaturen in der *PAZ*

Von allen Karikaturisten, die ich kenne, gefallen mir die in der *PAZ* veröffentlichten am Besten. Zum einen thematisiert Herr Mohr mit seinen Arbeiten immer regelmäßig zentrale und hochaktuelle Vorgänge im politischen Bereich, zum anderen stellen seine auch ästhetisch ansprechenden Zeichnungen den jeweils entscheidenden Punkt klar heraus. Dabei sind sie niemals verletzend, sondern nötigen oft zum vergnüglichen Schmunzeln.

Dieter Dziobaka, Hamburg

Ostpreußen war nie slawisch – Wowereit, das Eichhörnchen

Zum Leserbrief: „Der unredliche Preuße Wowereit" (Nr. 46)

Dass der Berliner Oberbürgermeister Klaus Wowereit sich gerne einen modischen Migrationshintergrund-Anstrich geben möchte, verstehe ich noch halbwegs. Schließlich will der Mann in seiner Szene etwas darstellen. Doch seine Geschichtskenntnisse sind nicht die besten: „Vor der deutschen Besiedlung wohnten in Ostpreußen Litauer, Masuren und andere slawische Stämme ..." So ein Quatsch! Richtig ist, dass vor der deutschen Besiedlung in Ostpreußen prußische (!) Stämme lebten und entlang der Ostseeküste von Kurland bis hinter Danzig die mit Letten vermischten Kuren. Alles Balten und keineswegs Slawen. Ab 1406 siedelten die ersten Žemaiten (Niederlitauer) im nördlichen prußischschalauischen Stammesgebiet, Flüchtlinge, die bei den Ordensrittern Schutz suchten. Etwas später setzte ein Strom Flüchtlinge aus den hochlitauischen Sprachgebieten ein, welche vorwiegend vor dem Orden geflüchtete prußische Sudauer gewesen sein dürften und sich im Osten ansiedelten.

Polnische Namen sind ab 1400 vereinzelt in den westlichen (später westpreußischen) Stammesgebieten belegt. Masowische Ansiedler erreichten erst in der Endphase des Ritterordens die südöstlichen prußischen Stammesgebiete, also das spätere nordöstliche Masuren. Eine weitere Fluchtwelle geschah ab etwa 1700 unter polnisch-litauischer Herrschaft, als die Unterdrückten in das mildere Recht Preußens flohen.

Ob Wowereit tatsächlich ein litauischer Name ist, kann man wegen der verschiedenen Dialekte des nördlichen Ostpreußens im Nachhinein kaum ausmachen, denn die baltischen Wörter für das Eichhörnchen (prußischschalauisch „wowere", lettisch „vavere", nehrungskurisch „vavirs" und litauisch „vovere") klingen doch recht ähnlich, zumal der Übergang von O nach A und umgekehrt fließend war. Hinzu kommt, dass žemaitisch „voveraite" sowohl Eichhörnchen als auch einen in Birkenwäldern wachsenden Pilz beschreibt. Lettisch „vaveraji" ist zudem der Name eines Erikagewächses (Porst, ledum palustre).

Nun wollen wir Herrn Wowereit aber nicht seine litauische Abkunft streitig machen, zumal damals in Ostpreußen alles Baltische nördlich des Pregels, egal welcher Ethnie, kurzweg „Litauer" genannt wurde. Belegt ist 1727 ein Martin Wowerait in Lenkimmen (später Uhlenhorst), Kreis Darkehmen (Angerapp). Dieser könnte den Voveraitis im Großraum Kaunas zugeordnet werden.

Mutter Wowereits Vorfahren dürften froh gewesen sein, in Preußen Schutz, Land, Arbeit und Aufstiegschancen bekommen zu haben und sie selbst wird 1938 schlicht Arbeit in Berlin gesucht haben oder einer Liebe gefolgt sein.

Beate Szillis-Kappelhoff, Salzbergen

Unverantwortlich

Zu: „Gold: Der erste Versuch" (Nr. 45)

Bei ihrem Amtsantritt als Bundeskanzlerin hat Merkel den Eid abgelegt, dem deutschen Volk zu dienen und Schaden von ihm abzuwenden. Aber was tut sie? Sie schaufelt Milliarden unserer Steuergelder nach Griechenland und in andere marode Euro-Staaten – Geld, das wir niemals wiedersehen werden. Aber die Straßenschäden des letzten Winters sind noch nicht beseitigt, für Schulen, Kindergärten, Schwimmbäder und Kulturelles ist kein Geld mehr da. Demnächst haben wir dann auch noch die „Euro-Bonds" am Hals. Das ist mehr als unverantwortliches Handeln der Kanzlerin!

Reinhard Plehn, Erkrath

Leserbriefe geben die Meinung der Verfasser wieder, die sich nicht mit der der Redaktion decken muss. Von den an uns gerichteten Briefen können wir nicht alle, und viele nur in Auszügen, veröffentlichen. Alle abgedruckten Leserbriefe werden auch ins Internet gestellt.

Das Ostpreußenblatt

Nr. 48 – 3. Dezember 2011

MELDUNGEN

Orkan wütete an der Ostsee

Pillau – In der Nacht zum vergangenen Dienstag tobte an Ostpreußens Küste ein heftiger Sturm. Die Orte Pillau, Cranz, Rauschen und alle umliegenden Dörfer waren besonders schlimm betroffen. Der Orkan riss Dächer von Häusern und knickte Bäume ab, die auf Stromleitungen stürzten. Zahlreiche Gemeinden blieben für Stunden ohne Strom. Etwa 20000 Menschen waren betroffen. Der anschließend einsetzende Starkregen überschwemmte Straßen und sorgte für Autounfälle, was die Einsatzkräfte neben den umgestürzten Bäumen und Masten zusätzlich behinderte. Auch die Hauptstadt Königsberg blieb nicht verschont, in Dutzenden Straßen fielen Strom und Heizung aus, weil Wasser in die Kraftwerke eingedrungen war. Gouverneur Nikolaj Zukanow versprach den am schlimmsten Betroffenen finanzielle Hilfe. *MRK*

Reise zum »Bohnenmahl«

Königsberg – Die „Freunde Kants und Königsbergs e.V.“ führen vom 17. bis 25. April eine Busfahrt nach Königsberg durch, deren Höhepunkt das gemeinsame deutsch-russische „Bohnenmahl“ zu Immanuel Kants Geburtstag am 22. April im Deutsch-Russischen Haus (DRH) sein wird. Auf dem Programm stehen ferner: Besichtigung der Marienburg, Rundfahrt durch das Samland, Vorträge in der Königsberger Immanuel-Kant-Universität und/oder im DRH, Klavierkonzert und geselliges Beisammensein im DRH, Gottesdienst in der evangelisch-lutherischen Auferstehungskirche, Stadtbesichtigung, Kant-Gedenkfeier im Königsberger Dom, Fahrt nach Pillau, Fahrt nach Thorn mit Altstadtrundfahrt. Die Immanuel-Kant-Universität plant für die Zeit vom 20. bis 22. April eine internationale Konferenz über das Thema von Kants Schrift „Zum ewigen Frieden“. Die endgültige Programmgestaltung der Tage in Königsberg hängt teilweise noch davon ab, inwieweit die Freunde Kants und Königsbergs sich an der Konferenz in der Universität beteiligen. Nähere Informationen erteilt der Vorsitzende der Gesellschaft, Gerfried Horst, Ceciliengärten 6, 12159 Berlin, Telefon (030) 56596967, E-Mail: Gerfried.Horst@freunde-kants.com *G.H.*

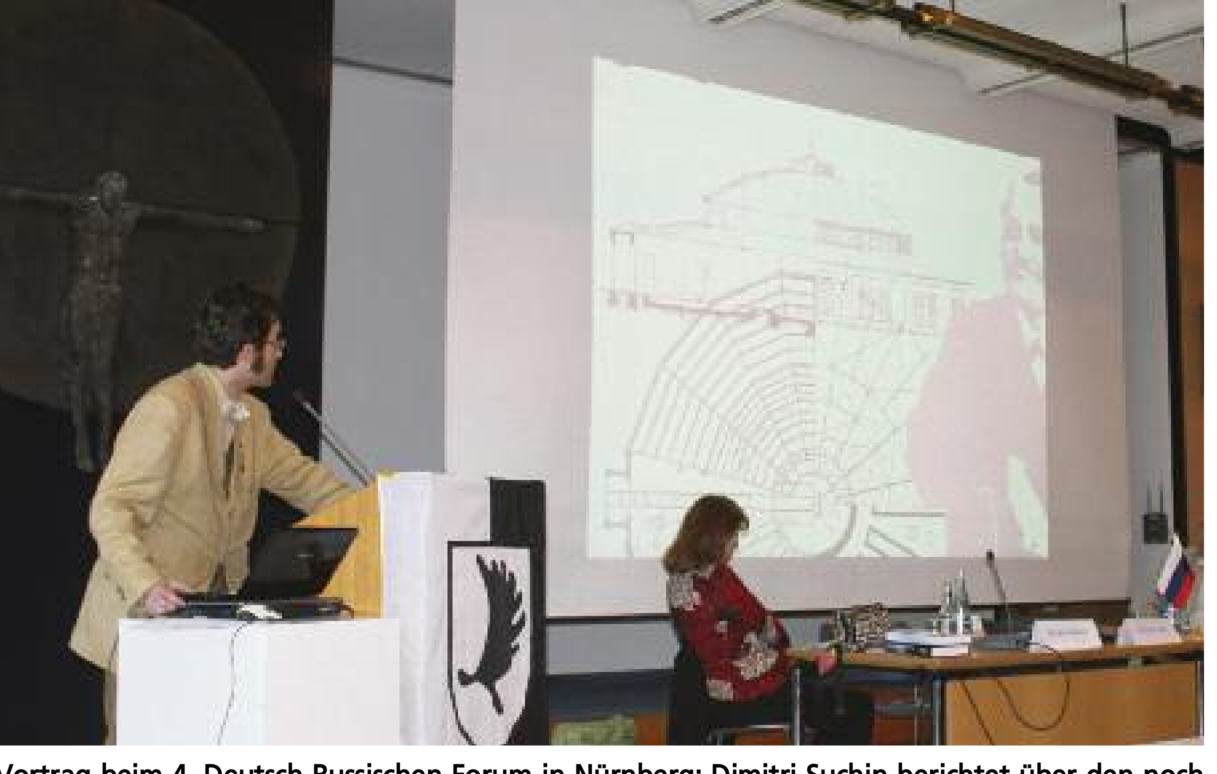
Höhere Fahrpreise

Königsberg – Gleich um ein Fünftel sind in Königsberg die Fahrpreise für Bus und Straßenbahn erhöht worden. Der Preis für eine Einzelfahrt stieg damit von zehn auf zwölf Rubel (29 Cent). Die zuständige Stadtverwaltung rechtfertigt den Preissprung mit erheblich gestiegenen Betriebs- und Wartungskosten. Zudem wird darauf verwiesen, dass es sich um die erste Preierhöhung seit 2008 handele. *PAZ*

Ein Jahr, das Jahrzehnte dauern wird

Projekt »InsterJAHR« verbucht erste Erfolge – Interesse der örtlichen Bevölkerung blieb eher gering

Die Idee zu einem der ehrgeizigsten Projekte im Königsbeger Gebiet entstand vor zwei Jahren in Insterburg. „InsterJAHR“, ein gemeinsames Unternehmen von Bürgerinitiativen und Fachgruppen, will mit Unterstützung der Stadtgemeinde Insterburg das historische und kulturelle Erbe der Stadt erschließen und erneuern.



Vortrag beim 4. Deutsch-Russischen Forum in Nürnberg: Dimitri Suchin berichtet über den noch erhalten gebliebenen Lokomotiv-Rundschuppen, erbaut um 1870 nach dem Entwurf von Joseph Schwedler Bild: MRK

„Die ostpreußische Stadt, uns zugefallenes Erbe, ist mit der Zeit zu einem losen Gewebe geworden: Schaffen wir es, daraus ein passendes Gewand zu schneidern?“ Ausgehend von dieser Frage fanden Architekten, Heimatforscher und Stadtangestellte zusammen, um gemeinsam an dem Projekt „InsterJAHR 2010“ mitzuwirken. Alle Initiativen waren zunächst auf das Jahr 2010 beschränkt. Die Stadtverwaltung hatte aus ihrem Haushalt umgerechnet 12000 Euro zur Verfügung gestellt. Das Ziel des Projekts ist, das baugeschichtliche Erbe der Stadt zur „Grundlage einer internationalen und interregionalen Entwicklungs- und Austauschstätte“ werden zu lassen, an der die forschende und lehrende Wissenschaft der Hochschulen teilhaben soll.

Dimitri Suchin, Architekt und Beirat der Scharoun-Gesellschaft in Berlin sowie Teilnehmer am diesjährigen 4. Deutsch-Russischen Forum in Nürnberg, führte sein Interesse am Wirken des Architekten Hans Scharoun, der zehn Jahre in Ostpreußen verbrachte, nach Insterburg. Ein Stadtrundgang genügte ihm, um zu sehen, dass das baugeschichtliche Erbe erhaltenswert ist. Heute arbeitet er tatkräftig bei „InsterJAHR“ mit, hält Vorträge, betreut den Internet-Auftritt und leitet Studenten an. 2010 wurde schnell klar, dass die umfangreichen und erst in Ansätzen angeschobenen Arbeiten auch 2011 fortgesetzt würden. Fünf Hauptziele wurden im ersten Jahr formuliert: Die Siedlung „Bunte Reihe“, von Hans Scharoun 1921 bis 1924 erbaut, wurde unter Denkmalschutz gestellt und Pläne zur Restaurierung wurden unter Heranziehung der jetzigen Bewohner erarbeitet. Insterburg galt einst als grüne Stadt, hatte einen Stadtpark und Gärten, die Direktor Hugo Kaufmann verwaltete. Der „Neue Städtische Friedhof“, 1916 von ihm angelegt, soll als „Frida-Jung-Gedächtnis-Poesiepark“ neu angelegt werden. Für das dritte und größte Projekt, die Rettung des um 1870 nach Entwürfen von Joseph Schwedler erbauten Lokomotiv-Rundschuppens, liegen Pläne vor, die eine Sanierung zu einem multifunktionalen Raum mit Parkhaus, Café, Büro- und Handelsflächen sowie einem Bildungszentrum vorsehen. Des Weiteren will man sich um die Parks der Stadt kümmern. Der ehemalige Kolonialwarenladen Weißenberg soll Sitz der neu gegründeten Gesellschaft für Hauseigentümer und Künstlerresidenz werden.

Unterstützung kommt von anderer Seite

Im vergangenen Jahr fanden zahlreiche Veranstaltungen statt. Deutsche Architekten und Spezialisten kamen nach Insterburg, um ihr Wissen mit den Ansässigen zu teilen. Auch die Kreisgemeinschaft Insterburg beteiligte sich daran. Suchin lud Studenten verschiedener Hochschulen zu Sommerpraktika ein. Besonderes Interesse zeigten Schüler der Kasaner Bauhochschule. Während ihres Aufenthalts haben sie den Bismarckturm und die Scharoun-Häuser vermessen. Leider folgten andere Universitäten der Einladung nicht. Inzwischen haben die Stadt Insterburg, „InsterJAHR“ und die Bauhochschule Kasan einen Vertrag zur Renovierung der Häuser unterzeichnet. Das Ziel, den Informationsstand der Insterburger zu verbessern und die Bewohner der Scharoun-Häuser zur Mitarbeit zu bewegen, wurde nicht erreicht. Umso größer ist die Bereitwilligkeit zur Mitwirkung in Königsberg sowie inzwischen auch in St. Petersburg und Moskau. In diesem Jahr waren erstmals Hydrologen aus Moskau anwesend, um das Kanalsystem zu untersuchen.

Ein Problem bei der Umsetzung der Pilotprojekte ist neben der fehlenden Finanzierung der Mangel an Handwerkern. Selbst wenn das Geld für eine Baumaßnahme zusammen ist, gibt es vor Ort keine Zimmerer, Tischler, Maurer und Putzer, die Hand anlegen könnten. Deshalb wollen die Organisatoren in Zusammenarbeit mit der Königsberger Bauschule und der Denkmalakademie in Görlitz eine Bildungseinrichtung für Handwerker ins Leben rufen. Vereinbarungen zur Bildungszusammenarbeit wurden mit polnischen und deutschen Experten abgeschlossen. Lehrkräfte aus Görlitz werden jeweils für einige Monate in Insterburg Handwerker ausbilden und Lehrmaterial zur Verfügung stellen.

Der Einsatz für den Erhalt des städtebaulichen Erbes erfordert viel Geduld und Engagement aller Beteiligten. Die Verbreitung von Informationen per Internet und örtlichem Fernsehen sowie die Präsenz auf internationalen Ausstellungen wie der Moskauer Architektur Biennale 2009 und der Berliner Bautech 2010 zeigen Erfolge.

Die Taktik, sich internationale Unterstützung zu holen, wenn sich national wenig bewegt, scheint aufzugehen. Vereinbarte Kooperationen mit der Deutschen Stiftung Denkmalschutz und anderen Organisationen außerhalb Ostpreußens überzeugen. Das „InsterJAHR“ wird es voraussichtlich noch viele Jahre geben. *Manuela Rosenthal-Kappi*

Gefährliches Pflaster

Trotz bevorstehender Fußball-EM sind Allensteins Straßen für ihren miserablen Zustand berüchtigt

Zurzeit werden auf dem gesamten Territorium der Republik Polen neue Autobahnen und sogenannte Express-Straßen gebaut. Die meisten sollen bis 2012, also pünktlich zur Europa-Fußballmeisterschaft, deren Spiele auf polnischem und ukrainischem Gebiet ausgetragen werden, fertiggestellt sein.

Allerdings wurden bereits einige Bauvorhaben aufgrund unerwartet aufgetretener Schwierigkeiten bei der Ausführung wieder gestrichen und die Fertigstellung anderer wird immer wieder in Frage gestellt. Das prägnanteste Beispiel dafür liefert die Weiterführung der Autobahn A2 zwischen Lodz und Warschau, auf der die Bauarbeiten immer wieder ins Stocken geraten. Dabei ist diese Verkehrsader Teil einer großen Investition, mittels derer künftig die Wege Europas miteinander verbunden werden sollen. So soll Berlin an das modernisierte Straßennetz Polens, Weißrusslands, des Baltikums und Russlands angeschlossen werden. Doch gerade auf der Strecke der A2 traten vor kurzem Probleme mit dem Auftragnehmer, einer chinesischen Firma, auf, welche die polnische Staatskasse beträchtlich belastet haben, weswegen der Bauauftrag den Chinesen wieder entzogen wurde. Es besteht die Gefahr, dass die Weiterführung des Baus einer jetzt von der deutsch-polnischen Staatsgrenze bis nach Krakau gut funktionierenden Autobahn A4 weiter in Richtung ukrainische Grenze nicht termingerecht fertig wird.

Überall in Polen werden neue Autobahnen gebaut

Durch das südliche Ostpreußen verläuft ebenfalls ein Teilstück der Autobahn, nämlich jenes zwischen Elbing und der innerostpreußischen Grenze, das aber wegen einer fehlenden Anbindung an eine Straße im Königsberger Gebiet nicht voll ausgelastet werden kann. Die wichtigste Verkehrsader der Region bleibt nach wie vor die Schnellstraße Nr. 7 zwischen Danzig und Warschau. Sie verläuft auf vielen Teilstücken auf dem Gebiet der Woiwodschaft Ermland und Masuren und obliegt den lokalen Behörden der Polizei und der Straßenzustandsaufsicht. Die Einwohner der Woiwodschaft, vornehmlich Allensteins, benutzen gerade diese Straße, um in Richtung Nordwesten oder auch nach Süden zu gelangen. Vor ein paar Jahren wurde ein Anschlussstück zwischen Allenstein und Osterode modernisiert. Dies erhöhte die Sicherheit der Autofahrer zusehends. Jetzt ist hier eine entschärfte Ausfahrt im Bau. Sie führt von der Straße Nr. 7 in die Gegend von Hohenstein, wo Überreste eines dort im Krieg bestehenden Kriegsgefangenenlagers aus dem Zweiten Weltkrieg bei den Bauarbeiten entdeckt wurden.

Für die Region wäre eine Ausbesserung der breitengradlinig verlaufenden Straße Nr. 16 von Bedeutung. Sie gilt als eine Art Rückgrat der Region und könnte nach einer Modernisierung zu einem wichtigen, die Wirtschaft antreibenden Faktor werden, zumal sie im Osten der Region eine Anbindung an die geplante Via Baltica bekommen würde.

Die Straßen im Nordosten gehören zu den schlimmsten

Wissenschaftler der Technischen Universität Danzig haben eine Gefahrenkarte polnischer Verkehrswege entwickelt. Sie basiert auf statistischen Daten, die in den Jahren 2008 bis 2010 von der polnischen Verkehrspolizei gesammelt wurden. Sie enthält Angaben über die Anzahl der Autounfälle sowie deren Schwere. Die Statistik ergab, dass die nordöstlichen Straßen der Republik Polen zu den unsichersten gehören. Besonders gefährdet ist man in der Umgebung Allensteins, wofür ein miserabler Straßenzustand verantwortlich ist. Somit weicht diese Region von den übrigen der als „Ostwand“ bezeichneten Woiwodschaften Lubliner Land, Vorkarpaten und Heiligkreuz nicht ab. Die erwähnte Hauptverkehrsader Nr. 7 genießt auch den zweifelhaften Ruf der gefährlichsten Straße im ganzen Land. Dafür wurden die Straßen in Großpolen, also um Posen herum, für die funktionsfähigsten und somit ungefährlichsten erklärt.

Vor kurzem wurde Danzig mit Thorn verbunden. Die hinsichtlich der Einwohnerzahl mit Allenstein vergleichbare Stadt Thorn hatte schon vor einigen Jahren eine entlastende Ringstraße bekommen. Die Pläne für ein solches Bauvorhaben in der regionalen Hauptstadt Allenstein scheiterten jedoch an Geldmangel und dem Widerstand der Inhaber jener Grundstücke, an denen die geplante Umgehungsstraße verlaufen sollte. Wenigstens schaffte man es im Herbst 2011, eine neue Brücke über die Alle sowie eine Ost-West-Achse dem Verkehr zu übergeben. *Grzegorz Supady*



Lewe Landslied, liebe Familienfreunde,

Adventszeit ist Familienzeit, das war immer so und ist auch so geblieben. Mögen sonst die Sippenmitglieder auseinanderdriften, Weihnachten gehört nun einmal der Familie, und zum Plätzchenbacken im Advent finden sie sich vereint in trauter Eintracht um Mutters Küchentisch zusammen. Ach, wer erinnert sich nicht von uns Älteren an diesen ganz besonderen Tag im Advent, wenn sich die ganze Familie zum Marzipanbacken zusammenfand und alle bemüht waren, das schönste Marzipanherz zu formen. Das verlangte schon einige künstlerische Fähigkeiten, denn der Randstreifen musste säuberlich auf das ausgestochene Bodenstück gesetzt, mit Rosenwasser aufgepappt und mit einem „Marzipankneifer“ akkurat gemustert werden. Und dann musste es beim Flämmen unter Holzkohlenfeuer die richtige Bräunung erhalten – das war schon hehre Küchenkunst, die ostpreußische Familienmütter perfekt beherrschten. Na, und wenn was schief ging, dann wurden die misslungenen Gebilde lieber gleich vernichtet. Danach jieperten wir kleinen Kruschkes doch schon sehr und waren selig, wenn wir ein misslungenes Schmeckprobchen ergatterten. Ja, das war Advent tohuus – und in der Erinnerung glaubt man noch diesen warmen, süßen Duft von Mandeln und Rosenwasser zu spüren, der sich mit dem von Honig, Zimt, Nelken und Kardamom beim Katharinchen backen mischte. Ja, die Katharinchen, diese großen rundbogigen Pfefferkuchen, mit Mandeln belegt, die durften auf keinem Bunten Teller fehlen. Als wir einmal vor langen Jahren auf Leserwunsch nach den typischen Ausstechförmchen fragten, bekam ich etliche zugesandt, und eines habe ich behalten. Es ist zwar kein Original, aber originalgetreu nachgearbeitet, man kann damit „echte" Katharinchen backen. Ich will mich gerne von ihm trennen und es einem backfreudigen Familienmitglied überlassen.

Heimat kann man eben schmekken, und unsere ostpreußische Küche bietet da schon einige Spezialitäten wie Beetenbartsch, Graue Erbsen oder Schmand mit Glumse. Aber haben Sie schon einmal „kahle Mäuse“ probiert? Der Name klingt nicht gerade einladend und es dürfte sich auch nicht um geschorene kleine Nager handeln – ja, aber um was dann? Die Fragestellerin möchte es gerne wissen, denn sie hat die „kahlen Mäuse“ als Kind gegessen, und zwar in der Gegend von Treuburg. Es muss also ein spezielles Gericht aus dem Norden Masurens sein, ich habe es leider in keinem ostpreußischen Kochbuch finden können. Denkbar wäre es, dass es sich um „Keilchen“ handeln könnte – also um Mehlklöße, die in der Form vielleicht an kleine Mäuse erinnern und durch ihre Glätte auch leicht vom Teller flutschen, aber das ist eben nur eine Vermutung. Ostpreußen war ja ein „Kielkeland“, am berühmtesten waren die Heilsberger Keilchen. Vielleicht kennen einige Leserinnen noch das Originalrezept von den „kahlen Mäusen“, das sie bitte an uns senden möchten.

Das alte „Kriegskochbuch für fleischlose Tage“ hat Erinnerungen an trübe Zeiten geweckt, und Frau **Ilse Conrad-Kowalski** musste an die Kochkünste ihrer Mutter denken, als sie 1945 als Flüchtlinge in Flensburg gestrandet waren. Eine Kartoffel für jeden am Sonntag war schon das reinste Festessen. Wochentags gab es nur Wruken – also Steckrüben –, selbst das Schulbrot bestand aus einer gekochten Wrukenscheibe. Marmelade wurde aus Roter Bete mit künstlichem Ananasaroma fabriziert, Aromen spielten sowieso eine große Rolle, so bei dem Ersatz-Marzipan aus Kartoffeln mit viel Mandelaroma. Und als Ilse die Flensburger Schule verlassen musste, bekam sie als Abschiedsessen „Knäckebrot“ aus Kartoffelschalen vorgesetzt. Aber ein Brotaufstrich ist ihr noch in guter Erinnerung geblieben: die Hefeleberwurst. Die wollte sie schon immer einmal nachkochen, aber sie konnte sich nicht an das Rezept ihrer Mutter erinnern, nur daran, dass sie wie jede echte ostpreußische Leberwurst mit Majoran gewürzt wurde. Nun habe ich diese Hefeleberwurst auch in bester Erinnerung, sie schmeckte wirklich gut. Ihre Herstellung richtete sich nach den zur Verfügung stehenden Zutaten, Hefe, Majoran und Zwiebeln vermitteln geschmakklich den Leberwurst-Effekt. Wer kann sich noch an diese Ersatz-Leberwurst nach ostpreußischer Art erinnern? (Ilse Conrad-Kowalski, Rademacherstraße 11 in 23556 Lübeck, Telefon 0451/891818.)

An die Schmalzbrote ihrer Kinderzeit in Königsberg denkt Frau **Jutta Nitsch La Pinta**, die sie heimlich den russischen Kriegsgefangenen, die vor ihrer Schultüre die Straße fegen mussten, zugesteckt hatte. Wir veröffentlichten diese Erinnerung in unserer Kolumne und weil Frau Jutta auch nach ehemaligen Schülerinnen der Johanna-Ambrosius-Schule gefragt hatte, bekam sie Kontakt zu zwei Leserinnen – eine große Freude für die heute in Florida lebende Königsbergerin. Frau **Ingrid Nowakiewitsch** berichtete ihr über den heutigen Stand des Schulgebäudes, das jetzt als Volkshochschule genutzt wird, eine andere Leserin plauderte mit ihr am Telefon über die Schulzeit und vor allem über den Lehrer **Voigt**, den Sohn der Dichterin **Johanna Ambrosius**. Beiden Leserinnen soll ich ihren herzlichen Dank für die Freude vermitteln, die sie Frau Nitsch La Pinta mit ihren Gesprächen bereitet haben. Nun hofft Frau Nitsch La Pinta auf weitere Verbindungen mit alten Königsbergerinnen, diesmal mit ehemaligen Mitschülerinnen der Königin-Luise-Schule. Jutta hat 1943/44 in dem Oberlyzeum die erste Klasse besucht, ihre Klassenlehrerin war Fräulein **Kalweit**. Eine ältere, schon pensionierte Dame, die aber während des Krieges in den Schuldienst zurückberufen wurde. Frau Jutta erinnert sich, dass schon bei dem ersten Luftangriff der Engländer 1944 eine Sprengbombe als Blindgänger genau neben der Stelle, wo sich ihr Klassenzimmer befand, steckte. Ihr langer Brief ist überhaupt voller Erinnerungen an ihre Kindheit, so auch an die Klavierstunden im Konservatorium, die eine Französin, Madame **Le Blank**, der kleinen Jutta gab. Sie war eine sehr strenge Pädagogin und ihre Schülerin hasste den Unterricht, „aber etwas muss doch von den vielen Übungen hängen geblieben sein“, wie Frau Nitsch La Pinta schreibt. „Alles, was ich im Leben erreicht habe, die Hochschulausbildung bis zum M.S.degree hier in Amerika verdanke ich meinen geliebten Eltern und den ausgezeichneten Lehrern meiner Heimatstadt. Unser Schulsystem war einmalig!“ Sie hat diese Erinnerungen in einem Extra-Beitrag für unsere Ostpreußische Familie verarbeitet, den wir in einer späteren Folge bringen werden. Dafür und für Ihre lieben Zeilen herzlichen Dank, liebe Jutta im fernen Florida!

Kurt Berneckers Ölgemälde „Königsberger Kleingärten im Winter“ Bild: privat

Sie ist zwar nicht meine Klassenkameradin, einige Jährchen liegen schon dazwischen, aber eine Mitschülerin vom Königsberger Bismarck-Oberlyzeum: unsere **Ursula Zimmermann**, die vor allem uns Königsberger in Hamburg zusammenhält. Wir denken und arbeiten gut miteinander, und so bat sie mich, einen Suchwunsch aufzugreifen, der kürzlich im „Königsberger Express“ erschien und der anscheinend bisher zu keinem Erfolg geführt hat. Das will ich heute gerne tun mit der Hoffnung, dass sich in unserem breit gefächerten Leserkreis auch Königsberger finden, die der Suchenden die gewünschten Hinweise geben können. Frau **Doris Leitner** würde nämlich gerne das Haus wieder finden, in dem sie im März 1941 als Doris **Bleyer** geboren wurde. Es lag südlich des Pregels in Spandienen III, einem ehemaligen Gutsbezirk an der Berliner Chaussee, der aufgesiedelt und 1928 in Königsberg eingemeindet wurde. Frau Bleyers Vater war als Schmied und Schlosser bei der Schichau-Werft tätig, es könnte sich also auch um eine Werkswohnung gehandelt haben. Das Haus lag im Block 7 und hatte die Nummer 80 – aber diese genaue Kenntnis nützte der heutigen Rentnerin nicht viel, als sie vor einigen Jahren ihre Heimatstadt besuchte. Einige der Blocks stehen noch, sind aber umnummeriert, sodass es ihr nicht möglich war, ihr Geburtshaus auszumachen. Sie konnte vor Ort niemanden finden, der über die ehemalige Siedlung Bescheid wusste. Frau Leitner lebt seit der Flucht 1945 in Bayern, in der Ostpreußengruppe, der sie nach ihrem Eintritt in den Ruhestand angehört, konnte ihr auch niemand helfen. Sie kann wohl auch nach dem Tod der Mutter – der Vater blieb vermisst – keine Verwandten mehr befragen, die sich an das Haus erinnern könnten. Deshalb die Frage an unsere Ostpreußische Familie: Wer hat damals in Spandienen gelebt und kann die Lage der einzelnen Blocks beschreiben oder besitzt noch einen Lageplan, nach dem sich Frau Leitner beim nächsten Königsberg-Besuch richten könnte? (Doris Leitner, E-Mail: doris-leitner@t-online.de)

In das weite Umland südlich des Pregels führt auch unser Bild.

Die ostpreußische Familie

Ruth Geede Bild: Pawlik

„Königsberger Kleingärten im Winter“ hat der Maler **Kurt Bernecker** sein Ölgemälde genannt, das dem großformatigen Kunstkalender „Ostpreußen und seine Maler 1912“ entnommen ist. Wie verloren stehen die Lauben in der Winterlandschaft, der kalte Ostwind hat den Schnee verweht, die Gärten liegen im Winterschlaf. Örtlich ließe sich das Motiv schwer einordnen, wenn der Maler es nicht genannt hätte: Kosse. Da Bernecker das Bild 1931 gemalt hat, waren die Parzellen noch neu, man sieht noch keine Hekken, keine Bäume, es ist, als läge die Großstadt meilenweit entfernt, einige Industrieanlagen sind in der Ferne zu sehen. Seit 1912 in Königsberg die ersten Schrebergärten geschaffen wurden, sprossen sie wie Pilze aus der Erde, denn als echter Ostpreuße wollte auch der Städter ein Stückchen Erde haben, in dem er säen und ernten konnte: Vor dem Sackheimer Tor, an der Cranzer Allee, am Wirrgraben, am Veilchenberg und ganz besonders in Ponarth. Den Maler hat wohl die unendlich scheinende Winterweite gereizt, in die das Rot der Lauben nur wenig Farbe bringen kann. Kurt Bernecker, der 1896 in Königsberg geboren wurde und auch hier studierte, überrascht immer wieder mit unkonventionellen Landschaftsbildern. Er war der Ehemann der Grafikerin **Gertrud Lerbs**, über deren Biografie wir in Folge 45 berichteten. Der reich bebilderte Band, den die LO gegen eine Spende von zehn Euro für die Bruderhilfe Ostpreußen versendet, hat bereits viele Freunde gefunden, das beweisen auch die erfreulichen Nachbestellungen. Einige der Kunstkalender stehen auch noch zur Verfügung und können, genau wie die Lerbs-Bernecker-Biographie bei uns bestellt werden. (Landsmannschaft Ostpreußen, Ute Vollmer, Buchtstraße 4, 22087 Hamburg, Telefon 040/414008-0, E-Mail: vollmer@ostpreussen.de)

Eure

Ruth Geede

AUS DEN HEIMATREGIONEN

Erstmals öffentlich

Kulturgeschichtliche Funde ausgestellt

Einige äußerst wertvolle prußische Fundstücke aus dem 12. Jahrhundert sind in den Bestand des Historisch-Künstlerischen Museums des Königsberger Gebietes übergegangen und wurden jetzt erstmals der Öffentlichkeit vorgestellt. Es handelt sich um Holzobjekte aus dem von den russischen Archäologen als „Alejka 3“ bezeichneten Gräberfeld von Jaugehnen, Kreis Fischhausen, die im Jahre 2007 geborgen und seitdem im Archäologischen Landesmuseum von Schleswig-Holstein restauriert worden waren.

Das Gräberfeld wird der sogenannten Samländisch-Natangischen Kultur zugerechnet und enthält sowohl Brand- als auch Körperbestattungen, wobei zahlreiche Krieger in Pferdegräbern ihre letzte Ruhe fanden. Bei den Holzobjekten handelt es sich um verschiedene Gefäße sowie – als große Besonderheit – um aus Holz gefertigte Reitsättel, wie man sie von den baltischen Völkern bisher nicht kannte.

In Schleswig-Holstein restauriert

An der samländischen Küste finden seit dem Jahr 2005 archäologische Grabungen im Zuge des Baus von Gasanlagen statt, bei denen sich der außerordentliche Fundreichtum dieser Region herausstellte. Von der hier tätigen „Samländischen Expedition“ der Russischen Akademie der Wissenschaften wurden bisher sechs Siedlungen gefunden, die zwischen dem zweiten und dem 19. Jahrhundert nach Christi Geburt datiert werden und wertvolle Erkenntnisse zur Kulturgeschichte Ostpreußens versprechen. *T.W.W.*

Auf der Suche

Königsbergs Gebietsgouverneur in der Bundesrepublik

Eine Delegation der Königsberger Regionalregierung unter Leitung des Gouverneurs Nikolaj Zukanow war in der Bundesrepublik Deutschland, um sich mit Vertretern deutscher und schweizer Tourismusunternehmen zu treffen. Offizielles Ziel war, deren Erfahrungen beim Aufbau neuer Tourismusregionen kennenzulernen, um diese dann bei der Umgestaltung der Kurischen Nehrung in eine sogenannte Erholungszone umzusetzen.

Augenscheinlich ging es der Delegation aber nicht nur um die Suche nach guten Ratschlägen, sondern ebenso sehr auch um die nach auswärtigen Investoren – sowie um die Gewinnung deutscher Touristen. Während Ostpreußen politisch-offiziös seit neuestem ausschließlich als Objekt eines russischen Binnentourismus gehandelt wird, suchen die Verantwortlichen vor Ort wieder verstärkt deutsche Gäste. So sprach die der Delegation angehörende Leiterin der Königsberger Gebietstourismusagentur Jelena Kroponowa etwas verhalten davon, dass die Reise der Vorbereitung auf eine Teilnahme am russischen Föderationsprogramm „Entwicklung des Binnen- und Ausländertourismus 2011 bis 2016“ dienen solle.



Nikolaj Zukanow Bild: Archiv

Schon seit Jahren hatte es Planungen gegeben, auf der Kurischen Nehrung eine gigantische Tourismuszone zu errichten. Diese wurden allerdings vor allem angesichts fehlender Investoren nie verwirklicht und im September dieses Jahres vermeintlich „endgültig“ ad acta gelegt. Nun sollen es also wieder einmal deutsche Ideen und deutsche Gelder richten. Zukanow glaubt, dass er dabei seine überaus großzügig dimensionierten Vorstellungen von der Größe dieser Zone unverändert beibehalten kann. Wollte man den Umfang der Anlagen verringern, würde dies das Projekt insgesamt zu Fall bringen und den Tourismus des Königsberger Gebietes schwerwiegend beeinträchtigen, ließ der Statthalter des russischen Präsidenten vernehmen. Ökologische Überlegungen sind dem in der Sowjetunion sozialisierten Gouverneur dabei offensichtlich fremd.

Thomas W. Wyrwoll

Besuch vom Generalkonsul

Gottfried Zeitz, seit diesem Jahr Deutschlands Generalkonsul in Breslau, hat der Woiwodschaft Oppeln einen Besuch abgestattet. Auf dem Programm standen unter anderem Begegnungen mit dem Marschall, dem Stadtpräsidenten, dem Bischof sowie Vertretern der deutschen Volksgruppe. Mit den Vorsitzenden des Verbandes der deutschen Sozial-Kulturellen Gesellschaften in Polen (VdG) und der Sozial-Kulturellen Gesellschaft der Deutschen im Oppelner Schlesien (SKGD), Bernard Gaida und Norbert Rasch, traf er sich zum Mittagessen.

Vor seiner jetzigen Tätigkeit war der 1948 im hessischen Friedberg geborene Philologe unter anderem außenpolitischer Berater bei der damaligen Beauftragten der Bundesregierung für Kultur und Medien Christina Weiss sowie Büroleiter Richard von Weizsäckers. *PAZ*

Wir gratulieren ...



ZUM 102. GEBURTSTAG

Suck, Herta, geb. **Gutowski**, aus Kiöwen, Kreis Treuburg, am 8. Dezember
Ziemmek, Anna, geb. **Fröhlian**, aus Ulrichsfelde, Kreis Lyck, am 5. Dezember

ZUM 101. GEBURTSTAG

Czub, Martha, geb. **Parcanny**, aus Lyck, am 8. Dezember

ZUM 99. GEBURTSTAG

Schulz, Fritz, aus Grunau, Gut Streitswalde, Kreis Heiligenbeil, am 5. Dezember

ZUM 98. GEBURTSTAG

Sagon, Liesbeth, geb. **Rebinski**, aus Ittau, Kreis Neidenburg, am 6. Dezember

ZUM 97. GEBURTSTAG

Besser, Margarete, geb. **Pasternak**, aus Allenbruch und Rhein, Kreis Lötzen, am 2. Dezember
Lange, Hildegard, geb. **Wiwianka**, aus Kirchspiel Eydtkau, Kreis Ebenrode, am 5. Dezember
Rieck, Hildegard, aus Fischhausen, Kreis Samland, am 8. Dezember

ZUM 96. GEBURTSTAG

Welz, Elise, aus Pillau, Kreis Samland, am 11. Dezember

ZUM 95. GEBURTSTAG

Liebig, Albert, aus Groß Trakehnen, Kirchspiel Rodebach, Kreis Ebenrode, am 9. Dezember
Meller, Elli, geb. **Fernitz**, aus Nöttnicken, Kreis Samland, am 10. Dezember
Rohrberg, Wilhelm, aus Preußisch Eylau, am 8. Dezember

ZUM 94. GEBURTSTAG

Lettko, Helene, aus Steinberg, Kreis Lyck, am 5. Dezember

ZUM 93. GEBURTSTAG

Kohnert, Eva, geb. **Beutler**, aus Neufelde, Kreis Elchniederung, am 8. Dezember
Koriath, Paul, aus Neidenburg, am 8. Dezember
Krefting, Maria, geb. **Hoffmann**, aus Bärwalde, Kreis Samland, am 6. Dezember

ZUM 92. GEBURTSTAG

Brozio, Gertrud, aus Wittingen, Kreis Lyck, am 7. Dezember
Gliemann, Agathe, geb. **Köster**, aus Lyck, am 5. Dezember
Fritz, Marta, geb. **Klimmek**, aus Herzogsmühle, Kreis Treuburg, am 10. Dezember
Kaukel, Frieda, geb. **Kullik**, aus Schönhorst, Kreis Lyck, am 6. Dezember
Kosubek, Ruth, geb. **Reimann**, aus Palmnicken, Kreis Samland, am 7. Dezember
Kumpat, Heinz, aus Neuginnendorf, Kreis Elchniederung, am 6. Dezember
Maeding, Magarete, aus Eydtkau, Kreis Ebenrode, am 7. Dezember
Wileczewski, Anna, geb. **Steßen**, aus Wilken, Kirchspiel Rodebach, Kreis Ebenrode, am 8. Dezember

ZUM 91. GEBURTSTAG

Brozio, Ilse, geb. **Kottowski**, aus Keipern, Kreis Lyck, am 5. Dezember
Denicke, Frieda, geb. **Bogdahn**, aus Kirchspiel Bilderweiten, Kreis Ebenrode, am 8. Dezember
Gruhn, Gerda, geb. **Keiluweit**, aus Kuckerneese, Kreis Elchniederung, am 7. Dezember
Heidrich, Margarete, geb. **Hofer**, aus Neuendorf, Kreis Lyck, am 11. Dezember
Bornemann, Magdalene, geb. **Ehlert**, aus Preußenwalde, Kreis Tilsit-Ragnit, am 5. Dezember
Gerull, Christel, aus Bürgerhuben, Kreis Elchniederung, am 9. Dezember
Gutekunst, Dora, geb. **Hamann**, aus Fischhausen, Kreis Samland, am 9. Dezember
Staschik, Hilde, geb. **Kalinowski**, aus Dippelsee, Kreis Lyck, am 6. Dezember
Stüben, Gerda, geb. **Schirrmann**, aus Schwalgenort, Kreis Treuburg, am 6. Dezember
Teske, Hildegard, geb. **Suchert**, aus Rudau, Kreis Samland, am 7. Dezember
Tintsch, Gertud, geb. **Kischnik**, aus Tiefen, Kreis Lötzen, am 9. Dezember
Wenniger, Frieda, geb. **Grigat**, aus Drusken, Kreis Ebenrode, am 10. Dezember
Wiersen, Ella, geb. **Schirrmann**, aus Schwalgenort, Kreis Treuburg, am 6. Dezember

Glückwünsche nur noch ohne Nennung der Adresse möglich:

Die meisten Landsleute freuen sich, wenn sie ihren Namen auf unserer Glückwunschseite finden. Leider sind jedoch nicht alle damit einverstanden, dass dort auch ihre aktuelle Adresse genannt wird. In letzter Zeit hat es unter Hinweis auf den Datenschutz und das allgemeine Persönlichkeitsrecht mehrere diesbezügliche Beschwerden und sogar eine Eingabe an den Beschwerdeausschuss des Deutschen Presserates gegeben.

Die Rechtslage ist tatsächlich so, dass diese Daten nur veröffentlicht werden dürfen, wenn in jedem Einzelfall das Einverständnis der Betroffenen vorliegt. Diese Vorgabe zu erfüllen würde einen Arbeitsaufwand erfordern, den die Redaktion nicht bewältigen könnte. Um rechtlich auf der sicheren Seite zu stehen, haben wir uns daher schweren Herzens entschlossen, die aktuellen Anschriften der Jubilare künftig nicht mehr zu veröffentlichen. Wir bitten dafür um Ihr Verständnis.

Da wir durch den Wegfall der Adresszeilen mehr Platz auf der Seite haben, freuen wir uns, dass wir nun wieder die Glückwünsche zum 75. Geburtstag aufnehmen können, die zwischenzeitlich aus Platzgründen wegfallen mussten. *PAZ*

Meinhold, Hildegard, geb. **Schröder**, aus Treuburg, am 11. Dezember
Palluch, Helmut, aus Bartendorf, Kreis Lyck, am 6. Dezember
Walden, Lothar, aus Schareiken, Kreis Treuburg, am 10. Dezember
Wilhelm, Liesbeth, geb. **Schellong**, aus Kobulten, Kreis Ortelsburg, am 9. Dezember
Zech, Betty, geb. **Worat**, aus Schwentainen, Kreis Treuburg, am 9. Dezember

ZUM 90. GEBURTSTAG

Arndt, Gisela, geb. **Hardtke**, aus Königsberg, am 8. Dezember
Breuer, Emma, geb. **Usko**, aus Lindenfließ, Kreis Lyck, am 6. Dezember
Dlugokinski, Käte, aus Schönwiese, Kreis Neidenburg, am 9. Dezember
Goetzmann, Hedwig, geb. **Stephan**, aus Sköpen, Kreis Elchniederung, am 7. Dezember
Holland, Gertrud, geb. **Schermuksnis**, aus Eydtkau, Kreis Ebenrode, am 7. Dezember
Kays, Charlotte, geb. **Rama**, Wallendorf, Kreis Neidenburg, am 5. Dezember
Olschewski, Günter, aus Steinkendorf, Kreis Lyck, am 8. Dezember
Rostek, Walter, aus Gingen, Kreis Lyck, am 11. Dezember
Schmidt, Gerda, geb. **Gerwien**, aus Peyse, Kreis Samland, am 9. Dezember
Suhr, Paul, aus Groß Kuhren, Kreis Samland, am 9. Dezember
Tulowitzki, Fritz, aus Rohmanen, Kreis Ortelsburg, am 11. Dezember
Walpuski, Heinrich, aus Roggen, Kreis Neidenburg, am 6. Dezember

ZUM 85. GEBURTSTAG

Bartikowski, Herbert, aus Borchersdorf, Kreis Neidenburg, am 9. Dezember
Becker, Roland, aus Schakendorf, Kreis Elchniederung, am 6. Dezember

Auch im Internet: »Glückwünsche und Heimatarbeit«

Henke, Hildegard, geb. **Person**, aus Eichhagen, Kreis Ebenrode, am 11. Dezember
Hinz, Christel, geb. **Daduna**, aus Borschimmen, Kreis Lyck, am 11. Dezember
Jorkowski, Herbert, aus Moddelkau, Kreis Neidenburg, am 5. Dezember
Junginger, Christel, geb. **Nowitzki**, aus Lyck, am 11. Dezember
Kamann, Alfred, aus Gerhardsweide, Kreis Elchniederung, am 8. Dezember
Kawlath, Eleonore, geb. **Diesing**, aus Widminnen, Kreis Lötzen, am 8. Dezember
Knabe, Erika, geb. **Schulz**, aus Neuendorf, Kreis Lyck, am 10. Dezember
Kummetz, Egon, aus Kreuzingen, Kreis Elchniederung, am 10. Dezember
Kutz, Bruno, aus Lisken, Kreis Lyck, am 10. Dezember
Moehrke, Karl-Heinz, aus Lyck, am 5. Dezember
Peper, Kurt, aus Sarkau, Kreis Samland, am 6. Dezember
Platzek, Helmut, aus Altkirchen, Kreis Ortelsburg, am 6. Dezember
Riehn, Marta, aus Wallendorf, Kreis Neidenburg, am 5. Dezember
Ringewaldt, Gertrud, aus Upalten, Kreis Lötzen, am 1. Dezember
Schmidt, Christel, geb. **Wittkowski**, aus Neidenburg, am 7. Dezember

Erfolg für Wilhelm v. Gottberg – Für eine fünfte Wahlperiode wurde der Altsprecher der LO als Bürgermeister der Gemeinde Schnega wiedergewählt. Weil er der Politik seiner Partei nicht mehr folgen konnte und wollte, war v. Gottberg nach 40 Jahren Parteimitgliedschaft aus der CDU ausgetreten und hatte erstmals als Parteiloser für das Amt des Bürgermeisters kandidiert. Mit überwältigendem Ergebnis: Er erhielt im Gemeinderat nur eine Gegenstimme!

ZUM 80. GEBURTSTAG

Achenbach, Horst, aus Rauschen, Kreis Samland, am 9. Dezember
Baden, Ida, geb. **Bendzko**, aus Steintal, Kreis Lötzen, am 2. Dezember
Ballandat, Frieda, aus Rogallen, Kreis Lyck, am 7. Dezember
Bludau, Gisela, aus Heiligenbeil, am 6. Dezember
Breßlein, Helmut, aus Tutschen, Kreis Ebenrode, am 7. Dezember
Brock, Horst, aus Schalensee, Kreis Lötzen, am 8. Dezember
Bürger, Günter, aus Stallupönen, Kreis Ebenrode, am 29. November
Galler, Eitel, aus Kuckerneese, Kreis Elchniederung, am 10. Dezember
Hantel, Alfons, aus Preußisch Holland, am 6. Dezember
Heckes, Else, geb. **Möglich**, aus Gollen, Kreis Lyck, am 5. Dezember
Heinrich, Erika, aus Zehnhausen, Kreis Rößel, am 9. Dezember
Kaulbach, Dora, geb. **Bartel**, aus Neukirch, Kreis Elchniederung, am 9. Dezember
Klimmek, Waldemar, aus Neidenburg, am 8. Dezember
Klingenberg, Margarete, geb. **Klosta**, aus Fröhlichshof, Kreis Ortelsburg, am 8. Dezember
Kondratzki, Otto, aus Steinau, Kreis Neidenburg, am 7. Dezember
Liebegut, Ruth, aus Altenfließ, Kirchspiel Kattenau, Kreis Ebenrode, am 7. Dezember
Polley, Ella, geb. **Stahlhut**, aus Deumenrode, Kreis Lyck, am 8. Dezember
Posdziech, Gerhard, aus Karolinenhof, Kreis Ortelsburg, am 6. Dezember
Royla, Werner, aus Kielen, Kreis Lyck, am 8. Dezember
Ruchotzki, Alfred, aus Weßlienen, Kreis Heiligenbeil, am 9. Dezember
Schupetta, Otto, aus Samplatten, Kreis Ortelsburg, am 10. Dezember
Staschull, Klaus, aus Kuckerneese, Kreis Elchniederung, am 9. Dezember
Szillies, Egon, aus Kleinerlenrode, Kreis Elchniederung, am 11. Dezember
Westphal, Hans-Joachim, aus Adelau, Kreis Elchniederung, am 7. Dezember
Willebrand, Irmgard, geb. **Meiser**, aus Groß Trakehnen, Kirchspiel Rodebach, Kreis Ebenrode, am 5. Dezember
Wolff, Lothar, aus Karkeln, Kreis Elchniederung, am 5. Dezember
Wydra, Gertrud, geb. **Chlebowitz**, aus Trossen, Kreis Lötzen, am 8. Dezember
Zielasko, Siegfried, aus Lindenfließ, Kreis Lyck, am 6. Dezember

Historische Ausstellung in Berlin

In der Botschaft der Republik Litauen in Berlin wurde die historische Ausstellung „Von einem ‚Randstaat' bis zum Partner in der Europäischen Union: das letzte Jahrhundert der litauisch-deutschen Beziehungen“ eröffnet. Sie kennzeichnet das 20. Jubiläum der Wiederaufnahme der diplomatischen Beziehungen zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Republik Litauen.

Im Mittelpunkt der Ausstellung stehen die litauisch-deutschen Beziehungen vom Anfang des letzten Jahrhunderts bis heute. Anhand der Dokumente und historischer Fotografien wird die gemeinsame Geschichte beider Länder erzählt: die Unabhängigkeitsbestrebungen des litauischen Volkes unter deutscher Besatzung, die Normalisierung der bilateralen Beziehungen, das Deutschlandbild in Litauen und das Litauenbild in Deutschland in der Zwischenkriegszeit sowie die Frage des Memelgebietes. Auch die Pläne des Naziregimes in besetzten baltischen Staaten und die Grausamkeiten des Zweiten Weltkriegs wie der Holocaust, Zwangsarbeit, Vertreibung und Flüchtlingsströme werden in der Ausstellung thematisiert.

Die diplomatischen Beziehungen zwischen der Republik Litauen und der Bundesrepublik Deutschland wurden am 28. August 1991 wiederaufgenommen. *Froese*

TERMINE DER LO

Jahr 2012

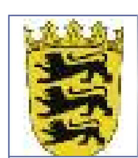
10. bis 11. März: Arbeitstagung der Kreisvertreter im Ostheim in Bad Pyrmont
13. bis 15. April: Arbeitstagung der Deutschen Vereine in Lüneburg
20. bis 22. April: Kulturseminar im Ostheim in Bad Pyrmont
25. bis 28. Mai: Musikseminar im Ostheim in Bad Pyrmont
16. Juni: Ostpreußisches Sommerfest, voraussichtlich in Allenstein
23. bis 25. September: Geschichtsseminar im Ostheim in Bad Pyrmont
8. bis 14. Oktober: 58. Werkwoche im Ostheim in Bad Pyrmont
26. bis 28. Oktober: Schriftleiterseminar im Ostheim in Bad Pyrmont
5. bis 9. November: Kulturhistorisches Seminar im Ostheim in Bad Pyrmont

Auskünfte bei der Bundesgeschäftsstelle der Landsmannschaft Ostpreußen, Buchtstraße 4, 22087 Hamburg, Telefon (040) 4140080.

HÖRFUNK & FERNSEHEN

SONNABEND, 3. Dezember, 14 Uhr, 3sat: Geheimnisvolle Orte. Klein-Moskau in Karlshorst. Dokumentation.
SONNABEND, 3. Dezember, 18 Uhr, Eins Extra: Der KGB-Dissident. Dokumentation.
SONNABEND, 3. Dezember, 20.15 Uhr, NDR: Ohnsorg-Theater: Lustfahrt ins Paradies.
SONNABEND, 3. Dezember, 20.15 Uhr, Phoenix: Das Ende des Politbüros.
SONNABEND, 3. Dezember, 21 Uhr, ZDF Info: Hitlers Kinder.
SONNTAG, 4. Dezember, 9.20 Uhr, WDR 5: Alte und Neue Heimat.
SONNTAG, 4. Dezember, 18.30 Uhr, Eins Extra: Wohin steuert Russland?
SONNTAG, 4. Dezember, 23.15 Uhr, Phoenix: An einem Tag in Kunduz. Dokumentation.
MONTAG, 5. Dezember, 20.15 Uhr, ZDF Info: Die Schönen des Ostens: Odessa.
MONTAG, 5. Dezember, 21 Uhr, RBB: Stille Gewalt. Schülermobbing im Internet.
MONTAG, 5. Dezember, 23.30 Uhr, ARD: Atombomben aus dem Erzgebirge.
DIENSTAG, 6. Dezember, 16.15 Uhr, 3sat: Berühmte Klöster in Europa, Afrika und Asien.
DIENSTAG, 6. Dezember, 20.15 Uhr, ZDF: Geheimnisse des „Dritten Reichs“: Speers Täuschung.
DIENSTAG, 6. Dezember, 22.25 Uhr, 3sat: Das Dorf der vergessenen Kinder. Dokumentation.
MITTWOCH, 7. Dezember, 22.45 Uhr, ZDF: Unsichtbare Gefahr? Nanotechnologie im Alltag.
DONNERSTAG, 8. Dezember, 14.45 Uhr, Arte: Maria, Mutter Christi. Dokumentation.
DONNERSTAG, 8. Dezember, 18 Uhr, Phoenix: Helden der Sowjetunion. Reportage.
DONNERSTAG, 8. Dezember, 20.15 Uhr, 3sat: Das unsichtbare Netz.
FREITAG, 9. Dezember, 12 Uhr, 3sat: Kirche, Karma und Konsum.
FREITAG, 9. Dezember, 17.45 Uhr, 3sat: Das Geheimnis von Pearl Harbor. Geschichtsmagazin.

Landsmannschaftliche Arbeit Landesgruppen



BADEN-WÜRTTEMBERG

Vors.: Uta Lüttich, Feuerbacher Weg 108, 70192 Stuttgart, Telefon und Fax (0711) 854093, Geschäftsstelle: Haus der Heimat, Schloßstraße 92, 70176 Stuttgart, Tel. und Fax (0711) 6336980.

Ludwigsburg – Donnerstag, 15. Dezember, 15 Uhr, „Krauthof“, Beihinger Straße 27: Weihnachtsfeier. Weitere Informationen bei Horst Glombowski, Telefon (07062) 93 02 91.

Pforzheim-Enzkreis – Sonntag, 11. Dezember, 14:30 Uhr, Evangelisches Gemeindehaus Eutingen, Friedrich-Neuert-Straße 32: **Weihnachtliches Heimattreffen** für alle Mitglieder und die an der Heimat Ost- und Westpreußen Interessierten. Nach dem Kaffeetrinken wird ein unterhaltsames Programm geboten, das durch die Singgruppe „Elchschaufel“ (Weihnachtslieder) und die Herren Demski (Klavier) und Weißflog (Mundharmonika) umrahmt wird. Die Anwesenden werden gemeinsam ostpreußische Volkslieder singen und Gedichte und Geschichten hören. Ein Videofilm über Danzig und Umgebung wird gezeigt. Eine weihnachtliche Tombola wird angeboten.

Reutlingen – Sonnabend, 10. Dezember, 14 Uhr, Treffpunkt für Ältere, Gustav-Werner-Straße 6: **Weihnachtsfeier.** Der Posaunenchor Wannweil wird mit weihnachtlichen Weisen festlich einstimmen. Frau Zaiss führt mit ihren Vorträgen zurück in die unvergessene Heimat. Gemeinsames Weihnachtsliedersingen. Mit einer kleinen Überraschung möchte der Vorstand alle Landsleute und Gäste erfreuen. – Donnerstag, 15. Dezember, 14 Uhr, Café Sommer, Wilhelmstraße: Weihnachtsfeier der Frauengruppe. Bitte ein Päckchen für den Grabbelsack mitbringen!

Stuttgart – Sonnabend, 17. Dezember, 14:30 Uhr, Haus der Heimat, großer Saal: **Weihnachtsfeier der Westpreußen.** – Dienstag, 20. Dezember, 14:30 Uhr, Haus der Heimat, kleiner Saal: Weihnachtsfeier mit „Grabbelsack“ der Frauengruppe mit Frau Lüttich.

Wendlingen – Sonntag, 11. Dezember, 14:30 Uhr, Saal des Gasthauses „Zum Lamm“, Kirchheimerstraße 26: **Vorweihnachtliche Feier.** Mit einer Kaffeetafel und heimatlichem Gebäck wird begonnen. Es folgen Worte zur Weihnachtszeit mit Singen und Musizieren. Gesellig wird der Nachmittag zu Ende gehen. Gäste sind herzlich willkommen.



BAYERN

Vorsitzender: Friedrich-Wilhelm Böld, Telefon (0821) 517826, Fax (0821) 3451425, Heilig-Grab-Gasse 3, 86150 Augsburg, E-Mail: info@low-bayern.de, Internet: www.low-bayern.de.

Ansbach – Sonnabend, 17. Dezember, 15 Uhr, Orangerie: **Adventsfeier** mit Liedern, Musik, Gedichten und Geschichten zur Einstimmung auf das Weihnachtsfest.

Bamberg – Mittwoch, 21. Dezember, 15 Uhr, Gaststätte Tambosi, Promenade: **Weihnachtsfeier.**

Ingolstadt – Sonntag, 18. Dezember, 13 Uhr, Gasthaus „Bonschab“, Münchner Straße 8: **Adventfeier.**

Kitzingen – Freitag, 16. Dezember, 14:30 Uhr, Gasthof „Deutscher Kaiser“: **Vorweihnachtliche Feier**. Einladung zu besinnlichen Stunden mit Gedichten, Geschichten und weihnachtlichen Weisen.

Landshut – Dienstag, 20. Dezember, 14 Uhr, Wintergarten der „Insel“: **Weihnachtsfeier** mit Ehrungen.



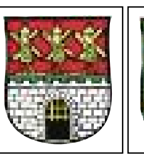
München – Freitag, 9. Dezember, 14 Uhr, Zirbelstube im Bürgerhaus Karlsfeld: Die Gruppe München-Karlsfeld lädt zur **Weihnachtsfeier** ein. Es spielt die Kapelle Hannelore & Siegfried Beethke. Bei Nachfragen Telefon (089) 31 34 738.

Ulm/Neu-Ulm – Sonntag, 18. Dezember, 14 Uhr, Ulmer Stuben: **Weihnachtsfeier der Ost- und Westpreußen.** Es werden weihnachtliche Gedichte und Texte vorgetragen, der Chor Alexander Diehl tritt auf. Jeder Gast erhält eine kleine weihnachtliche Leckerei. – Der BdV wirkt nicht mehr bei „Ulmer helft“ mit. Daher werden den Königsberger Marzipan und Lebkuchen nur in geringen Mengen vorbereitet. Bestellungen werden entgegengenommen.

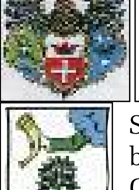
Weißenburg-Gunzenhausen – Sonntag, 18. Dezember, 16 Uhr, Gasthaus „Engel-Stuben“, Nürnberger Straße, Gunzenhausen: **Weihnachtsnachmittag** mit Kaffee und Kuchen, Gedichten und Geschichten aus dem Nordosten Deutschlands.

BERLIN

Vorsitzender: Rüdiger Jakesch, Geschäftsstelle: Forckenbeckstraße 1, 14199, Berlin, Telefon (030) 2547345, E-Mail: info@bdv-bln.de, Internet: www.ostpreussen-berlin.de. Geschäftszeit: Donnerstag von 14 Uhr bis 16 Uhr Außerhalb der Geschäftszeit: Marianne Becker, Telefon (030) 7712354.




Pillkallen / Schlossberg / Ebenrode – Dienstag, 6. Dezember, 13.30 Uhr, Haus des Älteren Bürgers, Werbellinstraße 42, 12053 Berlin: Heimattreffen. Anfragen für Pillkallen/Schlossberg und Stallupönen/Ebenrode bei Frau Rieck, Telefon (030) 6596822 oder Herrn Kropp, Telefon (030) 3312590.



Königsberg / Samland / Labiau – Sonntag, 18. Dezember, 14 Uhr, Johann-Georg-Stuben: Heimattreffen. Auskunft erteilt Prof. Wolfgang Schulz, Telefon (030) 2515995.

Advents- und Weihnachtsberichte – Überall kommen dieser Tage unsere Leser zusammen, um gemeinsam die traditionellen vorweihnachtlichen Feiern zu begehen. Leider ist es uns auch in diesem Jahr nicht möglich, Beiträge zu veröffentlichen. Wir bitten unsere Mitarbeiter und unsere Leser dafür um Verständnis.

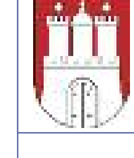
Alle auf den Seiten »Glückwünsche« und »Heimatarbeit« abgedruckten Berichte und Terminankündigungen werden auch ins Internet gestellt. Eine Zusendung entspricht somit auch einer Einverständniserklärung!



BREMEN

Vorsitzender: Helmut Gutzeit, Telefon (0421) 25 09 29, Fax (0421) 25 01 88, Hodenberger Straße 39 b, 28355 Bremen. Geschäftsführer: Günter Högemann, Am Heidberg 32, 28865 Lilienthal Telefon (04298) 3712, Fax (04298) 4682 22, E-Mail: g.hoegemann@t-online.de

Bremerhaven – Freitag, 9. Dezember, 14.30 Uhr, Ernst-Barlach-Haus, Holzhafen: **Adventsfeier.** Anmeldungen unter Telefon (0471) 86176.



HAMBURG

Erster Vorsitzender: Hartmut Klingbeutel, Kippingstr. 13, 20144 Hamburg, Tel.: (040) 444993, Mobiltelefon (0170) 3102815. 2. Vorsitzender: Hans Günter Schattling, Helgolandstr. 27, 22846 Norderstedt, Telefon (040) 5224379.

LANDESGRUPPE

Referat Kultur – Sonnabend, 10. Dezember, 14 bis 17 Uhr, Restaurant Rosengarten, Alsterdorfer Straße 562: **„Adventsfeier der Landesgruppe“.** Die Veranstaltung beginnt mit der Begrüßung durch den Vorsitzenden Hartmut Klingbeutel und gemeinsamem Singen des Heimatlieds „Land der dunklen Wälder“ unter Mitwirkung des Ostpreußenchores. Anschließend wird der Chor mit seiner Dirigentin Hanna Guzinski die Teilnehmer weihnachtlich einstimmen. Nach der Kaffeepause gegen 15 Uhr beginnt dann ein heimatliches buntes Programm. Es werden Gedichte und Geschichten vorgetragen im Wechsel mit gemeinsamen Singen. Moderation und Leitung der Veranstaltung: Kulturreferent Siegfried Grawitter, Telefon (040) 20 57 84. Saaleinlass ist bereits um 13 Uhr. Das Restaurant Rosengarten ist über S- und U-Bahnstation Ohlsdorf zu erreichen. Von dort sind es noch fünf Minuten Fußweg.

BEZIRKSGRUPPE

Hamburg/Billstedt – Die Gruppe trifft sich jeden ersten Dienstag im Monat um 14:30 Uhr im Vereinshaus Billstedt-Horn, Möllner Landstraße 197, 22117 Hamburg (Nähe U-Bahn-Station Steinfurter Allee). Gäste sind willkommen. Informationen bei Anneliese Papiz, Telefon (040) 739 26 017.

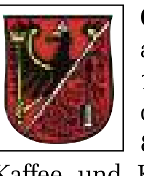
Hamburg/Harburg – Sonntag, 11. Dezember, 10 Uhr, St. Johannis-Kirche, Bremerstraße 9: **Ostpreußischer Heimatgottesdienst.** Probst Pollmann und Pastor Ludwig Fetingis aus Bliaiai, Litauen, werden predigen. Im Anschluss lädt die Gruppe zum Gespräch im Gemeindesaal bei Kaffee und Gebäck ein. Verwandte, Freunde und Interessierte sind herzlich eingeladen. Die Kirche ist mit der S-Bahn, Linien S 3 und S 31, Station Harburg Rathaus zu erreichen. Von dort sind es noch 10 Minuten Fußweg. PKW-Stellplätze sind bei der Kirche vorhanden.

Hamburg/Wilhelmsburg – Montag, 12. Dezember, 15 Uhr, Gasthaus „Waldquelle“, Höpenstraße 88, 21217 Seevetal (Mekkelfeld), Zufahrt mit Buslinie 443 bis Haltestelle „Waldquelle“: Heimatnachmittag und vorweihnachtliche Feier unter Mitwirkung des Ostpreußenchores Hamburg.

FRAUENGRUPPE

Hamburg/Bergedorf – Mittwoch, 7. Dezember, 15 Uhr, Haus des Begleiters, Ludwig-Rosenberg-Ring 47, Bergedorf: Adventsfeier mit selbstgebackenem Kuchen und Winterliches, Weihnachtliches, Wundersames und Geschichten.

KREISGRUPPE



Gumbinnen – Sonnabend, 3. Dezember, 14 bis 17 Uhr, Haus der Heimat, Teilfeld 8: **Adventfeier.** Bei Kaffee und Kuchen werden die Teilnehmer gemeinsam Weihnachtslieder singen. Herr Schiedat wird über Dichtung und Geschichten der Toni Schawaller, Heimatdichterin aus Gumbinnen, berichten. Das Haus der Heimat ist zu erreichen mit der S-Bahn bis Stadthausbrücke oder mit der U-Bahn bis Rödingsmarkt, danach noch rund 6 Minuten Fußweg in Blickrichtung Michaeliskirche. Rückfragen bei Edelgard Gassewitz, Telefon (040) 58 95 10 60.

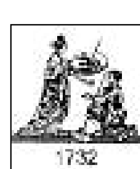


Insterburg – Mittwoch, 7. Dezember, 12 Uhr, Hotel zum Zeppelin, Frohmestraße 123, 22459 Hamburg: Monatstreffen der Insterburger Heimatgruppe. Einstimmung mit weihnachtlichen Liedern und Gedichten auf das bevorstehende Weihnachtsfest. Rückfragen bei Manfred Samel, Telefon/Fax (040) 587585, manfred-samel@hamburg.de



Sensburg – Sonntag, 11. Dezember, 14 Uhr, Polizeisportheim, Sternschanze 4, 20357 Hamburg: Adventsfeier. Anmeldung bis zum 3. Dezember bei Kurt Budszuhn, Telefon (04101) 72767.

SALZBURGER VEREIN



Landesgruppe Hamburg / Schleswig-Holstein / Nordniedersachsen – Sonnabend, 3. Dezember, 13 Uhr, Hotel „St. Raphael“, Adenauerallee 41: **Advent-Treffen.** Die Gruppe lädt herzlich zu folgendem Programm ein: Aktivitäten des Salzburger Vereins 2011 – Jahresrückblick, Ostpreußische Texte und Lieder in der Vorweihnacht. Mitglieder des SV und Gäste sind herzlich willkommen.



HESSEN

stellvertr. Vorsitzende: Waltraud von Schaewen-Scheffler, Wegmannstr. 1C, 34128 Kassel, Telefon (0561) 88 73 42.

Darmstadt – Gerhard Schröder konnte im Kranichsteiner Bürgerhaus am See Dieter Schetat, den Vorsitzenden der Wiesbadener LOW, Siegfried Kugies sowie Reinhard Kröhnert und Erhard Plewa begrüßen, die anlässlich ihres Geburtstages die Kosten für die Kaffeetafel übernommen hatten. Waltraud Barth dankte er für die Ausschmückung des Saales mit Blumen und das äußerst günstige Angebot von Walnüssen. – Stehend gedachte man in einer Schweigeminute Dietmar Strauß, des Landesvorsitzenden der LOW, der überraschend mit 73 Jahren gestorben war. Schröder verkündete, dass in der ostpreußischen Landesvertretung in Bad Pyrmont Ulrich Bonk zum neuen Vorsitzenden der Landsmannschaft Westpreußen gewählt wurde. Er erinnerte daran, dass 1656 im Vertrag von Labiau durch den schwedischen König Karl X. Gustaf Kurbrandenburg die volle Souveränität über das Herzogtum Preußen und das Fürstentum Ermland zugesichert wurde. Die

Landsmannschaftl. Arbeit
Fortsetzung auf Seite 17

Landsmannschaftl. Arbeit
Fortsetzung von Seite 16

Arbeitsgemeinschaft der Memellandkreise habe ihr Archiv als Dauerleihgabe an die Bibliothek der Stadt Memel übergeben. Das Deutsch-Russische Forum hat in einem Festakt in Elbing das 30-jährige Bestehen der ostpreußischen Kulturstiftung gefeiert. – Dieter Leitner sprach nach seiner Begrüßung zur Geschichte von Volkstrauertag und Totensonntag. Der Volkstrauertag hatte als Heldengedenktag im Dritten Reich einen Vorgänger und wurde mit verlogenen Phrasen und Aufmärschen verbrämt. Heute ist der 1952 in der Bundesrepublik offiziell eingeführte Volkstrauertag ein nationaler Trauertag zum Gedenken an die Opfer der Weltkriege und des Nationalsozialismus. Auch die Gruppe gedenkt an diesem Tag ihrer Toten, die bei Flucht und Vertreibung umgekommen sind. Am Ewigkeits- oder Totensonntag gedenken die evangelischen Christen der Verstorbenen. 1816 führte ihn König Friedrich Wilhelm III. in Preußen in Erinnerung an die Opfer der Befreiungskriege als „Feiertag zum Gedächtnis der Entschlafenen“ ein. Es wurde später von den anderen Landeskirchen übernommen. – Gerhard Turowski zitierte das Lied „Wach auf, wach auf, du deutsches Land ...“ und erinnerte an die doppelte geistliche und politische Bedeutung. Da Anni Oest verreist war, grüßte Ruth Rescheleit alle, die Geburtstag hatten, mit dem Gedicht „Oktoberlied“ von Theodor Storm. Siegfried Kugies hatte in Rothenburg an der Wümme für sein Buch „Der preußische Eisenbahner und die Amerikaner“ den Angerburger Kulturpreis erhalten. Die Besucher waren von seinem Bildervortrag jedoch enttäuscht, da er nur Familien- und Gruppenfotos mit Namen zeigte, die niemand kannte.

Darmstadt-Dieburg – Sonnabend, 10. Dezember, 15 Uhr, Luise-Büchner-Haus, Neu-Kranichstein, Grundstraße 10: **Vorweihnachtliche Feier** nach der Kaffeetafel, bei der frohe und besinnliche Stunden verlebt werden sollen. Wie alljährlich wird gesungen und musiziert. Auch Gedichte und kleine Geschichten werden zu Gehör gebracht. Die Gruppe freut sich über jeden, der hierzu etwas beitragen kann.

Kassel – Sonntag, 11. Dezember, 15 Uhr, Restaurant Alt Süsterfeld, Eifelweg: **Advents- und Vorweihnachtsfeier** mit Dorothea Deyß und ihren Sängern sowie Pfarrer i. R. Scherlies.

Wiesbaden – Sonnabend, 17. Dezember, 15 Uhr, Haus der Heimat, Großer Saal: **Vorweihnachtliche Feier.** Die Gruppe erwartet Kaffee und Kuchen, Königsberger Marzipan, Kerzenschein, ein besinnliches Programm und nette Menschen. Mit Geschichten, Gedichten, Gesang, Flötenspiel und einer Ansprache von Pfarrer Holger Saal will sich die Gruppe auf das Weihnachtsfest einstimmen. Erfreulicherweise finden die vorweihnachtlichen Feiern nach wie vor großen Zuspruch, sodass Tische und Stühle meist nicht ausreichen. Da der Nachmittag in erster Linie für die Mitglieder sowie deren Angehörige und Lebensgefährten gedacht ist und Platzmangel vermieden werden soll, bitte ausnahmsweise keine zusätzlichen Gäste und Freunde mitbringen. Auch von Platzreservierungen bittet man abzusehen. Natürlich freut sich die Gruppe über Geldspenden zur Kostendeckung der Feier! – Frauengruppe: Dienstag, 13. Dezember, 15 Uhr, Haus der Heimat, Wappensaal: Weihnachtsfeier.



NIEDERSACHSEN

Vorsitzende: Dr. Barbara Loeffke, Alter Hessenweg 13, 21335 Lüneburg, Telefon (04131) 42684. Schriftführer und Schatzmeister: Gerhard Schulz, Bahnhofstraße 30b, 31275 Lehrte, Telefon (05132) 4920. Bezirksgruppe Lüneburg: Manfred Kirrinnis, Wittinger Straße 122, 29223 Celle, Telefon (05141) 931770. Bezirksgruppe Braunschweig: Fritz Folger, Sommerlust 26, 38118 Braunschweig, Telefon (0531) 2 509377. Bezirksgruppe Weser-Ems: Otto v. Below, Neuen Kamp 22, 49584 Fürstenau, Telefon (05901) 2968.

Bad Bevensen – Sonnabend, 17. Dezember, 14:30 Uhr, Kurhaus: **Weihnachtsfeier.** Umrahmt wird die Feier durch den „Ilmenau-Chor Bienenbüttel“, wobei die Weihnachtsgeschichte, Advents- und Weihnachtslieder, ostpreußische Gedichte und Geschichten sowie Kaffee und Kuchen den Nachmittag abrunden werden. Gäste sind herzlich willkommen.

Buxtehude – Freitag, 9. bis Sonnabend, 10. Dezember: Weihnachtsmarkt auf dem Buxtehuder Petriplatz mit der Ostpreußenhütte.

Hildesheim – Donnerstag, 8. Dezember, 15 Uhr, Ratskeller: **Adventsfeier.** Wie in den Jahren zuvor wird Herr Markert mit dem Posaunenchor diese Adventsfeier in gewohnt feierlicher Weise mitgestalten.

Osnabrück – Freitag, 16. Dezember, 15 Uhr, Gaststätte „Bürgerbräu“, Blumenhaller Weg 43: Treffen der Frauengruppe. – Dienstag, 20. Dezember, 16:45 Uhr, Hotel „Ibis“, Blumenhaller Weg 152: Kegeln.

Prussia

Der Vorstand der PRUSSIA, Gesellschaft für Heimatkunde Ost- und Westpreußens e. V., lädt für Sonnabend, 3. Dezember, zu einer Vortragsveranstaltung im „Museum Stadt Königsberg“ in Duisburg, Karmelplatz 5, ein.
Dabei besteht die Gelegenheit, das „Museum Stadt Königsberg“ mit seiner Dauerausstellung „Königsberg – Geschichte und Kultur einer europäischen Metropole“ sowie die gegenwärtige Wechselausstellung „Krönungen in Königsberg – 1701 und 1861“ zu besichtigen. Ab 11 Uhr wird Dr. Manfred Rüthlein (Rendsburg) zum Thema „Geschichte und Entwicklung des Deutschen Ordens“ referieren. Um 14 Uhr wird Dr. Walter T. Rix (Lindhöft) über den „Wiederaufbau Königsbergs – Betonplatten, Glaspaläste oder Phönix aus der Asche“ sprechen. Der zunächst angekündigte Vortrag von Prof. Oskar G. Blarr wird im März folgen.

Rinteln – Donnerstag, 8. Dezember, 15 Uhr, Hotel Stadt Kassel, Klosterstraße 42: Treffen der Gruppe. Bei dieser Veranstaltung geht es hauptsächlich um die Vorbereitung der im kommenden Monat stattfindenden **Jahreshauptversammlung.** Informationen zu den regelmäßig stattfindenden Treffen und zur landsmannschaftlichen Arbeit in Rinteln gibt es bei Ralf-Peter Wunderlich, Telefon (05751) 30 71 oder Joachim Rebuschat, Telefon (05751) 53 86. – **Reise nach Ostpreußen** – Für Mai 2012 ist eine zehntägige Busreise mit Professor Heinz Schürmann und Joachim Rebuschat geplant: Königsberger Provinz – Entdeckungen und Begegnungen abseits touristischer Hauptrouten. Kleine Städte, vergessene Dörfer, alte Gutshöfe, verfallene und erneuerte Kirchen, lauschige Alleen und Spurensuche in der historischen Landschaft der „dunklen Wälder“ sind Ziele dieser außergewöhnlichen Reise ins nördliche Ostpreußen: Rauschen, Gilge / Kurisches Haff, Pobethen, Pillau / Frisches Haff, Königsberg, Insterburg, Gumbinnen, Parnehnen, Tapiau, Friedland, Gerdauen, Breitenstein / Kraupischken, Ragnit, Tilsit, Trakehnen, Rominter Heide, Tollmingen / Tollmingkehmen. Weitere Informationen bei Joachim Rebuschat, Telefon (05751) 53 86.



NORDRHEIN-WESTFALEN

Vorsitzender: Jürgen Zauner, Geschäftsstelle: Werstener Dorfstr. 187, 40591 Düsseldorf, Tel. (02 11) 39 57 63. Postanschrift: Buchenring 21, 59929 Brilon, Tel. (02964) 1037, Fax (02964) 945459, E-Mail: Geschaeft@Ostpreussen-NRW.de, Internet: www.Ostpreussen-NRW.de

Bonn – Sonntag, 4. Dezember, 15.30 Uhr, Haus am Rhein, Elsa-Brändström-Straße 74: **Adventliche Stunde** in der Landsmannschaft Ostpreußen, mit Kaffeetrinken, gemeinsamem Singen, dem Besuch des Weihnachtsmannes, kurz: mit Besinnlichkeit und Gemütlichkeit. Gäste sind herzlich willkommen.

Bonn-Bad Godesberg – Sonntag, 4. Dezember, 15 Uhr, Stadthalle Bad Godesberg, Parksaal: **Adventsfeier.** Die Gruppe beginnt – wie immer – mit dem gemeinsamen Kaffeetrinken von 15 bis 16 Uhr; anschließend ab 16 Uhr ist ein kleines festliches Programm vorbereitet. Auch zu dieser Veranstaltung sind Gäste stets herzlich willkommen! Der Eintritt ist frei! Der Geistliche, Diakon Rolf Meier aus Rheinbach, wird die kleine Festansprache halten. Rolf Oettgen wird – so, wie es in unserer Heimat üblich war – den Advent „einblasen“ und auch mit Weihnachtsliedern den Nachmittag begleiten; Karlheinz Stang wird ihn dabei unterstützen. –Mittwoch, 7. Dezember, 13 Uhr, Stadthalle, Erkerzimmer: Treffen der Frauengruppe. St. Nikolaus kommt vorbei. – Mittwoch, 21. Dezember, 17:30 Uhr, Stadthalle, Erkerzimmer: Stammtisch. – In eigener Sache: Der Vorstand braucht dringend Hilfe! Bitte, melden Sie sich, wenn Sie uns unterstützen wollen. Ein „fröhlicher Haufen“ erwartet Sie, der gerne neue Ideen und Anregungen aufgreift. Wir würden uns über Ihre Meldung freuen!

Dortmund – Montag, 19. Dezember, 14:30 Uhr, Ostdeutsche Heimatstuben, Landgrafenschule, Ecke Märkische Straße: Treffen der Gruppe zur **Weihnachtsfeier.**

Düren – Montag, 12. Dezember, 14.30 Uhr, Haus des deutschen Ostens, Holzstraße 7A: Treffen der Gruppe.

Düsseldorf – Mittwoch, 7. Dezember, 15 Uhr, GHH, Raum 311: Ostdeutsche Stickerei unter Leitung von Helga Lehmann und Christel Knackstädt. – Donnerstag, 8. Dezember, 19:30 Uhr, GHH, Raum 312 oder 412: Offenes Singen unter Leitung von Barbara Schoch. – Freitag, 9. Dezember, 18 Uhr, Restaurant Lauren's, Bismarckstraße 62: Treffen der Gruppe. – Sonnabend, 10. Dezember, 15 Uhr, GHH/Eichendorffsaal: Adventsfeier der Memelland-Gruppe. – Sonnabend, 10. Dezember, 18 Uhr, Herz-Jesu-Kirche, Roßstraße 75 (schräg gegenüber Finanzamt Nord): **Adventsgottesdienst** für alle Landsmannschaften mit der Düsseldorfer Chorgemeinschaft Ostpreußen-Westpreußen-Sudetenland. Nach dem Gottesdienst stehen Imbiss- und Getränkestände im Kirchenbereich zur Verfügung. Ab 19.30 Uhr: Bläsermusik vom Kirchturm, anschließend gemütliches Beisammensein im nahegelegenen Restaurant „Pasta & Basta“. – Donnerstag, 15. Dezember, 19 Uhr, Volkshochschule Düsseldorf, Bertha-von-Suttner-Platz 1, Saal: Vortrag von Prof. Dr. Margareta Mommsen – „Russland erneut an einem Scheideweg? Die Machtkämpfe vor den Parlaments- und Präsidentschaftswahlen“. – Sonnabend, 17. Dezember, 15 Uhr, GHH / Eichendorffsaal: **Weihnachtsfeier** der Ostpreußen.

Ennepetal – Sonntag, 11. Dezember, 15 Uhr, „Rosine“: **Weihnachtsfeier der Ostpreußen.** – Donnerstag, 15. Dezember, 18 Uhr, Heimatstube: Monatsversammlung mit Gulaschsuppe, belegten Broten, Kaffee und Kuchen. Es wird um rege Teilnahme gebeten. Gäste sind herzlich willkommen.

Essen – Freitag, 9. Dezember, 15 Uhr, „Gastronomie St. Elisabeth“, Dollendorfstraße 51: **Advents- und Weihnachtsfeier.**

Gütersloh – Sonntag, 11. Dezember, 15 Uhr, Gaststätte Appelbaum, Neuenkirchener Straße 59: **Weihnachtsfeier.** Nichtmitglieder und Gäste sind herzlich willkommen! Der Nikolaus kommt auch. Für Kinder bis 10 Jahren gibt es Päckchen. Für die Planung und Reservierung ist eine Anmeldung bei den Mitgliederbetreuern erwünscht. – Jeden Montag, 15 bis 17 Uhr, Elly-Heuss-Knapp-Schule, Moltkestraße 13, 33330 Gütersloh: Ostpreußischer Singkreis. Kontakt und Informationen bei Ursula Witt, Telefon (05241) 37343.

Lüdenscheid – Mittwoch, 7. Dezember, 14 Uhr, Haus der Vereine, Sauerfelderstraße 27: **Advents- und Weihnachtsfeier der Frauengruppe.** – Sonnabend, 10. Dezember, 15 Uhr, Gemeindezentrum der Erlöserkirche, Kirchplatz 11: **Weihnachtsfeier** der Landsmannschaft.

Mülheim a. d. Ruhr – Dienstag, 13. Dezember, 15 Uhr, Handelshof: **Vorweihnachtsfeier** mit Geschichten und Liedern zur Weihnachtszeit.

Viersen-Dülken – Sonnabend, 3. Dezember, 14:30 Uhr, „Dülkener Hof“, Lange Straße 54: **Weihnachtsfeier.** Für Kaffee und Kuchen wird gesorgt (4 Euro pro Gedeck). Ein geistliches Wort zur Weihnachtszeit wird Pfarrer i. R. Roland Tendyck an die Teilnehmer richten. Gäste sind herzlich willkommen!

Wesel – Sonntag, 11. Dezember, 15 Uhr, Heimatstube: **Weihnachtsfeier.** Bitte bis zum 3. Dezember anmelden bei Paul Sobotta, Telefon (0281) 45657 oder bei Ursula Paehr, Telefon (0281) 163 72 30.

Witten – Montag, 19. Dezember, 15 Uhr: **Weihnachtsfeier.**



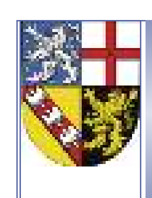
RHEINLAND-PFALZ

Vors.: Dr. Wolfgang Thüne, Wormser Straße 22, 55276 Oppenheim.

Ludwigshafen – Sonntag, 11. Dezember, 15 Uhr, Haus der Arbeiterwohlfahrt, Forsterstraße, Ludwigshafen-Gartenstadt: Treffen der Gruppe zur **Adventsfeier.** Mit weihnachtlichen Vorträgen und Weihnachtsliedern wird bei Kaffee und Kuchen die besinnliche Jahreszeit eingeläutet.

Mainz – Donnerstag, 15. Dezember, 15 Uhr, Café Zucker, Bahnhofstraße 10, 55116 Mainz: Heimatliche Kaffeestube der Damen. – Jeden Freitag, 13 Uhr, Café Oase, Schönbornstraße 16, 55116 Mainz: Die Gruppe trifft sich zum Kartenspielen.

Neustadt a. d. Weinstraße – Sonnabend, 10. Dezember, 15 Uhr, Saal der Neustadter Trachtengruppe, Fröbelstraße 26 (Erdgeschoss): **Vorweihnachtliche Feier.** Die Pianistin Christel Ochsenreiter und der Tenor Erich Lehmke werden die Feier in bewährter Weise musikalisch mitgestalten. Kuchenspenden können auch vormittags zwischen 10 und 10.30 Uhr abgegeben werden.



SAARLAND

Vors.: N.N. Stellvertretende Vors.: Helga Bettinger, Biehler Hof, 66606 Ottweiler-Fürth

Landesgruppe – Sonntag, 11. Dezember: **Weihnachtsfeier.**



SACHSEN

Vorsitzender: Alexander Schulz, Willy-Reinl-Straße 2, 09116 Chemnitz, E-Mail: alexander.schulz-agentur@gmx.de, Telefon (0371) 301616.

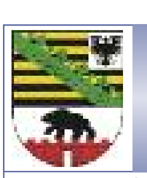
Chemnitz – Der Heimatverein von Chemnitz/Reichenbrand unter der Leitung von Gert Rehn hat am 13. November, am Volkstrauertag, zu einer gemeinsamen Gedenkveranstaltung aufgerufen. Er hat den Vorstand der Kreisgruppe – Frau Langhammer, Frau Bartkowiak, Frau Labuhn und Frau Janella – dazu eingeladen. Diese Einladung wurde gerne angenommen, da neben dem großen Monument für die Gefallenen des Ersten Weltkrieges eine Gedenkstätte für die bei Flucht und Vertreibung ums Leben gekommenen Ostpreußen entsteht. In Zusammenarbeit mit der Friedhofsverwaltung, insbesondere mit Herrn Buck, wird die Kreisgruppe im Jahr 2012 zum 20-jährigen Bestehen des Vereins diese Gedenkstätte einweihen. Frau Labuhn sprach von diesem Platz aus, in Gedenken an alle Opfer der Kriege in der Vergangenheit, folgende Worte: „Hier stehen wir am Denkmal für die Toten des Ersten Weltkrieges. Wir trauern mit Ihnen um die Toten der Gemeinde Reichenbrand-Siegmar, die die meisten Einwohner nicht mehr kennen, aber trotzdem den Verlust spüren. Wir sind Ostpreußen, alle verbunden durch eine reiche Landesgeschichte von 800 Jahren und eine unbeschreibliche Leidenszeit. Auch wir haben aus den Kriegen viele Verluste zu beklagen, wie alle: Väter, Söhne, Männer. Unsere Friedhöfe liegen weit im Osten, unsere Gedenksteine unter fremder Hoheit. Erst nach der Wende konnte die Verwüstung, Verwahrlosung, Schändung gestoppt werden. Der Volksbund Deutsche Kriegsgräberfürsorge arbeitet an der Auffindung und Umbettung der deutschen Toten und errichtet teils riesige Gräberfelder. Dafür sind wir dankbar, auch den Menschen in den Ländern, die dies möglich machen – in Polen, Russland, Litauen und anderen Ländern. Mit Sachsen sind die Ostpreußen des Kreises und der Stadt Osterode/Ostpreußen besonders verbunden, war doch Sachsen das Patenland, das half, nach dem Ersten Weltkrieg den Wiederaufbau Osterodes zu unterstützen. Nach dem Russeneinfall 1914 war Ostpreußen schon damals teils furchtbar verwüstet und schon da gab es Verschleppungen. Man war Hindenburg dankbar bis zum Überschwang und liebte und verehrte ihn. Er hat es zustande gebracht, die Narewarmee und aus dem Norden die Nemanarmee unter Samsonow und Rennenkampf in der Winterschlacht in Masuren – in Anlehnung an die Schlacht 1410 Tannenbergschlacht genannt –, zurückzuschlagen und zu besiegen. Die Russen gerieten damals in die Sümpfe, wo es viele Verluste gab. Heute wird vieles anders gesehen. Aber die Trauer um die toten Soldaten ist eben auch individuell und deshalb menschlich, sie ist legitim. Wieviel junge Menschen sind gestorben, die durch ihr Wirken, ihr Talent, ihren Willen Großes für das deutsche Volk hätten tun können!“ Zu diesen Worten wurde eine große Kerze von der Kriegsgräberfürsorge angezündet und eine Schweigeminute zum Gedenken an alle eingelegt.

Leipzig – Der BdV-Kreisverband Leipzig führte mit allen landsmannschaftlichen Gruppen die diesjährige Jahresabschlussveranstaltung durch. Nach der Eröffnung mit den Hymnen wurde mit der Totenehrung der verstorbenen Heimatfreunde gedacht.

Landsmannschaftl. Arbeit
Fortsetzung auf Seite 18

Landsmannschaftl. Arbeit
Fortsetzung von Seite 17

Der Vorsitzende Peter Wolf begrüßte die sehr zahlreich erschienenen Landsleute und Gäste und zeigte sich erfreut über den vollbesetzten Saal. Aus Chemnitz war das Ehepaar Kedzierski der Einladung gefolgt, auch die Journalistin Frau Kasten war anwesend. Sie sucht Zeitzeugen für ihr geplantes Buch über die Leidensgeschichte der Vertreibung. Ein Jahresabschluss bedeutet auch, Rückschau zu halten auf das Jahr, das wieder einmal zu schnell vergangen ist. Wie der Vorsitzende in seinem Rückblick feststellte, war es ein Jahr mit Problemen, die es zu meistern galt, aber auch mit einigen besonderen Ereignissen, die wir mitgestalten konnten. Zu den Höhepunkten gehörte das 8. Chöretreffen im Festsaal des Leipziger Rathauses, das trotz anfänglicher Bedenken ein schöner Erfolg wurde. Es wurde eine Busfahrt zum Deutschlandtreffen der Ostpreußen in Erfurt organisiert. Der Leipziger Chor „Lied der Heimat“ nahm am „Tag der Heimat“ in Hoyerswerder und am „Tag der Heimat“ der Ost- und Westpreußen in Chemnitz teil. Beim Frauenseminar in Osterode unter dem Motto „Ostpreußische Volkskunst und ostpreußische Mundart“ gestaltete der Chor das Kulturprogramm. Zu allen diesen Veranstaltungen konnten immer interessierte Landsleute mitfahren. Neben den großen Ereignissen gab es noch verschiedene Aktivitäten; Chorauftritte in der Thomasgemeinde und in Altenheimen sowie die regelmäßigen Treffen des Frauenkreises der Ostpreußen und des Loabernachmittags der Schlesier. Zu allen Veranstaltungen gehören auch immer die vorbereitenden Arbeiten, die von den Vorstandsmitgliedern und ehrenamtlichen Helfern gemacht werden. Nicht alles, was wir uns vorgenommen hatten, konnte verwirklicht werden. Die geplanten Fahrten nach Ostpreußen und Schlesien mussten leider wegen mangelnder Beteiligung ausfallen. Hier muss das Problem angesprochen werden, unter dem alle Vertriebenenverbände leiden. Alter und Krankheit lassen sich nicht aufhalten, auch im Chor führen gesundheitliche Befindlichkeiten und Todesfälle zur Verkleinerung. Umso anerkennenswerter ist es, dass der aktive Kern unter der Leitung von Rosa Wegelin bemüht ist, weiter gute Leistungen für die Veranstaltungen der Vertriebenen zu bringen. Peter Wolf dankte allen ehrenamtlich tätigen Heimatfreunden für ihren unermüdlichen Einsatz, sei es als Chormitglied oder als Vorstandsmitglied oder als Helfer bei wichtigen Ereignissen. Nicht vergessen werden soll der Dank an das Sächsische Innenministerium und Herrn Dr. Baumann für die Förderung der Vertriebenenarbeit und die hilfreiche Unterstützung. In Anerkennung ihrer Arbeit und der guten Leistungen beim 8. Chöretreffen überreichte der Vorsitzende jedem Chormitglied eine Urkunde und eine Rose. Nach der Pause erfreute der Chor mit Liedern und Gedichten aus Ost- und Westpreußen, aus Pommern und Schlesien die Zuhörer, dabei wurden auch Lieder in plattdeutscher und schlesischer Mundart gesungen. Herzlicher Beifall und Dankesworte der Heimatfreunde sind für die Chormitglieder der schönste Lohn. Der Vorsitzende dankte in seinem Schlusswort noch einmal allen für ihr Kommen, wies auf die im nächsten Jahr anstehende Vorstandswahl hin und gab der Hoffnung Ausdruck, dass wir im Jahr 2012 bei guter Gesundheit unsere Arbeit fortführen können im Andenken an unsere unvergessene Heimat. Mit dem gemeinsam gesungenen Lied „Kein schöner Land“ endete die Veranstaltung.



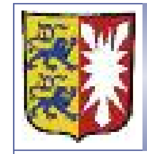
SACHSEN-ANHALT

Vors.: Siegmund Bartsch (komm.), Lepsiusstraße 14, 06618 Naumburg, Telefon (03445) 774278.

Dessau – Montag, 12. Dezember, 14 Uhr, Krötenhof: **Weihnachtsfeier.**

Gardelegen – Freitag, 16. Dezember, 12 Uhr, Gaststätte „Zum Krug“, Ortsteil Weteritz: **Weihnachtsfeier** mit Programm.

Magdeburg – Freitag, 9. Dezember, 15 Uhr, TUS: Singproben des Singekreises. – Sonntag, 11. Dezember, 14 Uhr, Sportgaststätte Post, Spielhagenstraße: **Weihnachtsfeier.** – Dienstag, 13. Dezember, 13.30 Uhr, Immermannstraße: Treffen der Stickerchen.



SCHLESWIG-HOLSTEIN

Vors.: Edmund Ferner. Geschäftsstelle: Telefon (0431) 554758, Wilhelminenstr. 47/49, 24103 Kiel.

Bad Schwartau – Mittwoch, 14. Dezember, 16 Uhr, Mensa der Elisabeth-Selbert-Gemeinschaftsschule, Schulstraße: **Adventsfeier.** Ein buntes weihnachtliches Programm, Kaffee und Kuchen und weihnachtliche Musik versprechen einen besinnlichen Nachmittag, der alle auf das kommende Fest vorbereiten soll. Eintritt für Mitglieder ist frei – für Nichtmitglieder beträgt er 10 Euro (der Unkostenbeitrag beinhaltet Eintritt, Kaffee und Kuchen und eine Adventstüte). Baldige Anmeldung bitte bei Gisela Rowedder, Telefon (04504) 3435, oder Regina Gronau, Telefon (0451) 26706.

Flensburg – Sonnabend, 10. Dezember, 15 Uhr: **Adventskaffee.** Gemütliches Beisammensein, Lieder, Vorlesungen und Musik. Anmeldungen bei Winfried Brandes, Telefon (0461) 74816.

Neumünster – Samstag, 3. Dezember, ab 15 Uhr, Stadthalle – Galerie: **Adventsfeier.** Im Rahmen der Feierstunde ehrt die Gruppe wieder ihre langjährigen und treuen Mitglieder. Der Anmeldeschluss unter Telefon (04321) 82341 ist schon vorüber.

Pinneberg – Sonnabend, 10. Dezember, 15 Uhr: **Adventsfeier.**

OL Lüneburg

Samonienen und Tollmingkehmen. Gutsalltag im östlichen Ostpreußen – Führung durch die Ausstellung des Ostpreußischen Landesmuseums mit Dr. Christoph Hinkelmann in der Reihe „Museum erleben“, Dienstag, 6. Dezember, 14.30 bis 16.30 Uhr, Eintritt 5 Euro (inkl. Kaffee, Tee und Gebäck).

Die Güter Samonienen (Reiterhof) und Tollmingkehmen (Tollmingen) im Kreis Goldap waren zusammen 744 Hektar groß und befanden sich seit 1821 und bis 1945 im Besitz einer Familie. 60 Prozent der Fläche war Ackerland, die übrigen Ländereien, Wiesen, Weiden und etwas Wald. Kein Großgrundbesitz, aber ein nicht unbedeutendes Unternehmen, das durch seine Zucht und Aufzucht von Warmblutpferden Trakehner Abstammung weit über Ostpreußens Grenzen hinaus bekannt war.

Zwei Siegerpferde der Olympiade 1936 stammten aus der Samoniener Zucht. Anhand von Fotos und Erinnerungsstücken wird ein Einblick in den Alltag eines landwirtschaftlichen Betriebes nahe der Nordostgrenze des damaligen Deutschland vermittelt.

AUS DEN HEIMATKREISEN

Die Kartei des Heimatkreises braucht Ihre Anschrift. Melden Sie deshalb jeden Wohnungswechsel. Bei allen Schreiben bitte stets den letzten Heimatort angeben



ANGERBURG

Kreisvertreter: Siegfried Kugies, Taunusstraße 40, 65468 Trebur, Telefon (06147) 7353, Fax (06147) 209 056, E-Mail: siegfried.kugies@t-online.de

Bericht von der Sitzung am 12. November – Themen von hoher Brisanz standen nicht auf der Tagesordnung, als sich der erweiterte Vorstand der Kreisgemeinschaft Angerburg am 12. November zu einer ganztägigen Arbeitssitzung in Rotenburg / Wümme traf. Mit herzlichen Worten begrüßte Kreisvertreter Kurt-Werner Sadowski die Sitzungsteilnehmer. Sein besonderer Gruß galt dabei Jochen Twiefel, unserem Ansprechpartner beim Landkreis Rotenburg/Wümme. Twiefel überbrachte die Grüße des Patenkreises und berichtete, dass beim Landkreis organisatorische Veränderungen ins Haus stehen und für Patenschafts- und Partnerschaftsangelegenheiten künftig die Stabsstelle beim Landrat zuständig sein wird. Nur noch eine kurze Zeit wird er unser Ansprechpartner sein. Der Kreisvertreter dankte Twiefel für sein großes Engagement für die Angerburger und die unkomplizierte Zusammenarbeit. Mit dem beschlossenen Beitritt zur Lehndorff-Gesellschaft Steinort zum 1. Januar 2012 (Jahresbeitrag 60 Euro) machen die Angerburger deutlich, dass sie an der Rettung und Erhaltung von Schloss und Park Steinort besonders interessiert sind. Der Verein engagiert sich für eine denkmalverträgliche Nutzung von Schloss und Park Steinort als Museum und Gedenkstätte sowie als Ort der Bildung. Im Wege einer Schenkung durch die polnische Handelsgesellschaft T.I.G.A. wurde das Eigentum an Schloss und Park Steinort Ende 2009 auf die Deutsch-Polnische Stiftung, Kulturpflege und Denkmalschutz übertragen. Die Familie Lehndorff plant mehrere Hundert kürzlich restaurierte Kunstgegenstände wie Gemälde, Möbel, Bücher aus dem früheren Schloss Steinort zur Verfügung zu stellen. Die Realisierung des Projektes soll aus Spenden beziehungsweise mit EU-Mitteln erfolgen. Ein Förderungsantrag mit den nötigen technischen Unterlagen soll Mitte 2012 erfolgen. Durch den Eigentumswechsel ist das Projekt Steinort nun förderungsfähig.

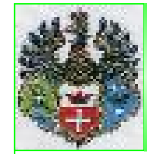
Der Kreisvertreter gab an, dass sich die Archivalien der Kreisgemeinschaft nunmehr am Weicheler Damm 11 befinden. Etwa 70 Prozent der Archivalien befinden sich allerdings noch in Umzugskartons; sie müssen ausgepackt und eingeordnet werden. Auch die Ausstellungsstücke der Angerburger im Honigspeicher werden 2012 im Weicheler Damm 11 ausgestellt. Bekanntlich müssen die Angerburger den Honigspeicher zum Jahresende räumen. Es bleibt also noch viel zu tun. Die Aufbewahrung von Familienakten im Angerburger Archiv war ebenfalls Gegenstand der Beratungen. Verschiedentlich wurde von aus dem Kreis Angerburg stammenden Familien der Wunsch nach einer längerfristigen Aufbewahrung von Familienakten an die Kreisgemeinschaft herangetragen. Aus Platz- und Sicherheitsgründen kann solchen Wünschen leider nicht entsprochen werden, zumal für eine sichere Aufbewahrung auch keine verschließbaren Stahlschränke zur Verfügung stehen. Der Vorstand bittet um Verständnis für die getroffene Entscheidung. Weiter wurde nach längeren Beratungen einer Vereinbarung mit der Landsmannschaft Ostpreußen in Sachen Bildarchiv aus dem Jahr 2009 zugestimmt. Die Schriftleiterin des Angerburger Heimatbriefes, Susanne Hagen, informierte die Sitzungsteilnehmer über den zu Weihnachten erscheinenden Angerburger Heimatbrief und den damit verbundenen großen redaktionellen Arbeitsaufwand. Über eine stabile Finanzlage der Kreisgemeinschaft wusste die Schatzmeisterin Brigitte Junker zu berichten. Sie machte deutlich, dass zur Mitfinanzierung der Sozialstation und der Deutschen Gesellschaft Mauersee in Angerburg für kulturelle Aufgaben und den Angerburger Heimatbrief die Kreisgemeinschaft unbedingt auf Spenden angewiesen ist. Auch für den Umzug und die Einrichtung des Angerburger Zimmers am Weicheler Damm wird Geld benötigt. – Der Kreisvertreter gab einen **Bericht über den Verlauf der Jahressitzung der Ostpreußischen Landesvertretung am 5./6. November** im Ostheim in Bad Pyrmont und einer Tagung des Landesbeauftragten für Heimatvertriebene und Spätaussiedler in Niedersachsen am 7. November im Grenzdurchgangslager Friedland bei Göttingen. In Friedland ist ein Museum – Abschied – Ankunft – Neubeginn gemäß einem Beschluss des Niedersächsischen Landtages vom 11. Oktober 2006 geplant. Es soll dort eine zeitgenössische Gedenkstätte entstehen. Außerdem ist eine Akademie vorgesehen. Auf der Tagesordnung standen ferner die 54. heimatpolitische Tagung am 25./26. Februar 2012 und die 58. Angerburger Tage am 8./9. September 2012. Beide Veranstaltungen finden in der Rotenburger Theodor-Heuss-Schule statt. Vom Kreisvertreter wurden die im Jahr 2013 anstehenden Neuwahlen der Angerburger Kreisvertretung für die Wahlperiode 2013–2017 thematisiert. Die Kreisvertretung tagt einmal jährlich in Rotenburg/Wümme, wählt den Vorstand für jeweils zwei Jahre und entscheidet, wofür das Geld ausgegeben wird und bestimmt den Kurs für die heimat- und kulturpolitische Arbeit. Für Kandidatenvorschläge von Angerburgern oder deren Nachkommen an unsere Rotenburger Geschäftsstelle wäre der Vorstand dankbar. Außerdem wurden einige organisatorische Fragen behandelt. Mit einem Dank an die Sitzungsteilnehmer für die sachlich und harmonisch verlaufene Vorstandssitzung und guten Wünschen für die Adventszeit, zu Weihnachten und zum Jahreswechsel schloss der Kreisvertreter die Sitzung.



INSTERBURG – STADT UND LAND

Kreisvertreter Stadt: Reiner Buslaps, Am Berg 4, 35510 Butzbach-Kirch-Göns, Tel.: (06033) 66228, Fax (03222) 3721953, E-Mail: R.Buslaps@t-online.de. Land: Ulrich Demke, Mittelstr. 9a, 49143 Bissendorf. Kreisgemeinschaften Insterburg Stadt & Land e. V., Am Marktplatz 10, 47829 Krefeld, Postfach 111 208, 47813 Krefeld, Tel.: (02151) 48991, Fax (02151) 491141, E-Mail: info@insterburger.de, Internet: www.insterburger.de, Bürozeiten: Montag – Freitag von 8 bis 12 Uhr.

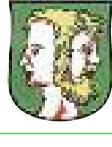
Die Heimatgruppe der Insterburger in Darmstadt lädt zum **vorweihnachtlichen Treffen** mit Angehörigen und Freunden herzlich ein. Gäste sind willkommen. Die Heimatgruppe trifft sich in diesem Jahr am 3. Adventssonntag, dem 11. Dezember in 64390 Erzhausen, im Bürgerhaus, kleiner Saal, Rodenseestraße 5. Parkplätze sind vorhanden. 11 Uhr Saal-Einlass, 12 Uhr Gelegenheit zum gemeinsamen Mittagessen, 13 Uhr Eröffnung und Begrüßung der Gäste – durch den Vorsitzenden, daran anschließend kirchliche Andacht mit stillem Gedenken der verstorbenen Landsleute, 14 Uhr Kinder- und Jugendchor der Katholischen Kirche Egelsbach-Erzhausen, anschließend Kaffeetrinken mit gespendeten Kuchen, Plachandern und Schabbern bis zum Aufbruch. Die Kreisgemeinschaft freut sich auf Ihren Besuch.



KÖNIGSBERG–STADT

Stadtvorsitzender: Klaus Weigelt. Patenschaftsbüro: Karmelplatz 5, 47049 Duisburg, Telefon (0203) 2832151.

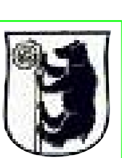
Busreise nach Königsberg vom 26. Juli bis 4. August 2012 – Eine zehntägige Busreise nach Königsberg mit Zwischenübernachtung in Schneidemühl im Hotel Gromada-Rodło. Weiterfahrt nach Braunsberg. Dort kommt die russische Reiseleiterin Nadja zur Abfertigung. Weiter zum Hotel Kaliningrad, da bleiben die Teilnehmer 7 Nächte. Am ersten Tag findet eine Tagesfahrt nach Pillau statt. Die nächsten Tage geht es nach Arnau-Waldau-Heiligenwalde, dann nach Tilsit-Insterburg-Gestüt Georgenburg. Der 31. Juli steht zur freien Verfügung. Am 1. August geht es nach Rauschen über Palmnicken, am 2. August zur Kurischen Nehrung. Am 3. August fährt die Gruppe dann zur Grenze Braunsberg in Richtung Stettin, dort ist eine Übernachtung im Hotel Panorama vorgesehen. Am 4. August fährt die Reisegruppe nach Deutschland zurück. Programmänderung vorbehalten. Weitere Informationen und das komplette Programm erhalten Sie bei Willi Skulimma, Aakerfährstraße 59, 47058 Duisburg, Telefon (0203) 335746.



LYCK

Kreisvertreter: Gerd Bandilla, St. Agnes-Straße 6, 50374 Erftstadt-Friesheim. Stellvertreter und Karteiwart: Siegmar Czerwinski, Telefon (02225) 5180, Quittenstraße 2, 53340 Meckenheim. Kreisältester: Alfred Masuhr, Reinickendorfer Straße 43a, 22149 Hamburg.

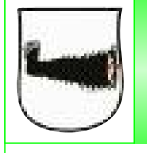
Bücher – Die Weihnachtszeit ist die beste Zeit, Bücher zu verschenken. Die Kreisgemeinschaft Lyck bietet insbesondere folgende Bücher zum Kauf an: Das Heimatbuch „Der Kreis Lyck“, 732 Seiten, zum Preise von 20 Euro. Eine Fundgrube des Wissens über den Kreis Lyck! Weiter: „Die Landgemeinden des Kreises Lyck“, 677 Seiten, ebenfalls zum Preise von 20 Euro. Ausführlich beschrieben sind alle Gemeinden des Kreises Lyck. Ferner die „Hagen-Lycker Briefe Nr. 1–32, eingebunden, für 32 Euro. Betellungen nimmt Günther Vogel, Krönerweg 7, 29525 Uelzen, Telefon (0581) 79797 entgegen.



RÖSSEL

Kreisvertreter: Reinhard Plehn, Georg-Büchner-Straße 66, 40699 Erkrath, Tel. (0211) 253274 Reinhard.Plehn@t-online.de. Redaktion Rößeler Heimatbote: Gisela Fox, Tel. (040) 5203191.

Adventsfeier der Kreisgemeinschaft Rößel e. V. in Neuss – Sonntag, 11. Dezember, 14 Uhr, Pfarrkirche St. Marien, gegenüber Hauptbahnhof Neuss: Hl. Messe mit Konsistorialrat Carsten W. Franken. 15 Uhr, Marienhaus, Kapitelstraße 36 (fünf Gehminuten von der Kirche entfernt): Adventsfeier bei Kaffee und Kuchen, adventlicher Musik und weihnachtlichen Beiträgen. Herzliche Einladung an alle Landsleute aus nah und fern.



SENSBURG

Erster stellv. Kreisvertreter: Rolf W. Krause, Geschäftsstelle: „Sensburger Zimmer“, Stadtverwaltung Remscheid, Kreuzbergstraße 15, 42849 Remscheid, Telefon (02191) 163718, E-Mail: info@kreisgemeinschaftsensburg.de

Verdiente Mitarbeiterin Irmtraud Meistrowitz verstorben – Mit großer Betroffenheit erhielt der Vorstand der Kreisgemeinschaft Sensburg die Nachricht vom Tod ihrer Vertreterin für das Kirchspiel Ribben, Irmtraud Meistrowitz. Sie verstarb für uns völlig unerwartet am 31. Oktober 2011 im Alter von 75 Jahren in Werl. Schon seit ihrer Eheschließung im Jahr 1972 begleitete sie ihren Ehemann Horst mit Freude zu allen Ostpreußentreffen. Im Jahr 2002 übernahm sie das Amt als Vertreterin für das Kirchspiel Ribben. In dieser Funktion nahm sie regelmäßig aktiv an den jährlich stattfindenden Kreistagssitzungen in der Patenstadt Remscheid teil. Im Jahr 2003 organisierte sie erstmalig das 4. Treffen des Kirchspiels Ribben. das dann alle zwei Jahre in Maschen durchgeführt wurde. Als Leiterin dieser Treffen erhielt sie stets gute Resonanz. Neben dem geselligen Beisammensein konnten durch diese Treffen auch kulturelle Maßnahmen gefördert werden; als Beispiel sei hier eine Spendenaktion zur Instandhaltung der Kirche in Ribben genannt. Unter der Leitung von Irmtraud Meistrewitz. die aktiv zur Bereinigung der Mitgliederdatenbank des Kirchspiels Ribben beitrug, konnten auch zahlreiche Neuzugänge verzeichnet werden. Weiterhin führte sie mit hoher Sorgfalt die Aktualisierungen der Adressenlisten durch und zeichnete für die Meldungen von hohen Geburtstagen und Ehejubiläen verantwortlich. Die Kreisgemeinschaft Sensburg wird Irmtraud Meistrewitz ein ehrendes Andenken bewahren.



TILSIT-RAGNIT

Kreisvertreter: Dieter Neukamm, Am Rosenbaum 48, 51570 Windeck, Telefon (02243) 2999, Fax (02243) 844199. Geschäftsstelle: Eva Lüders, Telefon/Fax (04342) 5335, Kührenerstraße 1 b, 24211 Preetz, E-Mail: Eva.lueders @arcor.de.

Dank an langjährige Kreistagsmitglieder – In der ersten Sitzung

Heimatkreisgemeinschaften
Fortsetzung auf Seite 19

Heimatkreisgemeinschaften

Fortsetzung von Seite 18

der Wahlperiode 2011–2015 des Kreistages Tilsit-Ragnit – die, wie berichtet, in Lüneburg stattfand – dankte Kreisvertreter Dieter Neukamm den langjährigen Kreistagsmitgliedern Manfred Malien und Klaus-Dieter Metschulat. Beide haben über viele Jahre hinweg verantwortungsvolle Tätigkeiten in der Kreisgemeinschaft ausgeübt. Manfred Malien ist Schriftleiter des Heimatbriefes „Land an der Memel“, wird diese Aufgabe aber zum Jahresende 2011 an Heinz H. Powils übergeben. Er bleibt jedoch weiterhin für die Heimatstube in Preetz verantwortlich. Klaus-Dieter Metschulat hat als Schatzmeister der Kreisgemeinschaft lange Jahre finanziellen Rückhalt gegeben. Aus gesundheitlichen Gründen konnte er jedoch diese Funktion, die auch mit vielen Reisen verbunden ist, leider nicht länger ausüben. Zu seinem Nachfolger wählte der Kreistag Helmut Subroweit. Manfred Malien und Klaus-Dieter Metschulat bleiben dem Kreistag auch in der neuen Wahlperiode als Mitglieder erhalten. Weiterhin gehören dem Kreistag die Kirchspielvertreter Gunhild Krink (Altenkirch), Eugen Meyer (Argenbrück), Katharina Willemer (Breitenstein), Gerda Friz (Groß Lenkenau), Martin Lipsch (Hohensalzburg), Betty Römer-Götzelmann (Rautenberg), Edeltraut Zenke (Sandkirchen), Walter Klink (Schillen), Peter Nerowski (Trappen), Ernst-G. Fischer (Ragnit), Manfred Okunek (Ragnit Stadt) sowie mit Sonderfunktionen Reinhard August und Olaf Nebermann an. Über die Zusammensetzung des Kreisausschusses wurde bereits berichtet.

Auch im Internet: »Glückwünsche und Heimatarbeit«

Kulturgut bewahren

Bei der Tagung im Haus Schlesien ging es um Zukunftssicherung

Die gute Teilnehmer-Resonanz von rund 35 Vertreterinnen und Vertretern von Landsmannschaften, Heimatkreisen und Heimatstuben an der nunmehr dritten Tagung hat den hohen Stellenwert des vom Bundesbeauftragten für Kultur und Medien geförderten Projektes einmal mehr unterstrichen.

Im Rahmen der Tagung im Haus Schlesien in Königswinter-Heisterbacherrott wurden die Perspektiven der Heimatsammlungen in zwei großen Themenblöcken angesprochen. Zum einen ging es in Vorträgen über „Die Zukunft der Heimatsammlungen“, zum anderen um „Rechtliche Fragen der Zukunftssicherung“.

Der zweitägigen Veranstaltung wohnten unter anderem auch die Leiterin des Dokumentations- und Informationszentrums für schlesische Landeskunde, Nicola Remig, sowie der Präsident Reinhard Blaschke, Manfred Spata, Vorstandsmitglied des Vereins Haus Schlesien und Petra Spandau vom Innenministerium Niedersachsen bei.

Die Projektleiterin Dorothee Herbert bot anhand von theoretischen Hintergründen und Beispielen aus der Praxis einen informativen Vortrag unter dem Motto „Offensive Öffentlichkeitsarbeit und Kontakt zu den Kommunen“.

Margarete Polok, Bibliothekarin im Gerhart-Hauptmann-Haus, Düsseldorf, stellte die Museumssoftware „Adlib“ als ein günstiges und einfaches Inventarisierungsprogramm vor. Von Seiten des Gastgeberhauses informierte Silke Findeisen über Formalitäten, die die Heimatsammlungsbetreiber bei Leihverträgen und Schenkungen sowie bei der Wertermittlung von Exponaten berücksichtigen sollten.



Zeigten reges Interesse: Heimatstubenbetreiber Bild: Dieter Göllner

Ein praktisches Beispiel für die Möglichkeit des Einsatzes moderner Medien stellte Leo Schiller von der Heimatstube Patschkau in Einbeck vor. Hans-Wolfgang Pietsch wiederum, der die Oldenburgische Landschaft, AG Vertriebene vertrat, sprach über einen „Rettungsschirm für Heimatsammlungen“.

Rechtliche Notwendigkeiten bei Übergabe diskutiert

Dr. Maximilian Eiden vom Schlesischen Museum Görlitz widmete sich in seinem Vortrag der „grenzenlosen“ Zusammenarbeit zwischen deutschen und polnischen Institutionen, Museen und anderen kulturellen Partnern.

Im Rahmen des Präsentationsschwerpunktes zu rechtlichen Fragen der Zukunftssicherung der Heimatsammlungen bot Rechtsanwalt Klaus Gladischefski Wissenswertes zum Stiftungsrecht, während Prof. Dr. Jochen Diekmann die rechtlichen Notwendigkeiten bei der Übergabe der Sammlung an Kommunen, Museen und Archive hervorhob.

Neben den interessanten Vorträgen und den angeregten Diskussionsrunden wurde den Tagungsteilnehmern eine Führung durch die aktuellen Ausstellungen im Haus Schlesien sowie die Filmvorführung „Wo liegt eigentlich Schlesien?“ – Ein geschichtlicher Streifzug durch die Gegenwart“ angeboten.

Beim nächsten Begegnungstermin zur Beratung der schlesischen Heimatsammlungen am 28. und 29. März 2012 will man sich dem Schwerpunktthema „Generationswechsel“ widmen.

Dieter Göllner

Deutsch für Russen

Wladimir Gilmanow in Offenburg

Reges Interesse fand eine Vortragsveranstaltung des Vereins Deutsche Sprache, Regionalgruppe Ortenau, mit Professor Wladimir Gilmanow von der Kant-Universität in Königsberg in Offenburg.

In seinen mit lebhafter Intonation vorgetragenen Ausführungen widmete sich der Referent dem scheinbar unüberbrückbaren Spannungsfeld zwischen dem zerstörten historischen Königsberg und dem „eingewanderten Kaliningrad“. Professor Gilmanow ging zunächst mit hohem Kenntnisstand auf die hervorragenden deutschen Geistesgrößen ein, die in Königsberg lebten und wirkten: Kant, Hamann, E.T.A. Hoffmann, Simon Dach, Agnes Miegel und Heinrich von Kleist. Er besprach ebenfalls bedeutende russische Kulturschaffende, die Königsberg in dieser Zeit besuchten und sich mit den deutschen Vordenkern austauschten. Von dieser Zeit einer deutsch-russischen Symbiose war Wladimir Gilmanow sichtlich bewegt und begeistert. Wehmütig berichtete er über die tragische Zäsur im 20. Jahrhundert und erläuterte mit bewegenden Worten die Apokalypse seit 1945. Er, dessen Eltern nach Kriegsende in das nördliche Ostpreußen einwanderten und der heute selbst an der Kant-Universität in Königsberg junge Menschen mit den verschiedenen Facetten deutscher Sprache vertraut macht, stellte fest, dass die deutsche Vergangenheit nebst Sprache trotz massiver Verdrängung noch heute allgegenwärtig ist. Diese Ansicht teilt er mit vielen Bewohnern des Gebiets trotz der zweiten großen neostalinistischen Zerstörungsphase der sechziger und siebziger Jahre, der unter anderem das historische Königsberger Schloss zum Opfer fiel. Dass sich seither wieder einiges zum Guten gewendet hat, begrüßt er, obwohl er bedauert, dass Königsberg als einzige Stadt im russischen Hoheitsgebiet nach wie vor den Namen eines stalinistischen Henkers trägt und sich wie ein dunkler Schatten zwischen eine deutsch-russischen Normalität schiebt.

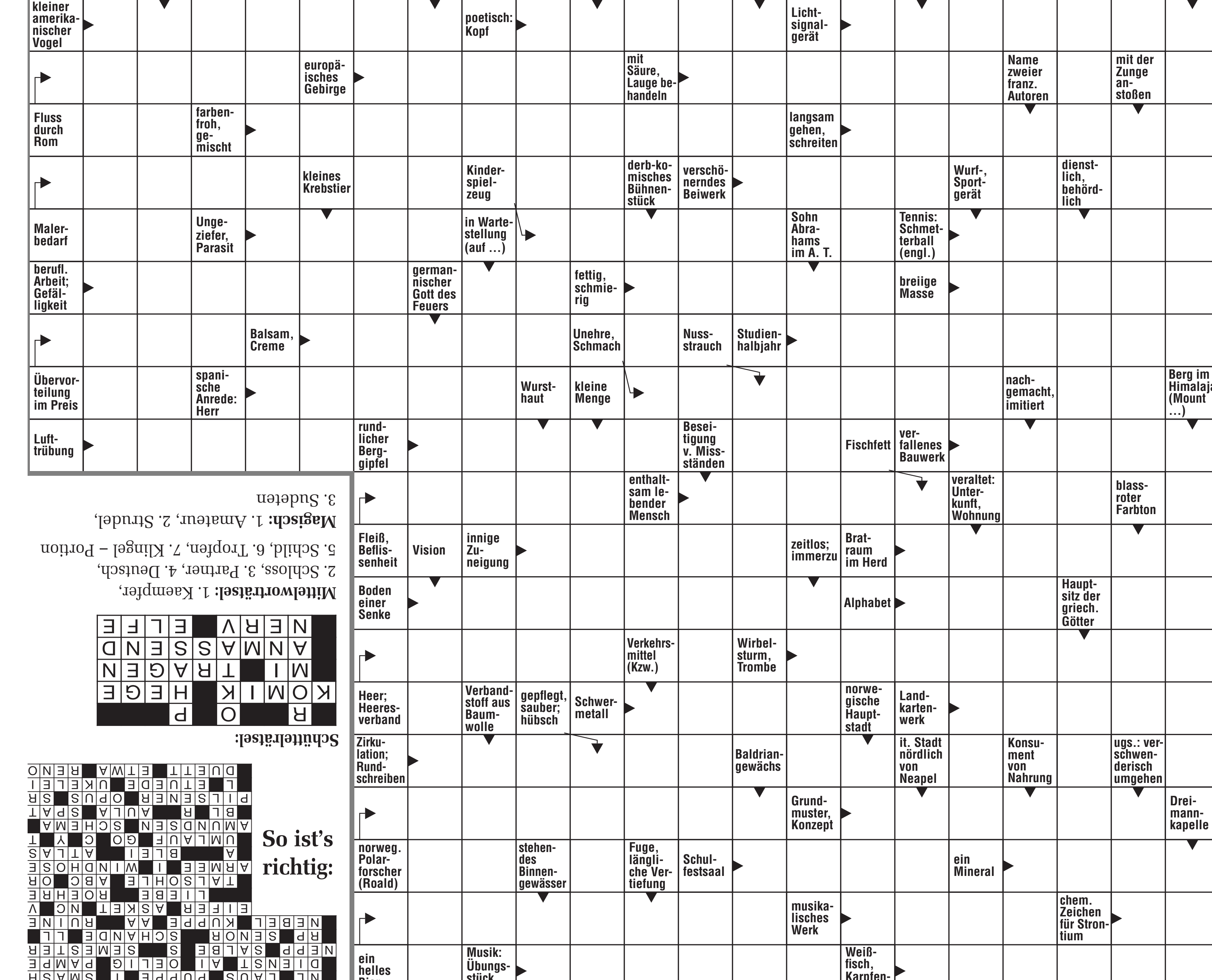
Der Professor möchte Königsberg seinen Namen wiedergeben

Professor Gilmanow schätzt, dass etwa 20 Prozent der Schüler im Königsberger Gebiet Deutsch als Fremdsprache lernen.

Neuerdings ist diese Zahl jedoch leicht rückläufig, da sich zahlreiche Lehrer mangels wirtschaftlicher Perspektiven aus dem Bildungsbetrieb zurückziehen. Insgesamt ist der Stellenwert der deutschen Sprache im heutigen Russland recht hoch und etwa doppelt so wichtig wie in der früheren Sowjetunion. In seinen weiteren Ausführungen befasste sich der Referent mit dem sogenannten interkulturellen Strukturalismus, mit Hilfe dessen der profunde Kenner deutscher und russischer Literatur Vergleichslinien zwischen Goethe und Dostojewskij herausstellt.

In einer interessanten und lebhaften Diskussion beantwortete der Vortragende die vielen Fragen, die auch auf das deutsch-russische Verhältnis abzielten. Unter begeistertem Applaus des Publikums sprach er sich für eine Rückbenennung Kaliningrads in den historischen Namen der Stadt aus, ein beträchtlicher Bevölkerungsteil fühle sich ohnehin als Königsberger und habe viele historische Wurzeln der Stadt inzwischen verinnerlicht. Die durch die Insellage vorhandene Distanz zu Kernrussland scheint sich auch geistig verfestigt zu haben.

Erich Lienhart



Schüttelrätsel

In diesem ungewöhnlichen Kreuzworträtsel stehen anstelle der Fragen die Buchstaben der gesuchten Wörter alphabetisch geordnet in den Fragefeldern. Zur Lösung beginnen Sie am besten mit den kurzen Wörtern (Achtung: ORT kann z. B. ORT, TOR oder auch ROT heißen).

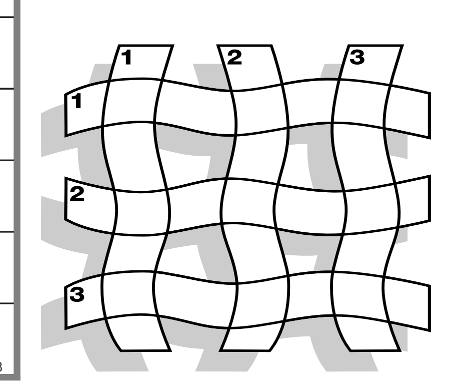
AMNOR		EIMN	AKOTV		AEHPS		EEGL	EFGN	DEEN
					EEGH				
IKKMO			AEGNRT						
AADEMNSS									
ENRV					EEFL				

Mittelworträtsel

Erweitern Sie die linken und rechten Wörter jeweils durch ein gemeinsames Wort im Mittelblock. Auf der Mittelachse ergibt sich in Pfeilrichtung ein Wort für eine abgemessene Menge.

Nr.	links	Mittelblock	rechts
1	EINZEL		NATUR
2	LENKRAD		HERR
3	EHE		LOOK
4	HOCH		LEHRER
5	NUMMERN		BUERGER
6	REGEN		WEISE
7	TUER		BEUTEL

Magisch



Schreiben Sie waagerecht und senkrecht dieselben Wörter in das Diagramm.

1 Nichtprofi
2 Wasserwirbel
3 Gebirge in Mitteleuropa

Bestandsaufnahme

Kulturstiftung sucht Lösung bei Problemen des Denkmalschutzes

Kirchen, Burgen und weitere Baudenkmäler, die Krieg, Vertreibung und Nachkriegszeit überstanden haben, zeugen von Ostpreußen als einer reichen Kulturlandschaft europäischen Ranges. Um viele von ihnen, insbesondere im nördlichen Ostpreußen, ist es indes schlecht bestellt.

Die Dokumentation des Russen Anatolij Bachtin über den Zustand der Kirchen im Königsberger Gebiet von 1998, „Vergessene Kultur", zeichnete ein erschreckendes Bild. Eine von der Kulturstiftung der deutschen Vertriebenen in Bad Pyrmont veranstaltete internationale Fachtagung führte eine Reihe von Vertretern von Initiativen zum Erhalt der Bauten zusammen, bot Hintergrundinformationen über Theorie und Praxis des Denkmalschutzes im nördlichen Ostpreußen, warf auch vergleichende Blicke in das heute litauische Memelland und in das südliche, zur Republik Polen gehörende Ostpreußen. Es galt, eine aktuelle Bestandsaufnahme zu leisten, Problemfelder und Lösungen zu diskutieren und so zu einer Stärkung der Initiativen beizutragen.


Vor dem Verfall gerettet: Kirche Gr. Legitten Bild: Kulturstiftung

Der Beitrag des Literaturhistorikers Prof. Dr. Wladimir Gilmanow von der Kant-Universität in Königsberg griff unter der Überschrift „Der schreiende Expressionismus der Ruine" die von Bachtin ermittelten Fakten zur Situation des historischen Kulturerbes im Königsberger Gebiet auf. Die Ruinenwelt habe eine nicht zu unterschätzende Wirkkraft auf die dort lebenden Menschen und könne wesentlich zur Bildung einer neuen, regionalen Identität beitragen.

Im Jahre 2010 wurden per Föderationsgesetz und Erlass der Regierung alle kirchlichen Gebäude an die russisch-orthodoxe Kirche „rückübertragen", was man auch auf die Kirchen der Kaliningrader Oblast anwendete, die niemals der Orthodoxie gehört hatten. Dies stellte, gemäß Hans-Günther Parplies, dem Vorsitzenden der Kulturstiftung der deutschen Vertriebenen und selbst im Förderkreis Kirche Tharau engagiert, die deutschen Initiativen vor enorme Herausforderungen. Für die als „Ännchenkirche" bekannte Kirche von Tharau, die als Traktorenhalle leidlich überlebt hatte, war zuvor von Seiten des Förderkreises in zwölfjähriger Arbeit, allerlei bürokratischer und materieller Hemmnisse sowie Unzulänglichkeiten der ausführenden Firmen zum Trotz, einiges auf den Weg gebracht worden: Ein neuer Dachstuhl konnte aufgesetzt und mit Ziegeln eingedeckt werden. Dr. Walter T. Rix berichtete über die Katharinenkirche in Arnau, eines der wichtigsten Bauwerke der früheren Ordenszeit, die in der Nachkriegszeit unter der Nutzung als Getreidespeicher schwer gelitten hatte.

Weitere Einzelinitiativen kamen zu Wort: So berichtete Prof. Margarete Pulver, Braunschweig, über die Bemühungen um die Ordenskirche in Groß-Legitten als Beispiel für den Wiederaufbau als Gotteshaus für eine bestehende evangelisch-lutherische Gemeinde vor Ort. Die Kirche soll in das Eigentum der evangelischen Propstei in Königsberg übergehen. Als Beispiel für die gemeinsam mit russischen Partnern betriebene Wiederherstellung zu vorwiegend kulturellen Zwecken kann demgegenüber die Kirche von Heiligenwalde gelten, über die Dr. Bärbel Beutner, Unna, berichtete. Seit 1993 kümmerte sich eine Gruppe von ehemaligen Heiligenwaldern um den in der Nachkriegszeit als Scheune genutzten Bau, der nach umfangreichen Renovierungsarbeiten dem Gymnasium von Neuhausen zur Nutzung übertragen wurde. Im Einvernehmen mit den deutschen Initiatoren plant die russisch-orthodoxe Kirche dort ein soziales, geistliches und kulturelles Zentrum aus Kirche und angeschlossener Schule einzurichten, in dem auch die deutsche Geschichte der Schule und des Dorfes gezeigt werden soll. Als Beispiel für den Wiederaufbau mit ausschließlicher Nutzung durch die russisch-orthodoxe Gemeinde stellte Jochen Haarbrükker die St. Georgskirche in Friedland an der Alle vor. Ute Baesmann, Beverstedt, stellte ihre Initiative zur Wiederherstellung der lange als Kuhstall genutzten Kirche von Allenburg vor, eines Saalbaus mit hohem Westturm. Abschließend berichtete Iris Schulz, Wiesbaden, von den Bemühungen um die Kirche von Wehlau. Die dreischiffige Hallenkirche war zur Ruine zerfallen, der zugehörige Ort nicht mehr vorhanden, weshalb man lediglich plante, den Turm als Aussichtsturm zu erhalten. Das Projekt scheiterte. Es offenbarten sich unterschiedliche Zielsetzungen der einzelnen Initiativen: Steht für die einen die Nutzung der Kirche durch eine evangelisch-lutherische Gemeinde im Vordergrund, so sind andere auch mit der alleinigen Nutzung durch die russisch-orthodoxe Gemeinde oder mit der als weltliches Veranstaltungshaus einverstanden, wenn der Bau selbst als Zeugnis der reichen Kultur des historischen Ostpreußens erhalten werden kann. Es dürften noch viel Geschick und Geduld vonnöten sein, um gemeinsam mit den Partnern vor Ort eine nachhaltige Sicherung der – sehr wenigen – geretteten Bauten zu erreichen. Als wichtigste, aber auch schwierigste Aufgabe erscheint es dabei, jüngere Menschen dafür zu begeistern, sich ebenso intensiv wie die in den betreffenden Orten Geborenen für den Erhalt der wertvollen Sakralbauten zu engagieren. *Ehrenfried Mathiak*

Preußens viele Facetten

Bunter Herbststrauß an Themen beim Frauenseminar

Ein November ohne kulturhistorisches Seminar für Frauen? Das wäre wie ein Herbst ohne Laubfall!

Die über 40 Teilnehmerinnen des fast ausgebuchten Seminars, das vom 7. bis 11. November im „Ostheim" in Bad Pyrmont stattfand, hörten zum Thema „Vom Deutschen Orden zum Haus Hohenzollern" acht Referate, die sich auf markante Wendepunkte der preußischen und ostpreußischen Geschichte bezogen.

Uta Lüttich, Bundesvorsitzende der ostpreußischen Frauenkreise, die das Seminar leitete, gab eine Einführung in das Seminarthema.

Unerwarteter Höhepunkt im Reigen der Referate war der so nüchtern angekündigte Vortrag zum Thema „1511 – Albrecht von Brandenburg-Ansbach wird zum Hochmeister des Deutschen Ordens gewählt". Dr. Martin Treu, Theologe aus Wittenberg (zu DDR-Zeiten wahrscheinlich einziger Pfarrer im Staatsdienst – als Leiter des Martin-Luther-Hauses seit 1983), hielt einen herausragenden Vortrag über den Briefwechsel zwischen Martin Luther und Albrecht von Brandenburg. „Wie Albrecht an Luther geraten ist, wissen wir nicht."

Aus dem 22 Jahre dauernden Briefwechsel haben sich 21 Schreiben Luthers erhalten (mindestens acht sind verloren), fast ebenso viele Briefe Albrechts sind bekannt. Dr. Treu hat intensives Quellenstudium betrieben, doch ist Luthers Einfluss auf Albrecht nicht mit Sicherheit zu beweisen. Faszinierend war, viele inhaltliche Details aus diesem Briefwechsel – in den zeitlichen Rahmen gestellt – zu hören. Daraus erwuchs ein anschaulich-lebendiges Bild der beiden Persönlichkeiten. Die Zuhörerinnen waren so interessiert, dass sie unbedingt erfahren wollten, wann und wo das Thema dieses Vortrags als wissenschaftlicher Aufsatz publiziert werden wird.

Große Aufmerksamkeit brachten die Frauen auch den von Hans Graf Dohna, Potsdam, gehaltenen Ausführungen über seinen bedeutenden Vorfahren entgegen: „1661 – Alexander Burggraf und Graf zu Dohna, preußischer Generalfeldmarschall und Diplomat, wird auf Schloss Coppet am Genfer See geboren". Über diesen „Idealtyp des Preußentums" sagt sein Nachfahr bescheiden: „Er war nie ein berühmter Mann, aber eine der großen europäischen Gestalten war er schon."

Ein wichtiges und bisher in diesem Kreis im vergangenen Jahr nur angerissenes Thema war „Die Volksabstimmung in Oberschlesien 1921". Hans Eifler, Königswinter, begann mit der These „Das Vertreibungsgeschehen löschte die Erinnerung an das schlesische Teilungsgeschehen aus". Überzeugend waren seine Argumente, weshalb man sich heute mit diesen über 90 Jahre zurückliegenden Geschehnissen noch beschäftigen sollte: Sie sind ein Beispiel dafür, wie Propaganda wirkt, wie Terror Leben zerstört und für die Mentalität des wichtigen Nachbarn Polen.

Teilnehmerinnen aus der Bundesrepublik, Polen und Litauen

Nicht weniger packend war das Thema „Eine Zensur findet nicht statt – oder doch?", dem auf den Grund zu gehen Hans-Joachim von Leesen, Mönkeberg, eingeladen war. Von einer „Geschichte der Bücherverbrennungen" über die umfassende Büchervernichtung nach dem Zweiten Weltkrieg bis hin zur Situation in der Gegenwart, in der gesetzliche Bestimmungen die „Störung des öffentlichen Friedens durch Volksverhetzung" oder die „Verunglimpfung des Andenkens Verstorbener" verhindern sollen. Der Referent ermutigte: „Verbote können neue Gedanken nicht verhindern. Seien Sie kritisch! Wagen Sie, eine eigene Meinung zu haben!"

Dr. Manuel Ruoff, Hamburg, nahm die Zuhörerinnen mit in die Zeitspanne zwischen 1190 (Zeit der Kreuzzüge) und 1311 (Ende der Frühphase des Deutschen Ordens). Sein Thema „Hochmeister Siegfried von Feuchtwangen und die Frühzeit des Deutschen Ordens in Ostpreußen" war in einen klaren zeitlichen Rahmen gestellt, der von ihm mit einer Vielzahl von Detail-Informationen zu den in diesen Jahrzehnten den Orden in immer größere Bedeutung bringenden Männern gefüllt wurde.

Stets ist zu bedauern, wenn ein Referent wegen Erkrankung kurzfristig absagen muss. Der Fall trat ein bei Dr. Neitmann, Direktor des brandenburgischen Landeshauptarchivs, der zum Thema „Der erste Thorner Frieden von 1411 und der Niedergang des Deutschen Ordens im 15. Jahrhundert" hatte referieren sollen. Sein Vortrag konnte verlesen werden.

Groß ist das Erschrecken, wenn ein angekündigter Referent wenige Wochen vor dem Seminar verstirbt. Der „Ersatzmann" steht vor einer schweren Aufgabe. Ein Prof. Wolfgang Stribrny ist nicht zu ersetzen! – Dr. Jürgen W. Schmidt, Berlin, war eingesprungen und sprach zu „950 Jahre Haus Hohenzollern". Das Jahr 1061 ist das Jahr der Ersterwähnung des Geschlechts der Hohenzollern (urspr. Zollern). Schmidts Antworten auf die Fragen „Was hat die Familie groß gemacht?, Was zeichnet diese Familie aus?" waren nachvollziehbar, seine inhaltlichen Schwerpunkte „Die Hohenzollern und Brandenburg" und „Eine unglückliche Liebe, die der Staatsraison zum Opfer fiel" anschaulich.

Nur 100 Jahre umfasste das Thema, zu dem Stefanie Hanke M.A., Halle/Saale, sprach: „Richard Schirrmann und die Gründung des Deutschen Jugendherbergswerkes". Sie machte deutlich, dass bei einer Einrichtung, die fast jedem Bürger ein Begriff ist, nicht das Wissen über den aus dem Kreis Heiligenbeil stammmenden Lehrer, der die bahnbrechende Idee zur Schaffung von Jugendherbergen hatte, verlorengehen darf.

Einen bunten Herbststrauß aus historischen Tatsachen und Anregungen, eigene geschichtliche Kenntnisse zu hinterfragen und weiter zu vertiefen, nahmen die Teilnehmerinnen, die – wie in den vergangenen Jahren – aus ganz Deutschland, Polen und Litauen kamen, mit nach Hause. *Ute Eichler*

Das Grauen der anderen

Ein Besuch im ehemaligen Stasigefängnis Berlin-Hohenschönhausen weckt schlimme Erinnerungen

Das einstige Stasigefängnis Hohenschönhausen in Berlin wird inzwischen jährlich von mehr als 314000 Menschen besucht, darunter fast die Hälfte Schüler und Studenten.

„Lasst, die ihr eintretet, alle Hoffnung fahren ...“ Diese Verszeile aus Dantes „Göttlicher Komödie“ mag dem Besucher spontan einfallen, wenn er die „Gedenkstätte Berlin-Hohenschönhausen“ in der Genslerstraße 66 im Osten der Stadt betritt. Im Gästezentrum, einem tristen grauen Gebäude, wartet schon eine große Zahl von Besuchern auf die nächste Führung. Auch viele junge Leute sind dabei. Darunter eine Schulklasse, deren Interesse den in Schaukästen ausgestellten Erinnerungsstücken an eines der

> Als Führer fungieren ehemalige Insassen des Gefängnisses

schlimmsten Gefängnisse aus realsozialistischer Zeit gilt.

Bei der Vorführung des Films, der akribisch die Geschichte der „Zentralen Untersuchungshaftanstalt des Ministeriums für Staatssicherheit“ nachzeichnet, kann man eine Stecknadel zu Boden fallen hören. Der Gebäudekomplex – ursprünglich eine Großküche – wurde 1945 von der sowjetischen Besatzungsmacht in das „Speziallager Nr. 3“ umgewandelt. Dort vegetierten zeitweise 4200 Inhaftierte unter unmenschlichen Verhältnissen auf engstem Raum dahin. Es gab weder eine Heizung noch Decken. In den Jahren 1945/46 starben nach vorsichtigen Schätzungen über 3000 Menschen, viele davon an Unterernährung. Ihre Leichen wurden auf Müllhalden und in Bombentrichtern verscharrt. Die Sowjets machten nicht einmal vor zwölfjährigen Kindern halt. Besonders perfide waren die in den 70er Jahren des vergangenen Jahrhunderts angewandten Methoden gegen prominente Dissidenten, wie unter anderen den Schriftsteller Jürgen Fuchs, der während der Verhöre höchstwahrscheinlich mit Gammastrahlen kontaminiert wurde. Er und manche seiner Leidensgenossen starben später an Leukämie.

Die Besucher fröstelt es beim Anblick des Wachturms und der um das Stasi-Gelände gezogenen hohen Mauer. „Hereinspaziert“, lädt Herbert Krebs seine Gäste ein und weist ihnen den Weg in die Kellergewölbe des Gefängnisses. Er selbst war kurz vor der Wende einige Zeit hier inhaftiert, und das „nur weil ick schriftlich een paar Verbesserungsvorschläge bei der Regierung einjereicht hatte“, lacht der bärtige Mann. Sämtliche Führungen werden von Personen durchgeführt, die selbst einmal in diesem Knast interniert waren. Der ist die Hölle, wie selbst Dante sie nicht besser hätte ersinnen können. Winzige fensterlose Verliese, nackte Holzpritschen und ein Eimerchen für die Notdurft. Das Grauen erreicht seinen Höhepunkt in der „Nasszelle“. Herbert Krebs erklärt die chinesische Wasserfolter, bei der dem kahlgeschorenen Häftling in regelmäßigen Abständen eiskaltes Wasser auf den Kopf getropft wurde. „Migräne ist nichts dagegen“, sagt Krebs. Viele Stasiopfer kapitulierten bereits vor der Anwendung und gaben alles zu, was sie nicht getan hatten. In den gerade einmal zehn Quadratmeter großen Zellen waren zeitweise bis zu 15 Menschen untergebracht. Die mussten sitzen und durften sich nicht bewegen. Kam einer vom Verhör zurück und hatte nicht gestanden, wurde er gezwungen, stundenlang bewegungslos dazustehen. Überwacht wurde diese Folter von unerbittlichen Stasischergen, die bei dem geringsten Verstoß sofort „tätig“ wurden. Da kam schon mal der „sozialistische Wegweiser“ zum Einsatz, wie die Insassen den Gummiknüppel nannten. Später rückte die Staatsmacht von allzu großer physischer Gewalt ab und wandte ausgeklügelte psychologische Verhörmethoden an, um die Häftlinge „weich zu kochen“.



Saß in Hohenschönhausen: TV-Moderatorin Edda Schönherz besuchte den Stasi-Knast Bild: Buhr

Durchatmen an der frischen Luft im Gefängnishof. Einige Gebäude sind eingerüstet und werden gerade originalgetreu restauriert. Treppauf geht es in ein Nebengebäude, das nahezu einladend wirkt gegenüber dem „U-Boot“, wie der Kellerknast so treffend hieß. Die Zellen sind sogar mit Waschbecken versehen. Nahezu human für DDR-Verhältnisse. Dennoch beklagte sich der gefürchtete ehemalige Stasichef Erich Mielke, der dort nach der Wende kurz einsaß, über unzumutbare Haftbedingungen!

Wer diese Welt des Grauens verlässt, braucht einen Schnaps oder einen starken Kaffee! In der Cafeteria ist auch einer der prominentesten Ex-Häftlinge von Hohenschönhausen. Edda Schönherz, die ehemalige Moderatorin im DDR-Fernsehen, verdankte ihre Inhaftierung dem Umstand, dass sie sich in den 70er Jahren während eines Urlaubs in Ungarn in den Botschaften der Bundesrepublik Deutschland und der USA lediglich nach Ausreisemöglichkeiten erkundigte. „Die waren doch alle verwanzt“, erzählt die sympathische Frau mit den strahlend blauen Augen. „Zurück in Berlin, stand die Stasi bei mir auf der Schwelle.“ Dem Martyrium in Hohenschönhausen mit Schlafentzug und brutalsten Verhörmethoden folgte ein dreijähriger Aufenthalt auf der Burg Hoheneck im Erzgebirge. „Der schlimmste Frauenknast der DDR“, sagt Edda Schönherz. Man hatte sie, die politische Gefangene, mit Kindes- und Gattenmörderinnen in eine Zelle gesperrt. Kaputt gemacht hat sie das nicht. Eher noch stärker. Ihre Vorträge und Führungen erfreuen sich großer Beliebtheit. „Und Dokumentarfilme mache ich auch noch“, sagt sie zum Abschied. „Diese Schande darf niemals in Vergessenheit geraten.“ *Uta Buhr*

Die Gedenkstätte Berlin-Hohenschönhausen, Genslerstraße 66, ist Montag bis Freitag von 11 bis 13 Uhr, Dienstag und Donnerstag zusätzlich um 15 Uhr sowie am Wochenende zwischen 10 und 16 Uhr geöffnet.

In Kürze

Ein Vergnügen für die Familie

Je näher Weihnachten rückt, umso mehr rückt auch das Thema Spielzeug wieder mehr in den Mittelpunkt des Interesses. Die Kinder haben schon längst ihre Wünsche geäußert und die Erwachsenen sich Gedanken gemacht, welches Spielzeug in diesem Jahr für Kinder und Enkel beim Christkind bestellt werden müssen. Einen Vorgeschmack auf die bunte Welt des Spielzeugs bietet ein ungewöhnlicher Reiseführer von Ulrich Höschen. Der Sachbuchautor hat Erlebnistouren zu Spielzeugmuseen und Miniaturwelten zusammengestellt.



Entstanden ist ein bunter Überblick über die außergewöhnliche Vielfalt großer und kleiner Museen. Die Reise beginnt im Lübecker Theaterfigurenmuseum mit seinen Hand- und Stabpuppen aus drei Jahrhunderten, führt über Hamburg mit seinem Miniaturwunderland und seiner Modelleisenbahnanlage (die größte der Welt, wenn auch nicht die einzige in Hamburg), geht weiter in das Berliner Arikalex Miniaturmuseum mit einer Nachbildung des Schlosses Sanssouci bis in die Spielzeugstadt Nürnberg und nach Augsburg zur „Puppenkiste“. Ein Vergnügen für die ganze Familie. *os*

Ulrich Höschen: „Spielzeugwelten. Erlebnistouren zu Spielzeugmuseen und Miniaturwelten in Deutschland und Europa“, *Battenberg Verlag, Regenstauf 2011, 270 Seiten, broschiert, 14,90 Euro*

Bibelverse für unterwegs

Plakate und Hörbücher machen das Wort Gottes wieder populär

Bei „Coffee to go“ könnte man weiterdenken: tall, large oder extra large, mit Milch oder ohne, medium, light oder koffeinfrei. Dem christlichen Plakatdienst in Hamburg fällt dazu Offenbarung 21, Vers sechs ein: „Allen Durstigen werde ich Wasser aus der Quelle des Lebens schenken.“ Anliegen des Plakatdienstes ist es, mit einfachen Worten und dazu manchmal ungewöhnlich anmutenden Bibelzitaten die Aufmerksamkeit wieder auf das Wort Gottes zu lenken – oft auch augenzwinkernd.

Die neueste Aktion des Christlichen Plakatdienstes gebraucht Begriffe aus der Welt des Nahverkehrs wie „Stehplatz“, „Warteschlange“ oder eben „Coffee to go“ und setzt darunter passende Bibelverse. Wohltuend schlicht sind diese insgesamt 16 Plakate, die dem Betrachter in einer hektischen Zeit, in der alles schnell gehen muss, zehn Sekunden Auszeit vom Alltag schenken. Über www.wertvollwort.de im Internet können diese „Auszeit-Worte“ auch als E-Card verschickt werden.


Werbung: Bibelverse an der U-Bahn Bild: Archiv

Wer nun den Drang verspürt, zu seiner Bibel zu greifen, aber aus unterschiedlichen Gründen nicht zum Bibelstudium der gedruckten Schrift kommt, kann auf „Die Hörbibel. Hoffnung für alle“ zurückgreifen, die der Brunnenverlag bereits 2007 herausgegeben hat. Auf zwei CDs, 260 MP3-Tracks, über 26 Stunden liest Yves Robert Buergi mit seiner angenehmen Stimme das Neue Testament.

Buergi ist Schauspieler, Rezitator und Lyriker und man merkt es seiner lebendigen und variantenreichen Lesung an, dass er und das gesprochene Wort eine gut funktionierende Einheit bilden. Von 1991 bis 2002 las er für Radio ERF regelmäßig Bibeltexte. Diese Aufnahmen hat der Brunnen Verlag als Hörbibel im MP3-Format herausgegeben. Die einzelnen Tracks sind entsprechend den Vorlagen von unterschiedlicher Länge. Der Hörer sollte darauf achten, ein gutes Abspielgerät zu benutzen, da mit vielen Abspielgeräten die ersten zwei Silben jedes Tracks verschluckt werden. Außerdem muss dieses Gerät MP3s abspielen können.

Wer allerdings die schöne Lutherübersetzung erwartet, irrt sich. Diese wurde nämlich nicht herangezogen, sondern eine neue Fassung. Aus Matthäus 5, Vers 15 „Man zündet auch nicht ein Licht an und setzt es unter einen Scheffel, sondern auf einen Leuchter; so leuchtet es allen, die im Hause sind“, was heute ein geflügeltes Wort ist, wurde: „Man zündet ja auch keine Lampe an und deckt sie dann zu. Im Gegenteil, man stellt sie so auf, dass sie allen im Haus Licht gibt.“

Jüngere Menschen, die nicht wissen, was ein Scheffel ist, oder die diesen Ausspruch nicht kennen, verstehen die Brunnenvorlage vielleicht besser. Doch enttäuscht es diejenigen, welche die Wortschönheit der Lutherübersetzung schätzen.

Schaut man über diese Kritikpunkte hinweg, bietet die Hörbibel eine echte Alternative zur gedruckten Bibel gerade für die Menschen, denen das Lesen schwerfällt oder die keine Zeit zum Lesen, wohl aber zum Zuhören haben beispielsweise während langen Auto- oder Zugfahrten.

Christiane Rinser-Schrut

***„Die Hörbibel. Hoffnung für alle. Das Neue Testament“**, gesprochen von Yves Robert Buergi. Brunnen Verlag, Basel 2007, 29,95 Euro.*

Geschäfte mit Safran

Das teuerste Gewürz der Welt lockt auch Fälscher an

Spanische Paella, Risotto Milanese, französische Bouillabaisse, türkischer Pilaw – sie haben alle eines gemeinsam: Das teuerste Gewürz der Welt gibt ihnen den besonderen Kick. Für 0,1 Gramm Safran der seit Ende Oktober verfügbaren Ernte 2011 muss der Gourmet 1,35 Euro auf den Tisch legen, für den türkischen Pilaw werden zwei Gramm benötigt, also 27 Euro.

Den rotgelben Fäden der Herbstzeitlosen ähnlich, sind die Blütenstempel der violetten

> Ein Kilo kann 14500 Euro kosten

Knollenpflanze aus der Familie der Krokusse ein wahrhaft fürstliches Vergnügen, das schon mal für ein Kilo auf 14500 Euro kommt.

Die exorbitanten Preise für das herb-scharfe Edelgewürz – in der Antike „Blut des Herakles“ genannt – locken natürlich die Fälscher der Lebensmittelmafia auf den Plan. So werden etwa in der spanischen La Mancha nur rund 1,5 Tonnen geerntet, aber 90 Tonnen als spanisches Produkt in alle Welt verkauft. Ein großer Teil davon kommt aus dem Iran und wird einfach umetikettiert.

Der Ertrag für die spanischen Exporteure liegt bei 400 Millionen Euro. Safrananbau ist schwierig und benötigt vor allem bei der Ernte viele Arbeitskräfte. Für ein Kilo werden 250000 bis 400000 der violetten Blüten gesammelt. Ein Pflücker schafft gerade mal 60 bis 80 Gramm pro Tag.

Die Anbaugebiete für das seit 3500 Jahren im Orient als Gewürz und Heilpflanze (Ayurveda) sowie als Aphrodisiakum (Vorsicht: mehr als 15 Gramm


Kostbare Fäden: Das Gewürz Safran Bild: tec search

können den Tod herbeiführen) genutzte Gewächs liegen in Spanien, in Griechenland mit etwa acht Tonnen, Marokko, in der Türkei, im Iran, dem Hauptproduzenten, und in Kaschmir. Auch das kleine Schweizer Wallisdorf Mund produziert gerade mal zwei Kilogramm.

„Safran macht den Kuchen gehl“, heißt es in einem deutschen Kinderlied. Vielen unbedarften Käufern kommt es vor allem auf die Färbekraft an. Und genau das ist es, was die Fälscher ausnutzen.

Kenner warnen vor Billigangeboten als Reisemitbringsel. Das „Schnäppchen“ entpuppt sich als billiger Gelbwurz oder Kurkuma-Mischungen.

Auch die Färberdistel muss schon mal herhalten. Selbst Ringelblumen, Maisbartfäden, Arnika- und Tagetes- sowie Löwenzahn- und Granatapfelblüten werden dazu gemixt.

In den Normen ISO/TS 3632-1 sind die Qualitätskriterien für das seltene Gewürz festgelegt. Der Verbraucher kann die Echtheit feststellen, indem er einen Faden anfeuchtet und auf Papier zerreibt. Es muss sich gelb färben. Spanische, saubere Produkte sind durch das Gütesiegel LA MANCHA D.O.P. gekennzeichnet.

In früheren Zeiten machte man mit den Pfuschern kurzen Prozess. Im Mittelalter mussten sie mit dem Tod durch Verbrennen rechnen. Im alten Persien wurden ihnen die Hände abgehackt. Heute gibt es allenfalls eine Geldbuße. *Joachim Feyerabend*



Anonyme Rufmörder

Gefahren des Internets

Aus dem Internet erfährt man ja bekanntlich viele Dinge, aber als der Jazzmusiker Bruno Leicht einmal aus Spaß seinen eigenen Namen googelte, erfuhr er, dass er ein Nazi sei. Auch über seine angeblichen perversen Neigungen konnte er lesen. Sofort versuchte er herauszubekommen, wer diese Einträge im Netz über ihn gemacht hatte, um dieser Person das Handwerk zu legen, doch je mehr er versuchte, seinen unsichtbaren Gegner zu entlarven, desto mehr Freude empfand dieser, ihn im weltweiten Netz zu verleumden.

Christian Scherg kennt von Berufswegen viele solcher Fälle. Ihm gehört die Revolvermänner GmbH und in „Rufmord im Internet" schildert er, welche Gefahren das Internet auch in sich birgt.

Scherg betont, dass einer Studie zufolge 95 Prozent aller Unternehmen heutzutage sich per Internet über ihren Geschäftspartner informieren. Selbst Bewerber werden immer öfter von Personalabteilungen via Internet überprüft. 57 Prozent der Unternehmen werden dann auch ihre Entscheidungen mit von den Internet-Ergebnissen abhängig machen. Und da das Internet ein langes Gedächtnis hat, können dort vorhandene negative Einträge einem das Leben schwer machen. Demzufolge soll jedes Unternehmen, aber auch jeder Privatmensch darauf achten, dass im Internet nichts Negatives über ihn steht. Und: 87 Prozent der Internetnutzer nehmen nur die ersten beiden Suchergebnisse, die ihnen Google anbietet, wahr. Steht hier etwas Negatives, ist der Ruf schnell ruiniert.

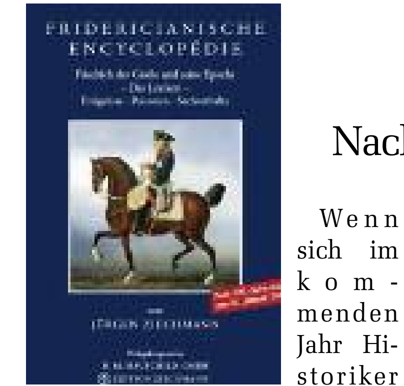
Doch Scherg warnt, gleich überzureagieren. So ließ Lutz Heilmann 2008, damals als Bundestagsabgeordneter der Partei „Die Linke", per einstweiliger Verfügung die Internetseite www.wikipedia.de sperren, weil dort erwähnt wurde, dass er in der DDR Mitarbeiter bei der Staatssicherheit gewesen war. Zwar stimmte das, was dort stand, doch Heilmann wollte nicht, dass es publik wurde. Allerdings hatte er nicht bedacht, dass die von ihm verfügte Sperrung von www.wikipedia.de viel mehr Aufmerksamkeit auf ihn lenken würde, als er es sich je in seinen Alpträumen hatte vorstellen können.

Die Anonymität des Internets macht es leicht, andere an den Pranger zu stellen. Der Autor nennt Fälle, in denen Wettbewerber versucht haben, ihre Konkurrenten schlecht aussehen zu lassen. Aber auch Kundenbewertungen über Seiten wie www.amazon.de oder www.holidaycheck.de können Unternehmen in die Bredouille bringen, schließlich schauen sich viele Käufer vor ihrer Kaufentscheidung an, was andere Kunden über ein Produkt geschrieben haben.

Und plötzlich war er ein perverser Nazi

Für Unternehmen bietet der Autor viele kleine technische Möglichkeiten zur Optimierung des eigenen Image im Internet an. Für Privatpersonen wird es da schon schwieriger. Zwar können sie Strafanzeige im Falle von Verleumdung stellen, doch oft sind die Täter nicht zu entlarven, da die Server, die Hinweise auf den Standort des Täters geben könnten, irgendwo im Ausland stehen und somit für die deutsche Justiz nur schwer greifbar sind. Da Scherg ja seine Dienstleistung auch verkaufen will, rät er verständlicherweise, sich bei Rufmord im Internet an Spezialisten wie ihn zu wenden. Aber selbst dann ist die Gegenwehr eine oft mühselige Sache. *Bel*

***Christian Scherg: „Rufmord im Internet. So können sich Firmen, Institutionen und Privatpersonen wehren"**, ambition, München 2011, geb., 197 Seiten, 29,99 Euro*



Alles über Friedrich II.

Nachschlagewerk gibt viele Informationen über preußischen Monarchen

Wenn sich im kommenden Jahr Historiker und Freunde der Geschichte des 18. Jahrhunderts auf das Thema Friedrich der Große stürzen, dann wird viel Sinniges, aber auch Unsinniges geschrieben werden. Der große Preußenkönig, dessen 300. Geburtstages gedacht wird, stand seit eh und je im Fokus des Interesses. Die einen sehen in ihm den bedeutenden Feldherrn, die anderen den Inbegriff des Militarismus. Wie er wirklich war, das wird man am Ende des Jahres vielleicht eher erkennen können, zieht man ein Fazit aus all den bedeutenden und unbedeutenden Veröffentlichungen des Jahre 2012 über dieses Thema zusammen.

Ein Mann, der sich seit langem mit Friedrich dem Großen intensiv beschäftigt hat, ist Prof. Dr. Jürgen Ziechmann, lange Jahre Autor der *PAZ*. Ziechmann hat sich bis ins kleinste Detail mit dem Leben und Wirken Friedrichs befasst. Entstanden ist nach beachtenswerter Kleinarbeit ein Lexikon, das sich ausschließlich Friedrich widmet. Von „Abdecker" bis „Zweiter Schlesischer Krieg" reichen die Stichworte und geben einen Eindruck von der Vielseitigkeit des Lexikons. Der Autor hat eine Fülle von Daten und Fakten zusammengetragen, da kann es schon einmal zu einer Flüchtigkeit kommen, etwa wenn ausgerechnet bei der Kurzbiografie des Preußenkönigs das Todesjahr fehlt (Seite 221).

Die Texte sind kurz, wie es sich für ein Lexikon gehört, und allgemeinverständlich geschrieben, so dass auch der Laie seine Freude daran haben dürfte. Die weiterführenden Literaturhinweise werden den Leser erfreuen, der gern noch mehr wissen möchte. Für den Anfang aber macht es einfach auch Vergnügen, in dem Lexikon zu schmökern, das weitaus mehr ist als ein reines Nachschlagewerk. Welch eine Freude, nicht nur über den Regenten und Feldherrn, sondern auch über den Menschen Friedrich zu lesen. Der König war ein Anhänger der „Humoralpathologie", des Aderlasses. Eine Prozedur, der er sich zweimal im Jahr unterzog. Dass Friedrich ein Freund der Künste, der Musik vor allem, aber auch des Theaters war, das ist dem Preußenfreund hinlänglich bekannt. Er war aber auch ein Freund und Sammler der Antike. Ziechmann: „Die Antike wurde von ihm als Kompensation der eigenen nothaften (bürgerlichen?) Existenz aufgefasst. Sich mit ihr zu beschäftigen war gleichbedeutend mit der Suche nach einem ganzheitlichen und geschlossenen, in sich ruhenden und mit sich und der Welt im Einklang befindlichen Selbstdasein … Friedrich wurde durch seine Ankäufe zu einem der führenden Antiken-Sammler des 18. Jahrhunderts. Am Ende seines Lebens hatten sich mehrere hundert Stücke angesammelt, die dann aber doch in einer von Friedrich vorgenommenen Anordnung aufgestellt wurden, und zwar in den verschiedenen Schlössern je für sich nach eigenem Schwerpunkt einerseits – und im 1768 von Carl Philipp Christian von Gontard erbauten Antikentempel andererseits."

Der Antike, dem Aderlass und dem Kaffee zugetan

Neben sachlichen Informationen hat Ziechmann in die einzelnen Artikel auch so manche Anekdote eingebaut, von denen es über Friedrich II. ja bekanntermaßen viele gibt. So liest man in einem Beitrag über den Kaffeekonsum in Preußen, dass der König sich über den Verbrauch seiner Untertanen mokiert, aber auch selbst gern eine Tasse des braunen Gebräus zu sich nahm. Ein Plakat zeigte Friedrich mit einer Kaffeemühle zwischen den Knien. Als er das sah, soll er gesagt haben: „Niedriger hängen, damit es alle sehen können." Mit Ziechmanns „Fridericianischer Encyclopédie" ist kein trockener Lesestoff für reine Historiker erschienen, sondern ein Lesebuch, das Lust auf mehr macht. Vorsicht: Es besteht Suchtgefahr, noch tiefer in die Geschichte um den großen König einzutauchen. *Silke Osman*

***Jürgen Ziechmann: „Fridericianische Encyclopédie. Friedrich der Große und seine Epoche. Das Lexikon, Ereignisse, Personen, Sachverhalte"**, Edition Ziechmann, H. M. Hauschild GmbH, Bremen 2011,756 Seiten, 14 farbige Karten zu den von Friedrich geschlagenen Schlachten, umfangreiches Personenregister, geb., 88 Euro*

Natur ohne Aktionismus erleben

Viel Wissenswertes und nette Anekdoten über Tiere und Pflanzen

„Wir können so unglaublich viel und schwer arbeiten, weil wir so gut schwitzen. Am besten von allen Säugetieren. Wir sind deshalb von Natur aus ein Arbeitstier", so *PAZ*-Gastautor Josef H. Reichholf in „Natur Geschichte(n)". Das Buch bietet rund 60 geistvolle Mini-Feuilletons, alle garniert mit kundigen Wissenshappen. Eine Mixtur zum Genießen, erschlossen durch naiv-neugierige Fragen in den Kapitelüberschriften: Warum hat Südamerika nur kleine Großtiere? Weil es „mehr als 50 Millionen Jahre lang eine Insel war", gesperrt für „Säugetiere aus der Alten Welt". Was unterscheidet Vögel von allen anderen Tierarten? Dass nur sie ein gemeinsames Merkmal haben: „Was Federn hat, ist ein Vogel." Woher rührt die Formenvielfalt von Vogelschnäbeln? Weil diese das einzige Werkzeug sind, nachdem sich die Vorderbeine zu Flügeln umbildeten. Sind Menschen von Natur aus Vegetarier? Nein, da „die Pflanzenkost nicht genügend Proteine liefert", weswegen sogar Schimpansen mitunter zu „reißenden Bestien" werden. Ist Afrika die Urheimat des Menschen? Vermutlich nicht, aber es liegen „viele Leichen an unserem Weg", und „es überlebte nur eine einzige Art".

Man kann Reichholfs Buch an beliebiger Stelle aufschlagen und immer mit Gewinn lesen. Was er beispielsweise auf fünf Seiten zur Frage „Warum legen Vögel Eier?" ausführt, ersetzt dickleibige Zoologie-Wälzer und ist zudem viel kurzweiliger. Man versteht, warum er bei Sprachpflegern einmütig verehrt wird, bei Natur- und Umweltschützern aber höchst umstritten ist. Für ihn sind sie oftmals „falsche Propheten" und Dogmatiker, deren Aktionismus von wirklich relevanten Problemen ablenkt. Details breitet der Wissenschaftsjournalist Michael Miersch in seinem lesenswerten Nachwort aus: nur wenige Öko-Dogmen, die der „Andersgrüne" Reichholf nicht mit guten Argumenten attackiert hätte.

Attraktiver sind seine Stellungnahmen in aphoristischer Zuspitzung und intellektuellem Charme: Religiöse Menschen haben „mehr überlebende Kinder und keine Probleme mit Vereinsamung oder Verarmung"; „Sex scheint das Einzige zu sein, von dem man(n) nicht genug bekommen kann"; „alle Indianer und Indios von Nord- und Südamerika trugen die Blutgruppe Null, weil sie von Nordostasiaten abstammten, bei denen diese vorherrscht"; Ökologie als Wissenschaft ist „im allgemeinen Ökogetöse ziemlich untergegangen". Fazit: „Die Natur braucht uns nicht. Wir sind diejenigen, die die Natur nötig haben. All unsere Technik ist nichts anderes als ein Mittel, die Natur wirkungsvoller zu nutzen." *Wolf Oschlies*

***Josef H. Reichholf: „Natur Geschichte(n)"**, Knaus Verlag, München 2011, gebunden, 319 Seiten, 19,99 Euro*



Der Farben beraubt

Autorin berichtet über das Leben einer Blinden

Unter dem Titel „Magdalenas Blau. Das Leben einer blinden Gärtnerin" erschien die Biografie der blinden Magdalena. Die Biografie kommt im Gewand einer Autobiografie daher: Aus der angenommenen Perspektive der fast 80-Jährigen schildert die Journalistin Ulla Lachauer den steinigen Lebensweg einer Frau, die durch ihr Augenleiden von Kindheit an benachteiligt war und immer um Teilhabe gekämpft hat. Lachauers Buch beruht auf ausführlichen Interviews mit Magdalena. Häufig ist darin vom Sehen die Rede und von den verschiedenen Farben dieser Welt, und man kann viel darüber lernen, was Blindsein bedeutet.

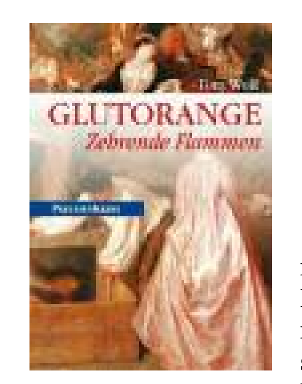
Magdalena wurde 1933 geboren. „Unsere Magdalena hat was mit den Ägle", diese häufig geäußerte Bemerkung ihrer Mutter und ihres Vaters, von Beruf Malermeister, verstand das kleine Mädchen überhaupt nicht. Im Gegensatz zu ihren drei gesunden Geschwistern verfügte Magdalena zwar nur über eine geringe Restsehfähigkeit von rund zwei Prozent, hatte aber gelernt, sich in ihrer Umgebung anhand von Geräuschen und vor allem durch Farben zu orientieren. Bald aber wird ihr das Fast-Blindsein schmerzlich bewusst und dieser Schmerz wird ihr lebenslanger Begleiter. Mit aller Kraft wehrt sich das ungebärdige Kind gegen Ausgrenzung und versucht, bei allen Spielen mitzutun. Nach der Bombardierung Freiburgs am 27. November 1944 findet die Zwölfjährige mit Hilfe von Ohren und Nase und Händen aus der brennenden Stadt heraus.

Lachauer mit Künkelin-Preis geehrt

1958 heiratete Magdalena Konrad, einen angehenden Lehrer, der normalsichtig ist. Ihre Bürotätigkeit bei der Post in Freiburg gab sie auf und folgte ihrem Mann in ein winziges Bergdorf im Schwarzwald mit Eigenheim und großem Garten. Die Befürchtung, Sohn Lukas könnte die Augenkrankheit seiner Mutter geerbt haben, bewahrheitete sich. Doch der Junge lernt eifrig durch Zuhören.

Magdalena erblindet mit 60 Jahren vollständig – was für ein gewaltiger Unterschied zwischen fast nichts und nichts, ruft sie aus. Schrecklich war für sie das Verschwinden der Farben. Das Blindsein schottet ab, zudem lenke Sehen vom Grübeln ab. Lachauer, die gerade mit dem Barbara-Künkelin-Preis der Stadt Schorndorf geehrt wurde, weil sie Geschichten nicht um ihrer selbst willen erzählt, sondern aus Sicht aktueller, oft brennender und verborgener Problemlagen und weil sie vertriebenen, entwurzelten Menschen eine Stimme gegeben hat, dürfte mit diesem Buch vielen Menschen Anregung zum Nachdenken geben. *Dagmar Jestrzemski*

***Ulla Lachauer: „Magdalenas Blau. Das Leben einer blinden Gärtnerin"**, Rowohlt Verlag, Berlin 2011, geb., 224 Seiten, 19,95 Euro*



Gift statt Granaten

Preußen-Krimi mit Koch als Ermittler

Chaos in Berlin: Der in russischen Diensten stehende General Tottleben versucht Anfang Oktober 1760 die Stadt einzunehmen. Im Granatenhagel kommt auch der von Friedrich dem Großen sehr geschätzte Maler Feudras in seinem Atelier zu Tode. Zumindest sieht es auf den ersten Blick so aus.

Durch einen Spezialauftrag des Königs wird Honoré Langustier, Hauptfigur in Tom Wolfs neuestem Preußenkrimi, zum Ort des Geschehens befohlen, mitten in den Wirren der Stadtverteidigung. Er findet schnell heraus, dass die Granate erst später gezündet wurde, und zwar nach der Vergiftung des Malers. Denn um nichts anderes handelte es sich, wie Langustier – sogar am eigenen Leib – erfahren muss. Aus Gründen, die dem zweiten Hofküchenmeister – denn das ist Langustiers eigentliche Funktion – zunächst völlig schleierhaft sind, hat Friedrich II. schon vorher geahnt, dass der Künstler in Gefahr ist.

Gewissenhaft untersucht der Koch die Umstände des Mordes an Feudras, mit dem er auch befreundet war. Wenig hilfreich ist, dass der König vor seinem informellen Chefermittler nicht alle Karten aufdeckt. Warum beschäftigte er den Maler ausschließlich als Kopisten, obwohl Feudras selbst großes schöpferisches Talent besaß? Wer ist der geheimnisvolle Mäzen, der ihm in der letzten Zeit vor seinem Tod so viele Bilder abkaufte? Und überhaupt: Was war das Motiv des Mordes? Einerseits wurden nach der Ermordung des Malers 27 Bilder aus den Rahmen geschnitten. Andererseits: Feudras war kein Kostverächter und die schöne Petronella fühlte sich bei ihm wohler als bei ihrem Mann, dem Kunsthändler Pindl. Damit nicht genug: Da gibt es noch Mathilde, die kratzbürstige Ehefrau des Malers; und Petronellas erster Ehemann war Tottleben, jener Generals, der gerade in diesen Tagen Berlin unter Feuer setzt … oder geht es doch um etwas ganz anderes?

Tote war Maler bei Friedrich II.

Bereits zum elften Mal lässt der vor Kurzem von Berlin in die Prignitz übergesiedelte Autor Tom Wolf in „Glutorange. Zehrende Flammen" den von ihm erfunden Hofküchenmeister Langustier im Auftrag des Preußenkönigs ermitteln. Sorgfältig in den Details und auch auf den Sprachduktus der Zeit achtend, wird eine erfundene Handlung in die tatsächlichen Gegebenheiten eingebettet. Es ist erstaunlich, welch große Zahl von historischen Persönlichkeiten, welche Vielfalt an – hervorragend recherchierten – Lebensumständen in einem nicht einmal 300 Seiten umfassenden Krimi quasi nebenbei präsentiert werden können. *Erik Lommatzsch*

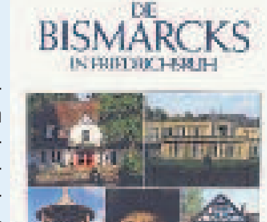
***Tom Wolf: „Glutorange. Zehrende Flammen"**, be.bra, Berlin 2011, broschiert, 269 Seiten, 9,95 Euro*

Faszination Ermland und Masuren, Kalender

Mit 13 eindrucksvollen Farbfotos im Großformat der Natur in Ermland und Masuren.
Format: 42 x 30,7 cm (im Querformat), Metall Wire-O-Bindung mit Öse zum Aufhängen. Bildunterschriften mit technischen (fotografischen) Angaben
Best.-Nr.: 7143

€ 14,90

Eckardt Opitz
Die Bismarcks in Friedrichsruh



Im Jahre 1871 schenkte Kaiser Wilhelm I. dem ersten deutschen Reichskanzler, Otto von Bismarck, den Sachsenwald für seine Verdienste bei der Gründung des Deutschen Reiches. Seither ist das idyllisch gelegene Friedrichsruh inmitten des Sachsenwaldes der Stammsitz der Grafen und Fürsten von Bismarck-Schönhausen. Ein herrlicher Bildband über die Familie von Bismarck, über Friedrichsruh und den Sachsenwald.

Großformat, 21,5 x 28, 144 Seiten, mehr als 100 meist farb. Abb., Lit. Verz.
Best.-Nr.: 4550

statt € 24,80 nur noch € 14,95

NEU



Elchstandbild
Darstellung, die dem Tilsiter Elch nachempfunden ist. Metallguß, bronziert, Höhe 26 cm
Best-Nr.: 7134

€ 149,95

Ostpreußischer Weihnachtstaler 2011

Albrecht von Preußen – Der Gerechte lebt aus dem Glauben

Streng limitierte Auflage, nur 500 Stück! Speziell für Leser der



Ab sofort lieferbar!



- Spezifikation: Feinsilber 999, polierte Platte
- Durchmesser: 35 mm
- Gewicht: 15 Gramm reines Silber
- Verpackung: Repräsentatives Etui
  Medaille ist durch eine Klarsichtkapsel geschützt
  Best.-Nr.: 7139

Feinsilber 999

Preis: € 49,90

Nur über den Preußischen Mediendienst zubeziehen!

PMD Preußischer Mediendienst

lesensWERT!
Die Buchempfehlung des Preußischen Mediendienstes!



Ab dem 7.12. lieferbar

Heinz Schön
Königsberger Schicksalsjahre
Der Untergang der Hauptstadt Ostpreußens 1944–1945.

Der Untergang Königsbergs beginnt spät, aber mit brutaler Wucht am 26. August 1944, als britische Bomber einen Feuersturm in der Stadt entfachen. Der ganze Stadtkern wird ausgelöscht. Im Oktober stößt die Rote Armee erstmals auf ostpreußischen Boden vor, im Januar 1945 steht sie im Rahmen ihrer Winteroffensive bereits vor den Toren Königsbergs. Dabei richtet sie unglaubliche Greuel unter der Zivilbevölkerung an. Doch die Stadt soll um jeden Preis gehalten werden und die Evakuierung der Deutschen über See fortsetzen zu können. Als die Festung Königsberg nach erbitterter Verteidigung im April 1945 fällt, wartet auf die über 100.000 verbliebenen Königsberger die Hölle. Die sowjetische Führung gibt die Stadt drei Tage lang für Plünderung, Brandschatzung, Mord, Totschlag und Vergewaltigung von Frauen und Mädchen frei. Danach sorgen Hungerterror, Zwangsarbeit, Kälte und Gewalt dafür, daß 1947 gerade noch 24.000 Deutsche nach Mitteldeutschland abgeschoben werden können – alle anderen sind tot. Zahlreiche Zeitzeugen berichten in diesem Buch über das selbst erlebte Grauen beim Untergang einer deutschen Großstadt mit einst 372.000 Einwohnern.

Geb., 352 S., davon 32 S. s/w-Abbildungen im Großformat.
Best.-Nr.: 7159

€ 25,95



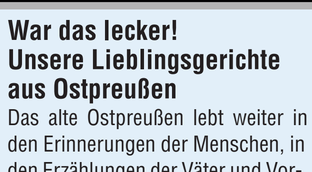
DVD

Alfred de Zayas:
Verbrechen an Deutschen
Deportation, Zwangsaussiedlung u. ethnische Säuberung
Laufzeit: ca. 92 Min.
Best.-Nr.: 7129, € 9,95



Heinz Buchholz
Iwan, das Panjepferd
Eine Kindheit zwischen Krieg und Frieden
Kart., 256 Seiten
Best.-Nr.: 4795, € 8,95

War das lecker! Unsere Lieblingsgerichte aus Ostpreußen



Das alte Ostpreußen lebt weiter in den Erinnerungen der Menschen, in den Erzählungen der Väter und Vorväter. Es war ein wunderschönes Land an der glitzernden Ostsee mit ihrem weißen Strand, den Dünen, dahinter das Frische und Kurische Haff, die fetten Weiden und Äcker, im Süden das hügelige Waldland, darin eingebettet die Masurischen Seen. Und so vielfältig wie das einzigartige Landschaft war, so vielfältig waren die kulinarischen Spezialitäten, die sie hervorgebracht hat. Beetenbartsch, Königsberger Klopse, Quarkklößchen, Kümmelfleisch, Kakalinski, Buttermilchflinsen, Glumstorte: Die in diesem Buch zusammengetragenen überlieferten Rezepte lassen den Duft der Lieblingsgerichte aus der alten Heimat wieder durch die Küche wehen. Bereichert wird die Schatztruhe an kulinarischen Erinnerungsstücken mit zahlreichen historischen Fotografien sowie mit Texten, die einfühlsam und kundig von der Ess- und Trinkkultur der Menschen in der einst östlichsten Provinz Deutschlands erzählen.

Geb., 144 S. m. zahlreichen meist farbigen Fotos
Best.-Nr.: 7156

€ 7,99



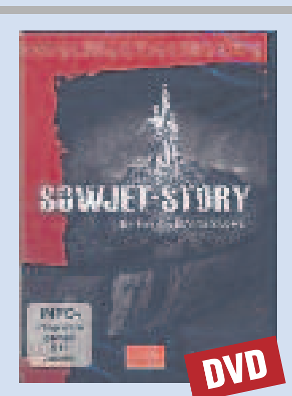
DVD

Edvins Snore
Sowjet-Story
Der dunkelrote Albtraum des Terrors
Laufzeit: ca. 86 Minuten
Best.-Nr.: 7136, € 19,95

CD

Agnes Miegel
Ostpreußen – Es war ein Land…
Gedichte, Balladen und Lieder der ostpreußischen Heimat
Agnes Miegel trägt ihre Gedichte vor
Laufzeit: 32 Minuten
Best.-Nr.: 1056, € 12,95

Susanne Rohner
Das Beste aus der Ostpreußischen Küche.

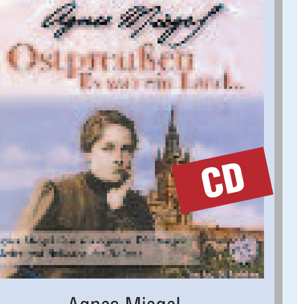


Die ostpreußische Küche bietet vielfältige kulinarische Genüsse. Die Palette reicht von einfachen Gerichten wie Suppen und Eintöpfen über herzhafte Fleischgerichte wie den berühmten Königsberger Klopsen bis zu raffinierten Speisen wie geschmorter Hammelkeule oder Entenbrust in Quittensoße. Wild-, Geflügel- und Fischgerichte runden die Vielfalt der Rezepte ab: Rehkoteletts, gebackene Tauben und gefüllter Hecht garantieren unvergleichliche Gaumenfreuden.Nicht gespart wird mit Buttermilch und Schmant und die Kartoffel hat eben falls ihren festen Platz in der ostpreußischen Küche. Sie wird zu Flinsen, Klößen oder vollwertigen Gerichten wie der Schusterpastete verarbeitet. Auch Sespeisen, Kuchen und Schmalzgebäck fehlen auf der traditionellen ostpreußischen Speisekarte nicht: Chursauflauf, Gründonnerstagskringel und Raderkuchen zählen zu den Klassikern. Doch die ehemals deutsche Provinz Ostpreußen, deren Gebiete heute zu Polen und Russland gehören, hat auch kulturell einiges zu bieten. Deshalb entführt Sie dieses Buch nicht nur auf eine kulinarische Reise, sondern bringt Ihnen mit Gedichten, Geschichten, Sprichwörtern und Bräuchen auch die ostpreußische Kultur näher.

Geb., 96 Seiten
Best.-Nr.: 7153

€ 5,00

Sonderangebote: nur gültig solange der Vorrat reicht!



statt € 6,90 nur noch € 3,95

Herbert Martin Taday
Unbeschwerte Kindertage in Masuren
Ferienerinnerungen an die Kruttina
Kart., 94 Seiten, Best.-Nr.: 5260

Walter Piel
Von Masuren ins Ruhrgebiet
Ein Psychologieprofessor erinnert sich Erinnerungen an glückliche Kindheits- und Jugendjahre in Masuren abgerundet mit historischen Exkursionen und Familiengeschichtlichem
Kart., 203 Seiten
Best.-Nr.: 4967



statt € 12,00 nur noch € 8,95

CD

„HEIMAT, du Land meiner Sehnsucht…"

Die schönsten ostpreußischen Lieder und Gedichte von Hildegard Rauschenbach, Aga the Lams und Greta Strauss.

Originalaufnahme aus dem Jahre 1979

Hildegard Rauschenbach singt:
- Land der dunklen Wälder • Es dunkelt schon in der Heide
- Sie sagen all, du bist nicht schön • Zogen einst fünf wilde Schwäne • Wild flutet der See
- Ännchen von Tharau

Gesamtspielzeit: 71:29 Min
Best.-Nr.: 7050

€ 13,95

Adalbert Bieneck
Heimat deine Sterne
Roman über eine ostpreußische Familie im Verlauf von hundert Jahren (1903-2003)



Durch ein nicht eingelöstes Versprechen sind die Eheleute Anna und Albert Kuhn in bittere Armut geraten. Harte Arbeit und handwerkliches Geschick verhelfen der kinderreichen Familie jedoch zum Besitz eines Bauernhofes im ostpreußischen Dorf Gansen. Sohn Richard und Tochter Hedi tragen zum hohen Ansehen der Familie bei. Hedi findet im Nachbarssohn Franz ihre große Liebe, und die junge Familie baut auf eine gesicherte Existenz. Der Zweite Weltkrieg aber vernichtet alle Pläne, denn Franz muss als Soldat vier Jahre gegen Russland kämpfen. Als achtundzwanzigjährige Frau tritt Hedi mit ihren drei Kindern und der gehbehinderten Mutter die Flucht aus Ostpreußen an. Unter schwierigsten Umständen muss das „große Eis" überwunden werden. Es kommt dabei zu unglaublichen Erlebnissen. Die Flüchtlinge stranden in Thüringen und finden später in Niedersachsen eine neue Heimat. Doch die Heimat ihres Herzens begleitet sie fortan; bis Hedi eines Tages, noch im Besitz ihres Hausschlüssels, zum ostpreußischen Anwesen zurückkehrt ...

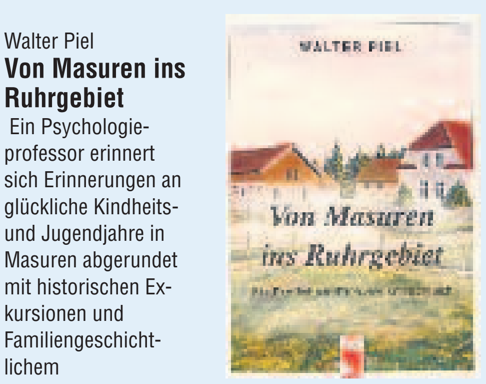
Geb., 454 Seiten mit Abbildungen
Best.-Nr.: 7158

€ 24,80



statt € 6,40 nur noch € 3,95

Wolfgang Lehnert
Die Russen kamen und blieben
Erlebnisse eines ostpreußischen Jungen bei Königsberg in den Jahren 1944 bis 1948
Kart., 64 Seiten, Best.-Nr.: 6588



statt € 7,40 nur noch € 3,95

Eva Pultke-Sradnick
Ein Stück Bernstein in meiner Hand
Geschichten aus Ostpreußen
Kart., 112 Seiten
Best.-Nr.: 6968



statt € 19,00 nur noch € 12,95

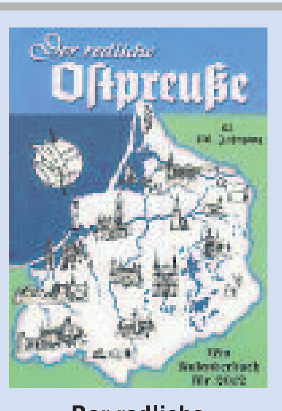
Siegfried Henning
Krieg frisst Heimat auf
Lebenserinnerungen eines Ostpreußen, Kartoniert, 416 Seiten mit einigen schwarz-weiß Abbildungen
Best.-Nr.: 3372





NEU

Harald Saul
Noch mehr Familienrezepte aus Ostpreußen
Geschichten, Personen und Rezepte einer unvergessenen Zeit
Geb., 119 Seiten mit Abb.
Best.-Nr.: 7146, € 14,90



Der redliche Ostpreuße 2012
Die Fortsetzung des illustrierten Familienkalenders „Der redliche Preuße und Deutsche"
Kart., 128 Seiten, ca. 20 Abbildungen, 15 x 21 cm
Best.-Nr.: 7142, € 9,95



PMD Preußischer Mediendienst

48/11

Bitte Bestellcoupon ausfüllen und absenden oder faxen an: Preußischer Mediendienst
Mottelerstraße 7 · 04155 Leipzig · Tel. (03 41) 6 04 97 11 · Fax (03 41) 6 04 97 12

Lieferung gegen Rechnung. Achtung! Die Versandkostenpauschale beträgt nur € 3.50*, ab einem Bestellwert von € 80.00 ist die Lieferung versandkostenfrei *nur gültig bei Versand innerhalb Deutschland ohne Inseln. Auslandslieferung gegen Vorkasse, es werden die tatsächlich entstehenden Portogebühren berechnet. Videofilme, DVDs und CDs sind vom Umtausch ausgeschlossen.

Bestellcoupon

Menge	Best.-Nr.	Titel	Preis

Vorname: Name:
Straße/Nr.: Telefon:
PLZ/Ort:
Ort/Datum: Unterschrift:

Über 1500 weitere Artikel finden Sie auch in unserem Internetshop www.preussischer-mediendienst.de

MELDUNGEN

Portugal bittet Angola um Hilfe

Lissabon – Portugal hat seine Ex-Kolonie Angola um finanzielle Unterstützung in der Schuldenkrise gebeten. Angola, das erst 1975 unabhängig wurde und danach in einem Bürgerkrieg versank, ist nach Nigeria der zweitgrößte Ölproduzent Afrikas und Portugals wichtigster Handelspartner außerhalb der EU. Die Regierung des Landes zeigte sich prinzipiell zur Kooperation bereit, aber nur, wenn die Projekte zum beiderseitigen Nutzen seien. *H.H.*

Raubzug gegen die Reiter

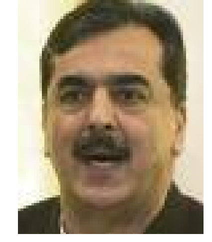
Berlin – Angesichts der klammen Haushalte entdecken immer mehr Kommunen und Gemeinden die vierbeinigen Freunde des Menschen: Während für Hunde bereits eine Steuer entrichtet wird, soll dies künftig auch für Katzen und Pferde gelten. Eine hessische Gemeinde deklarierte die angedachte Pferdesteuer gar als Luxussteuer und wollte 500 bis 750 Euro pro Jahr pro Tier. Als das bekannt wurde, landete der Plan in der Schublade – vorerst. *Bel*

ZUR PERSON

Abkehr von den USA

Pakistans Premier **Yousaf Gilani** zeigte dieser Tage den USA die rote Karte und drohte, am Montag nicht zum Afghanistan-Gipfel nach Bonn zu reisen. Auch ließ er nach dem Zwischenfall an der pakistanisch-afghanischen Grenze, bei dem am letzten Wochenende 24 pakistanische Grenzsoldaten von US-Soldaten getötet worden waren, da man sie für Taliban hielt, die US-Nachschubwege nach Afghanistan sperren. Auch sollen die USA ihren so wichtigen Luftwaffenstützpunkt in der Region räumen.

Gilani ist nun der nächste pakistanische Verbündete, mit dem sich die USA entzweit haben. Zu Beginn des Krieges in Afghanistan 2001 konnten die USA unter Präsident George W. Bush sich auf den damaligen pakistanischen Ministerpräsidenten Pervez Musharraf verlassen. Doch dessen diktatorischer Regierungsstil und seine enge Zusammenarbeit mit den USA machten ihm im eigenen Land sehr viele Feinde. Da er es sich weder mit seinen Landsleuten noch den USA richtig verderben wollte, kam er allen ein wenig entgegen und verdarb es sich mit allen. Als 2008 nach von Musharraf, der sich 1999 an die Macht geputscht hatte, widerwillig akzeptierten Wahlen die Opposition siegte und Gilani Premier wurde, setzten die USA auf den Journalisten, der bereits unter Premierministerin Benazir Bhutto Minister, aber unter Musharraf wegen Patronage inhaftiert gewesen war.



Gilani, der seine politische Karriere bei der Muslimliga begann, später aber zur Pakistanischen Volkspartei von Bhutto wechselte, steht nun zusammen mit Ministerpräsident Asif Ali Zardari, dem Witwer der 2007 ermordeten Bhutto, vor den selben Problemen wie der 2008 unter Zwang zurückgetretene Musharraf: Sie gelten als US-hörig. *Bel*



Zeichnung: Mohr

Bis zum Hals

Was uns der Verfassungsschutz erklären muss, was die anderen von den Deutschen wollen, und was wir nun mit bloßem Auge erkennen / Der Wochenrückblick mit Hans Heckel

Die also auch: Beate Zschäpe, die Dritte im Bunde des „Neo-Nazi-Trios", auf dessen Konto mutmaßlich zehn Morde gehen, soll im Nebenberuf Agentin des Verfassungsschutzes (VS) gewesen sein. Die Meldung kam zeitgleich mit dem Bericht, dass ein weiterer Neo-Nazi namens Wohlleben verhaftet worden sei.

Derzeit ist noch unbekannt, ob Wohlleben ebenfalls als Nebenerwerbsagent unterwegs war oder ob wir es hier tatsächlich mal mit einem Neo-Nazi ohne beruflicher Verbindungen zu den „Diensten" zu tun haben. Mittlerweile wäre das ja eine richtige kleine Sensation.

Just im Jahr 1998, als das Trio Mundlos-Böhnhardt-Zschäpe „abtauchte", knüpfte das Fräulein Zschäpe laut „Leipziger Volkszeitung" Bande zum Verfassungsschutz, die bis 2011 gehalten haben sollen. Wir setzen abtauchen in Anführungszeichen, denn so richtig weg scheinen die ja gar nicht gewesen zu sein, jedenfalls nicht für den VS. Wir wüssten gern, welche Rolle die Zschäpe in der Dreiergruppe spielte. Bloß Mundlosens Betthäschen? Oder doch mehr? Vielleicht gar die Anführerin, die die beiden Mordbuben dirigiert hat? Dann stecken die Geheimdienstler endgültig bis zum Hals im selbstproduzierten braunen Mist.

Ob wir da je Näheres erfahren werden? Kaum, denn wenn sie so etwas zugäbe, würde Zschäpe sich schließlich selbst belasten. Also vertrauen wir darauf, dass sich die Agentin sich selbst und ihren Kollegen beim VS gegenüber kollegial verhält und ihre Aussagen entsprechend rücksichtsvoll formuliert.

Der Verfassungsschutz wirbt jetzt vor allem um unser Vertrauen. Das wird schwer, denn Vertrauen ist ein rares Gut geworden. Derzeit scheint es nahezu völlig aus unseren Regalen zu verschwinden, weshalb die Werbung darum so anstrengend geworden ist.

Europas Regierungen werben seit anderthalb Jahren. Sie haben unser Vertrauen verloren, weil sie dreist gegen riesige Teile des europäischen Vertragswerks verstoßen haben. Nun wollen sie das Vertrauen zurückgewinnen, indem sie noch dreister gegen noch viel größere Teile des Vertragswerks verstoßen. Diese Vorgehensweise verstehen nur Eingeweihte, die Deutschen verstehen sie offensichtlich nicht.

Das ärgert die meisten unserer Nachbarn. Die Stimmung in Europa ist auf dem Gefrierpunkt angekommen. Auf Berlin richten sich wütende Blicke. Allerdings ist es kaum möglich herauszubekommen, was uns diese Blicke eigentlich sagen wollen. Deutschland solle endlich seine Führungsrolle einnehmen und klare Ansagen machen, schallt es aus tausend Kehlen von Lissabon bis Warschau. Sobald in Berlin aber jemand auch nur den Mund spitzt, um etwas zu sagen, dröhnt es aus den selben Kehlen: „Was fällt denen ein? Die Deutschen bevormunden ihre Euro-Partner! Sie wollen das Vierte Reich und führen Krieg gegen Europa!"

> Der Euro sei so hart wie die Mark, sagte Trichet. Aber welche Mark der Geschichte meinte er damit?

Klingt nach komplizierter Lage. So verzwickt ist das aber gar nicht. Eigentlich wollen sie nur, dass wir ihnen alles geben, was wir haben. Und dann noch etwas mehr, für das wir uns über die nächsten hundert bis dreihundert Jahre verschulden sollen, damit der „deutsche Dämon" dann wirklich für alle Zeit gebändigt wäre. Wenn wir das machen, hätten wir Frieden und von unseren Freunden die Botschaft, dass das – vor dem Hintergrund unserer Geschichte (die anderen haben ja keine) – ja auch das Mindeste gewesen ist, was wir unseren Nachbarn schuldig gewesen sind.

Mit der deutschen Politik wäre so ein Frieden vielleicht sogar zu machen. Nur das Volk ist irgendwie misstrauisch geworden. Man hat ihm dermaßen viel vorgemacht, dass es sich kaum noch etwas vormachen lässt. Vor dem 13. Dezember geht ohnehin fast gar nichts: Bis zu dem Tag stimmen die FDP-Mitglieder darüber ab, was sie vom Rettungsschirm EFSF halten. Und bis zu diesem heiklen Datum will Angela Merkel mit der Wahrheit so sparsam wie möglich umgehen, um den EFSF-Gegnern in der FDP keine zusätzliche Munition zu liefern. Deren Magazin ist eh randvoll.

In ihrer Hilflosigkeit flüchtet sich die Politik ins Gebüsch der Phrasen und Floskeln. So hat sie das immer gemacht, wenn's um „Europa" ging: EU-Kommissionspräsident Jose Manuel Barroso hat mit seinen „Stabilitäts-Bonds" den Anfang gemacht. Hat aber irgendwie nicht geklappt, das Täuschungsmanöver. Den Deutschen reichte nämlich schon die Tatsache, dass die neue Schöpfung von dem Portugiesen stammte, um sie unseriös zu finden.

Nun eilte ein Unbekannter (Merkel will es nicht gewesen sein) zu Hilfe und trug solange Politur auf, bis die abgenutzte Idee gemeinsamer Schulden als „Elite-Bonds" neu erstrahlte. Wie nobel das klingt! Da könnte man glatt vergessen, dass es sich um nichts als Schulden handelt. Nur eines bleibt von Bond zu Bond immer gleich: Deutschland zahlt das meiste und muss damit rechnen, dass das Geld für immer flöten geht.

Daher ist zu befürchten, dass die „Elite-Bonds" in den Augen der Deutschen ebenso schnell verblassen wie die anderen Angebote der Hütchenspieler. Es wäre daher sinnvoll, schon jetzt einen Vorrat an Nachfolgenamen anzulegen, der ein paar Wochen reicht.

Angesichts der zwischen London und Paris wieder in Mode gekommenen Kriegsvokabeln käme „Friedens-Bonds" bestimmt gut an. „Versöhnungs-Bonds" wäre ebenfalls hübsch. Ach nein, daraus machen die Medien in ihrer Abkürzungswut wahrscheinlich „V-Bonds". Und dann dauert es nicht lange, bis irgendein Witzbold die „V-Bonds" zu „Versailles-Bonds" ausschreibt, womit wir der Wahrheit dermaßen nahekämen, dass die Deutschen sie mit bloßem Auge erkennen könnten. Exakt das soll mit den Floskeln doch vermieden werden.

Versailles, das erinnert an den Ersten Weltkrieg und die Reparationsfolterkammern, in denen die ideologischen Ahnen von Herrn Mundlos ausgebrütet wurden. Damals hatte die Reichsbank eine wunderbare Idee, wie sie die Schulden beim deutschen Volk, die Berlin über Kriegsanleihen dort gemacht hatte, loswerden konnte: Sie warf die Notenpresse an, bis aus den 160 Milliarden Mark ein Gegenwert von 16 Pfennigen geworden war.

Düstere Statistiken behaupten, dass uns diese Krise sogar mehr Geld kosten könnte als der Erste Weltkrieg, wenn weiterhin alles schiefgeht, was nur schiefgehen kann. Wenn also auch die Bonds in die Hose gehen. Und danach sieht es ja aus.

Doch keine Furcht, für diesen Fall liegt die nächste Idee bereit: Damit die wackelnden Euro-Länder nicht in ihren Schulden versinken, schmeißt die Europäische Zentralbank die Notenpresse an. Während wir dann Opas Waschkörbe vom Dachboden holen, hören wir aus der Tiefe ein teuflisches Lachen, wo ein alter Mann in der Versagerhölle schmort. Es ist Rudolf Havenstein, jener Reichsbankpräsident, der Opa Anno 1923 schon mal diese Körbe füllte, bis ihn nur fünf Tage nach Ende der deutschen Horrorfahrt am 20. November '23 der Schlag traf.

Na ja, nun mal halblang: So schlimm wird's nicht, das sagen selbst die Pessimisten. Maximal zehn Prozent Inflation prophezeit der Ökonom Lüder Gerken vom „Freiburger Centrum für Europäische Politik". Gut, der Wert unseres Geldes wird also nicht binnen Monaten pulverisiert, sondern erst im Verlauf von sieben Jahren halbiert, in 14 Jahren geviertelt. Da haben wir ja nochmal Glück gehabt, oder etwa nicht?

Wie sprach Jean-Claude Trichet, der jüngst ausgeschiedene Präsident der Europäischen Zentralbank (EZB), noch diesen Sommer, als er den Karlspreis bekam? „Wir haben den Deutschen versprochen: Der Euro wird so hart wie die Mark. Und so hart wie die Mark ist er geworden." Da haben wir alle geklatscht. Wir hatten übersehen, dass der Banker nicht erwähnte, welche Mark der deutschen Währungsgeschichte er damit meinte.

MEINUNGEN

***Karl-Theodor zu Guttenberg** wehrt sich im „Tagesspiegel" (26. November) nach wie vor vehement gegen den **Vorwurf**, bei seiner Doktorarbeit **bewusst betrogen** zu haben:*

„Wenn ich die Absicht gehabt hätte, zu täuschen, dann hätte ich mich niemals so plump und dumm angestellt, wie es an einigen Stellen dieser Arbeit der Fall ist ... Wer die ersten Zeilen seiner Einleitung komplett aus einem Zeitungsartikel abschreibt, dann aber gleichzeitig so doof ist, die Autorin dieses Textes im Literaturverzeichnis zu benennen, der handelt nicht absichtlich, sondern aus Überforderung und weil er den Überblick verloren hat."

*FPD-Chef **Philipp Rösler** sorgt sich um den Ausgang der **Mitgliederbefragung** in seiner Partei zur Euro-Rettung, die noch bis zum 13. Dezember läuft:*

„Uns bläst der Wind nicht nur entgegen. Er bläst uns eiskalt entgegen."

*Der frühere EG-Kommissionspräsident **Jacques Delors** stimmt ein in die wachsende Woge **deutschlandkritischer** Äußerungen in seiner Heimat Frankreich:*

„40 Jahre lang hat das Schuldgefühl die Deutschen dazu bewegt, mehr für Europa zu tun, um die Versöhnung zu erleichtern. Diese Zeiten entfernen sich."

Existenzkampf

All die Haager Robenträger
inklusive Chefankläger
bangen grade wieder mal,
denn zum Wahren fetter Posten
auf der Steuerzahler Kosten
braucht man Rohmaterial.

Kriegsverbrecher gäb's zwar viele
und zudem sogar zivile –
nur man hat da ein Problem:
Bei den Starken, bei Gefährten
und bei Handelspartnern, werten,
sind Prozesse nicht genehm!

Plötzlich aber abgeschrieben
wurde einer dieser Lieben
im arabisch heißen Lenz,
und jetzt müsste es gelingen,
ihn vors Strafgericht zu bringen –
zum Erhalt der Existenz.

Leider haben die Rebellen
statt ihn brav zu überstellen
den Gaddafi liquidiert,
und den Filius des Alten
wollen auch sie selbst behalten,
was natürlich irritiert!

Doch das ist wohl hinzukriegen –
muss man eben runterfliegen
mit dem Angebot dabei,
ganz in Diensten guter Sachen
halt die Schau vor Ort zu machen –
Spesen, die sind einerlei.

Ob nun besser sind die Karten?
Jedenfalls heißt's wieder warten,
was bekanntlich eine Qual –
umso mehr an Neid erregen
drum daneben die Kollegen,
die vom Jugo-Tribunal.

Denn als Milo weggestorben,
war ihr Spaß nur kurz verdorben,
bleibt ja ihnen als Atout,
was am Balkan gültig heute:
Liefert aus die eignen Leute,
und ihr dürft in die EU!

Na Moment – bei Licht besehen
war, was damals dort geschehen,
ziemlich gleich, drum Ohren steif:
Geht nicht Libyen im Grunde
auch gerade vor die Hunde
und ist bald europareif?

Pannonicus